Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 der Stadt Kaarst

BDO

INHALTSVERZEICHNIS

I. PRÜFUNGSAUFTRAG **1**

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN **2**

1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 2

2. Sonstige Unregelmäßigkeiten 5

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG **6**

1. Gegenstand der Prüfung 6

2. Art und Umfang der Prüfung 6

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG **9**

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 9

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 9

b) Jahresabschluss 10

c) Lagebericht 10

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 11

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen 11

b) Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen 12

c) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss 12

V. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS **13**

ANLAGEN

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010	Anlage I
Bilanz	Seite 1 - 2
Ergebnisrechnung	Seite 3
Finanzrechnung	Seite 4
Anhang	Seite 5 - 16
Anlagen zum Anhang	Seite 17 - 22
Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010	Seite 23 - 60
Ratsmitglieder zum 31.12.1010	Seite 61 - 68
Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene	Seite 69 - 83
Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichsebene	Seite 84 - 98
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	Anlage II
Rechtliche Verhältnisse	Seite 1 - 2
Wirtschaftliche Verhältnisse	Seite 3
Steuerliche Verhältnisse	Seite 4
Analysierende Darstellungen	Anlage III
Kennzahlen mit Jahresübersichten	Seite 1 - 2
Ertragslage – Vergleich mit dem Vorjahr	Seite 3 - 4
PLAN - IST Vergleich Gesamtergebnisrechnung	Seite 5 - 6
PLAN - IST Vergleich Teilergebnisrechnungen	Seite 7 - 8
Ergebnisentwicklung laut Haushaltsplanung 2011	Seite 9
Vermögenslage	Seite 10 - 12
Finanzlage	Seite 13 - 14
Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst	Anlage IV
	Seite 1 - 16
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Sonderbedingungen	Anlage V
	Seite 1 - 3

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

I. PRÜFUNGSAUFTRAG

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22. März 2011 der

Stadt Kaarst
(im Folgenden auch „Stadt Kaarst“ oder „Stadt“ genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 gewählt. Daraufhin beauftragte uns der Bürgermeister der Stadt Kaarst mit Schreiben vom 4. Mai 2011 (Auftragsbestätigungsschreiben), den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar, die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 nach § 101 Abs 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB zu prüfen. Ein Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 wurde nicht in den Rat eingebracht.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450) erstellt. Ebenso wurde der Entwurf des Prüfungsstandards zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730 n.F.) beachtet.

Für die Durchführung des Prüfungsauftrags und unsere Verantwortlichkeit sind — auch im Verhältnis zu Dritten — die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 sowie unsere Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung im Rahmen der Allgemeinen Auftragsbedingungen vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage V beigefügt sind. Die Erhöhung der Haftung findet keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung, eine niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Aus dem von dem Stadtkämmerer aufgestellten und dem Bürgermeister der Stadt Kaarst bestätigten Jahresabschluss und Lagebericht heben wir folgende Angaben hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt von besonderer Bedeutung sind:

Wirtschaftliche Lage und Verlauf des Haushaltsjahres

1. Das Haushaltsjahr 2010 weist einen **Jahresüberschuss** in Höhe von TEUR 2.241 aus. Der Überschuss liegt damit um TEUR 10.886 über dem Haushaltsplanansatz. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit verbesserte sich um TEUR 10.511, das Finanzergebnis um TEUR 418 während sich das außerordentliche Ergebnis um TEUR 42 verschlechterte. Diese Entwicklung ist gegenüber dem Planansatz auf Mehrerträge von TEUR 14.659 bei Mehraufwendungen von TEUR 4.080 zurückzuführen.

   Die **Mehrerträge** ergeben sich hauptsächlich aus höheren Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben (TEUR +9.906), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (+ TEUR 1.893) und den sonstigen ordentlichen Erträgen (TEUR +2.370). Die Verbesserung der Steuererträge betrifft die Gewerbesteuer mit TEUR 9.021 und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit TEUR 732. Die höheren öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind auf höhere Gebühren in den Bereichen Abfallwirtschaft und Entwässerung zurückzuführen. Ursächlich für die Verbesserung der sonstigen ordentlichen Erträge sind die Erträge aus Immobilienverkäufen, Zinsen nach der Abgabenordnung und Erträge aus bilanziellen Bestandsentwicklungen. Die Steigerung der Gewerbesteuer ist auf einen Einmaleffekt zurückzuführen.

   Die **Mehraufwendungen** resultieren vor allem aus höheren Transferaufwendungen (TEUR +1.473), Aufwendungen aus Sach- und Dienstleistungen (TEUR +1.135), Wertberichtigungen auf Forderungen (+ TEUR 809) und Personalaufwendungen (TEUR +722). Die Erhöhung der Transferaufwendungen betreffen im Wesentlichen die Gewerbesteuerumlage (TEUR +553) und die Aufwendungen für den Fond deutsche Einheit (TEUR +569). Die Aufwendungen aus Sach- und Dienstleistungen stiegen wegen höherer Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen. Verantwortlich für den Anstieg der Personalaufwendungen ist die Erhöhung der Pensions- und Beihilferückstellungen.

2. Die **Bilanzsumme** hat sich um TEUR 2.388 erhöht. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen auf eine Erhöhung des Umlaufvermögens um TEUR 5.088 und einer Verringerung der Sachanlagen um TEUR 2.403 zurückzuführen. Auf der Passivseite beruht die Veränderung auf der Erhöhung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten um TEUR 2.881, einer Erhöhung des Eigenkapitals um TEUR 2.241, bei einer Minderung der Sonderposten um TEUR 2.813. Die Eigenkapitalquote 1 beträgt 39,9 %, die Eigenkapitalquote 2 (berücksichtigt Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträge) 80,1 %.

3. Die Stadt Kaarst weist zum Bilanzstichtag liquide Mittel von TEUR 3.485 aus. Dies ergibt sich aus einer Verbesserung des Liquiditätszuflusses aus eigenen Mitteln um TEUR 6.137 und gegenüber dem Plan von TEUR 13.598. Dies beruht auf einem positiven Zahlungssaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von TEUR 7.126 (siehe Erläuterungen zu der Ergebnisentwicklung), einem negativen Zahlungssaldo aus Investitionstätigkeit von TEUR 577 und einem negativen Zahlungssaldo aus Finanzierungstätigkeit von TEUR 412. Die Verringerung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber dem Plan ergibt sich aus geringeren Erlösen aus Grundstücksverkäufen (TEUR -1.278) und erst in 2011 geflossenen Landeszuweisungen (TEUR -1.170). Die Auszahlungen verringerten sich gegenüber dem Planansatz im Wesentlichen aufgrund geringerer Auszahlungen für Baumaßnahmen (TEUR -6.230).

Wir als Abschlussprüfer der Gesellschaft nehmen zu den einzelnen Angaben wie folgt Stellung:

Zu 1. - 3.

Die Stadt Kaarst schließt das Haushaltsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 2.241 ab. Diese wesentliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (TEUR +7.833) und dem Planansatz (TEUR +10.886) beruht vor allem auf dem Anstieg der Gewerbesteuererträge gegenüber dem Vorjahr um TEUR 9.103 und dem Planansatz um TEUR 9.021. Ursächlich hierfür waren Nachveranlagungen für mehrere Jahre und stellen zusammen mit den entsprechenden zusätzlichen Zinserträgen gemäß der Abgabenordnung einen Einmaleffekt für das Haushaltsjahr 2010 dar. Dies trifft ebenfalls für die Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um TEUR 1.783 (Vorjahr) bzw. um TEUR 1.893 (Planansatz) zu, die neben den Gebührenanpassungen für die Abfall- und Abwasserentsorgung im Wesentlichen auf die Veranlagungen 2008 bis 2010 aufgrund der Einführung der getrennten Niederschlags- und Schmutzwassergebühren zurückzuführen ist.

Das Eigenkapital erhöhte sich damit auf TEUR 147.459 und die Eigenkapitalquote auf 39,9 % (Vorjahr 39,5 %) bei einer Erhöhung der Bilanzsumme um TEUR 2.388 auf TEUR 369.769. Das wirtschaftliche Eigenkapital, das zusätzlich die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge berücksichtigt, verringerte sich hingegen um TEUR 904 auf TEUR 296.274 und die entsprechende Eigenkapitalquote auf 80,1 % (Vorjahr 80,9 %). Wesentlich für die Verringerung der Sonderposten ist die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten von TEUR 4.300 bei Einstellungen in den Sonderposten von TEUR 1.166.

Das positive Jahresergebnis führte zu einer Verbesserung der liquiden Mittel um TEUR 6.188 auf einen nunmehr positiven Bestand von TEUR 3.485. Diese Entwicklung ergibt sich aus einem ergebnisbedingten positiven Zahlungssaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von TEUR 7.126, einem negativen Zahlungssaldo aus Investitionstätigkeit von TEUR 577 sowie aus der Finanzierungstätigkeit von TEUR 412. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

1. Das Haushaltsjahr 2010 ist insbesondere auf Grund von einmaligen Effekten bei der Gewerbesteuer positiv verlaufen. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und die branchenübergreifende, mittelständische Unternehmensstruktur werden für die Stadt in 2011 zu einer gleichförmigen Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen und zu geringeren Transferaufwendungen führen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung wird auch zu höheren Anteilen an den Gemeinschaftssteuern, der Einkommen- und Gewerbesteuer, führen. Die Steigerung der Steuerkraft der Stadt könnte allerdings zu geringeren Einnahmen aus dem Gemeindefinanzausgleich als auch zu einer höheren Beteiligung an der Kreisumlage sowie an der Gewerbesteuerumlage und dem Fond deutsche Einheit führen.

   Die Entwicklung des Gewerbegebietes „Am Kaarster Kreuz“ soll zur Sicherung und Stärkung der Gewerbesteuererträge beitragen. Die zu erwartende Umsetzung des Konnexitätsprinzips lässt auf eine angemessenere Kostenbeteiligung von Bund und Land hoffen.

2. Die unterschiedlichen Interessenlagen bei der Erschließung des neuen Gewerbegebietes können zu Verzögerungen führen, die nicht nur die Ansiedlung neuer Betriebe gefährdet, sondern auch das Risiko der Abwanderung vorhandener Betriebe birgt. Die zu erwartende Inanspruchnahme von zusätzlichen Kreditmitteln und von Zinssteigerungen können zu höheren Zinsaufwendungen führen.

   Risiken ergeben sich auch aus den Belastungen durch die Erweiterung der städtischen Aufgaben durch Bundesgesetze. Dies führte bereits insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung zu zusätzlichen Belastungen.

   Durch die zu erwartende Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs sowie die zukünftige Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung des „Konjunkturpaketes II“ besteht das Risiko weiterer Ertragseinbußen.

Wir als Abschlussprüfer der Gesellschaft nehmen zu den einzelnen Angaben wie folgt Stellung:

Zu 1. - 2.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung lässt sowohl eine auf die Vorjahre bezogene positive Entwicklung der Steuereinnahmen als auch eine Verringerung von Transferaufwendungen erwarten. Die Folgen der derzeitigen Finanzkrise für die wirtschaftliche Entwicklung in den Folgejahren sind derzeit nicht abschätzbar.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen wird zu einer höheren Belastung bei der Kreisumlage sowie der Gewerbesteuerumlage und der Umlage für den Fond deutsche Einheit führen.

Auf Grund der eingetretenen Zinsentwicklung und der entsprechend der aktuellen Haushaltspläne zu erwartenden Kreditaufnahmen ist mit einer stärkeren Belastung des Haushalts durch Zinskosten zu rechnen.

Zusammenfassende Beurteilung

Wir als Abschlussprüfer der Stadt Kaarst halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der künftigen Entwicklung der Stadt Kaarst mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter für zutreffend.

2. Sonstige Unregelmäßigkeiten

Wir haben bei unserer Prüfung folgende Verstöße gegen sonstige gesetzliche Regelungen festgestellt:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde nicht gemäß § 95 Abs. 3 GO NRW innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt und dem Rat zur Feststellung vorgelegt. Die Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses nach § 96 GO NRW wurde überschritten.

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen der Stadt aufgestellte Jahresabschluss (bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang) und der Lagebericht der Stadt Kaarst.

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Der Lagebericht wurde daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht falsche Vorstellungen von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Kaarst vermitteln.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns gemachten Angaben trägt der Bürgermeister der Stadt Kaarst. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfung erfolgte nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der PKF Fasselt Schlage Wirtschaftsprüfungsgesellschaft am 12. Oktober 2010 testierte und am 16. Dezember 2010 vom Rat der Stadt Kaarst festgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009. Die Prüfung der Eröffnungsbilanzwerte erfolgte unter Beachtung des Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 205).

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens, das auch internationalen Prüfungsstandards entspricht, ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikoanalyse basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Kaarst.

Bei unserer Beurteilung des Risikos wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht haben wir sowohl Risiken auf Abschlussebene (generelle Risiken) als auch Risiken auf Aussageebene (spezifische Risiken) eingeschätzt und ein Risikoprofil ermittelt. Dies diente gleichzeitig der Einschätzung bedeutsamer Risiken, die einer besonderen Berücksichtigung bei der Prüfung bedürfen, sowie der Risiken, bei denen aussagebezogene Prüfungshandlungen allein zur Gewinnung hinreichender Sicherheit nicht ausreichen.

Auf der Grundlage unserer Risikobeurteilung haben wir die relevanten Prüffelder und Kriterien (Prüfungsziele) sowie Prüfungsschwerpunkte festgelegt und Prüfprogramme entwickelt. In den Prüfprogrammen wurden Art und Umfang der jeweiligen Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und sonstige substanzielle Prüfungshandlungen.

Als Schwerpunkte unserer Prüfung haben wir festgelegt:

- Prozess der Jahresabschlusserstellung
- Aufbau und Einrichtung der internen Kontrollen in den Transaktionsströmen Gewerbesteuer und Grundbesitzabgaben, Personal sowie Ein- und Auszahlungen
- Prüfung der Schnittstellen zwischen dem Vorverfahren für die Abrechnung Gewerbesteuer und Grundbesitzabgaben sowie der Personalabrechnung und der Rechnungslegungssoftware KIRP
- Sachanlagen
- Forderungen
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Steuererträge
- Transferaufwendungen

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der rechnungslegungsbezogenen Kontrollen beurteilt.

Die Erkenntnisse aus der Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für die Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen herangezogen.

Die Durchführung sonstiger substanzieller Prüfungshandlungen erfolgte in Stichproben. Die Bestimmung der Stichproben erfolgte in Abhängigkeit unserer Erkenntnisse über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sowie Art und Umfang der jeweils zu beurteilenden Transaktionen. Dabei wurden auch Ergebnisse des Rechnungsprüfungsamts der Stadt Kaarst berücksichtigt (Vorräte, Pensionsrückstellungen, Verbindlichkeiten).

Die Prüfung der örtlich festgelegten Restnutzungsdauern orientierte sich an den fachtechnischen Einschätzungen der eingesetzten Sachverständigen sowie der nach § 35 GemHVO-NRW veröffentlichten NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für kommunale Vermögensgegenstände.

Im Rahmen der sonstigen substanziellen Prüfungshandlungen haben wir Bankbestätigungen von den für die Stadt tätigen Kreditinstituten sowie Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt.

Bei der Prüfung der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen haben wir die Ergebnisse der versicherungsmathematischen Berechnungen der Rheinischen Versorgungskasse, Köln, im Rahmen unserer Prüfung verwertet.

Im Rahmen unserer Prüfung des Lageberichts haben wir geprüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dargestellt sind.

Wir haben die Prüfung in den Monaten Juni 2011 bis September 2011 — mit Unterbrechungen — bis zum 28. September 2011 durchgeführt.

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Kaarst erteilten alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise und bestätigten uns am 28. September 2011 deren Vollständigkeit sowie die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht in einer schriftlichen Erklärung.

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und der sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Eine aktualisierte Dienstanweisung der Stadt Kaarst nach § 31 GemHVO trat zum 22. September 2011 in Kraft.

Die Stadt Kaarst verwendet die Finanzmanagement Software KIRP.

Im Rahmen der IT-Prüfung wurde das IT-Systemumfeld der Stadt Kaarst sowie die Schnittstellen zu Vorverfahren aufgenommen. 2010 bestanden folgende Schnittstellen von Vorverfahren zu der Rechnungslegungssoftware KIRP:

- GBA: Grundbesitzabgaben
- GWE: Gewerbesteuer
- AH: Hundesteuer
- P20: Beitrag KITA
- ABU/VWG: Verwarn- und Bußgelder
- P32: Gewerberegister
- WVO: Wohnberechtigung
- FW: Friedhofsgebühren
- LOGA: Personalabrechnung

Mit Durchlauftest wurden die Schnittstellen für die Grundbesitzabgaben und die Gewerbesteuer sowie die Personalabrechnung zu KIRP geprüft. Die Prüfung des IT-Umfelds und der Schnittstellen ergab keine Beanstandungen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass operationelle Risiken, die die Geschäftstätigkeit der Stadt Kaarst beeinflussen oder die Richtigkeit des Jahresabschlusses in Frage stellen, im Rahmen der untersuchten Prüfungsgebiete nicht erkennbar waren.

Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsgemäß abgebildet.

b) Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 ist diesem Bericht als Anlage I beigefügt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen.

Die Bilanz, die Ergebnis- und Finanzrechnung sowie die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die für Gebietskörperschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet worden. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz bzw. Ergebnisrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

Bei der Haushaltsplanung wird hinsichtlich einiger konsumtiver Ein- und Auszahlungen unterstellt, dass diese Zahlungsflüsse den in der Ergebnisplanung angesetzten Beträgen entsprechen. Dies führt in der Finanzplanung möglicherweise zu Ungenauigkeiten. Auf die Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage hat dies keine Auswirkungen.

c) Lagebericht

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Haushaltsjahr 2010 ist diesem Bericht ebenfalls in Anlage I beigefügt. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen der Stadt Kaarst. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Kaarst. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die nach § 95 GO NRW und § 48 GemHVO NRW gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die kommunalen Gebietskörperschaften und damit auch die Stadt Kaarst haben ihr vollständiges Vermögen zu erfassen und zu bewerten. Die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz wurde auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen, die für die folgenden Haushaltsjahre als Anschaffungs- und Herstellungskosten gelten. Diese Wertansätze werden in den Folgejahren planmäßig abgeschrieben. Die Wertansätze des seit dem 1. Januar 2007 angeschafften oder hergestellten Vermögens erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, einschließlich im Berichtsjahr vorgenommener Änderungen, sind im Anhang (Anlage I) beschrieben.

Im Einzelnen heben wir nachfolgend die unseres Erachtens wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden hervor:

Sachanlagen

Die Bewertung der Zugänge zu den Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Die Sachanlagen werden linear über ihre Nutzungsdauer in der Stadt Kaarst abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände, mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen EUR 60,00 und EUR 410,00 wurden gemäß § 33 Abs. 4 GemHVO im laufenden Haushaltsjahr sofort abgeschrieben.

Die Gemeinde hat unter Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse die NKF-Rahmentabelle nach § 35 Abs. 3 GemHVO berücksichtigt.

Forderungen

Die Forderungen wurden abzüglich angemessener Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt. Die Pauschalwertberichtigung wurde unter Berücksichtigung der Altersstruktur ermittelt.

Eigenkapital

Die Stadt Kaarst hat gemäß Ratsbeschluss den Jahresfehlbetrag 2009 mit der Ausgleichsrücklage verrechnet. Eröffnungsbilanzkorrekturen nach § 57 GemHVO wurden nicht vorgenommen.

Sonderposten

Die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge werden parallel zu den Abschreibungen der bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst. Sonderposten für den Gebührenausgleich sind in Höhe der nach den abgabenrechtlichen Bestimmungen tatsächlich festgestellten Kostenüberdeckungen in Gebührenhaushalten angesetzt, soweit diese den Gebührenhaushalten noch nicht wieder zugeführt wurden.

Pensionsrückstellungen

Die Bewertung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen erfolgte nach § 36 Abs. 1 GemHVO mit einem Rechnungszinsfuß von 5 %.

Sonstige Rückstellungen

Die Einschätzungen zu den sonstigen Rückstellungen erfolgten durch die entsprechenden Fachbereiche. Hierbei wurde vom wahrscheinlichen Grad der Inanspruchnahme ausgegangen.

Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

b) Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen

Gegenüber dem Vorjahr haben die gesetzlichen Vertreter der Stadt Kaarst keine wesentlichen Änderungen der Bewertungsgrundlagen im Jahresabschluss vorgenommen.

c) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Kaarst vermittelt.

Im Übrigen verweisen wir auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses im Anhang und auf die Analysen im Lagebericht (Anlage I) sowie auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage in Anlage III.

Der Jahresabschluss wurde nicht gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt und dem Rat zur Feststellung vorgelegt. Die Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses nach § 96 GO NRW wurde überschritten. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde am 16. Dezember 2010 festgestellt und der Bürgermeister entlastet.

V. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Stadt Kaarst für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in der diesem Bericht als Anlage I beigefügten Fassung, den am 28. September 2011 in Bonn unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar sowie die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht der Stadt Kaarst für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Kaarst. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Kaarst sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Kaarst sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Kaarst. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Kaarst und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 der Stadt Kaarst haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstattet.

Bonn, 28. September 2011

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ppa. Offergeld	Veldboer
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

kaarst*

Stadt Kaarst

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und Lagebericht für das Haushaltsjahr 2010

Aufgestellt gem. § 95 Abs. 3 GO NRW
Kaarst, den 31.05.2011

Heinz Dieter Vogt
Erster Beigeordneter und Kämmerer

Bestätigt gem. § 95 Abs. 3 GO NRW
Kaarst, den 31.05.2011

Franz-Josef Moormann
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. BILANZ UND RECHENWERKE 1

BILANZ ZUM 31.DEZEMBER 2010 1
ERGEBNISRECHNUNG 2010 3
FINANZRECHNUNG 2010 4

2. ANHANG 5

ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS 2010 5
BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE 5
ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN BILANZPOSITIONEN 6
SONSTIGE ANGABEN NACH § 44 GEMHVO NRW 13

3. ANLAGEN ZUM ANHANG 17

ANLAGENSPIEGEL 17
FORDERUNGSSPIEGEL 18
DARSTELLUNG DER WERTBERICHTIGUNGEN 2010 19
VERBINDLICHKEITENSPIEGEL 20
RÜCKSTELLUNGSSPIEGEL 21
SONDERPOSTENSPIEGEL 22

4. LAGEBERICHT 23

STRUKTUREN DER STADT KAARST 24
INTERNE ORGANISATION DER HAUSHALTS- UND FINANZWIRTSCHAFT 25
ENTWICKLUNG DER BILANZSUMME UND DES EIGENKAPITALS 26
JAHRESABSCHLUSS 2010 27
VERMÖGENSLAGE ZUM 31.12.2010 36
KENNZAHLENANALYSE DES HAUSHALTSJAHRES 2010 40
BESONDERE VORGÄNGE NACH DEM BILANZSTICHTAG 41
CHANCEN UND RISIKEN IN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG DES STÄDTISCHEN HAUSHALTS 42
PERSÖNLICHE ANGABEN DES VERWALTUNGSVORSTANDES UND DER RATSMITGLIEDER 60

5. TEILRECHNUNGEN 69

TEILERGEBNISRECHNUNGEN AUF PRODUKTBEREICHSEBENE 69
TEILFINANZRECHNUNGEN AUF PRODUKTBEREICHSEBENE 84

BILANZ ZUM 31.DEZEMBER 2010

AKTIVA

	Haushaltsjahr €	Haushaltsjahr €	Vorjahr €
1. ANLAGEVERMÖGEN		**353.694.661,36**	**356.106.649,01**
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände		**28.952,44**	**37.142,50**
1.2. Sachanlagen		**344.841.620,84**	**347.244.881,66**
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		53.177.997,23	54.513.387,65
1.2.1.1. Grünflächen	19.989.926,07		19.615.527,54
1.2.1.2. Ackerland	16.582.652,86		16.523.900,55
1.2.1.3. Wald, Forsten	1.638.774,42		1.635.367,44
1.2.1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	14.966.643,88		16.738.592,12
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		136.857.618,12	139.203.292,19
1.2.2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.496.137,76		8.039.985,22
1.2.2.2. Schulen	76.542.951,43		78.122.506,25
1.2.2.3. Wohnbauten	6.879.758,66		7.357.959,87
1.2.2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	44.938.770,27		45.682.840,85
1.2.3. Infrastrukturvermögen		133.471.718,92	136.287.757,95
1.2.3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	38.411.715,31		37.922.962,04
1.2.3.2. Brücken und Tunnel	58.525,21		62.346,38
1.2.3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanlagen	0,00		0,00
1.2.3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	38.113.529,32		39.438.550,23
1.2.3.5. Straßennetz mit Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanlagen	56.842.710,65		58.817.272,03
1.2.3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	45.238,43		46.627,27
1.2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden		11.092.469,75	11.509.507,62
1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		295.210,00	290.400,00
1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		1.811.148,28	1.424.503,82
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.520.685,82	2.625.649,06
1.2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		5.614.772,72	1.390.383,37
1.3. Finanzanlagen		**8.824.088,08**	**8.824.624,85**
1.3.1. Anteile an Unternehmen		108.126,19	119.213,33
1.3.2. Beteiligungen		7.994.561,26	7.994.561,26
1.3.3. Sondervermögen		0,00	0,00
1.3.4. Wertpapiere des Anlagevermögens		539.674,76	481.025,83
1.3.5. Ausleihungen		181.725,87	229.824,43
1.3.5.1. an verbundene Unternehmen	0,00		0,00
1.3.5.2. an Beteiligungen	0,00		0,00
1.3.5.3. an Sondervermögen	0,00		0,00
1.3.5.4. Sonstige Ausleihungen	181.725,87		229.824,43
2. UMLAUFVERMÖGEN		**14.458.629,26**	**9.370.941,42**
2.1. Vorräte		**30.630,52**	**61.053,96**
2.1.1. Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, Waren		30.630,52	61.053,96
2.1.2. Geleistete Anzahlungen		0,00	0,00
2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		**10.943.195,42**	**9.255.411,87**
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Ford. aus Transferleistungen		7.015.078,52	5.138.444,68
2.2.1.1. Gebühren	139.673,66		223.883,78
2.2.1.2. Beiträge	169.284,50		69.962,82
2.2.1.3. Steuern	5.196.219,91		4.218.281,62
2.2.1.4. Forderungen aus Transferleistungen	623.168,81		160.172,72
2.2.1.5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	886.731,64		466.143,74
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen		320.878,16	905.336,00
2.2.2.1. gegenüber dem privaten Bereich	311.696,22		897.636,26
2.2.2.2. gegenüber dem öffentlichen Bereich	55,46		1.441,74
2.2.2.3. gegen verbundene Unternehmen	0,00		6.258,00
2.2.2.4. gegen Beteiligungen	9.126,48		0,00
2.2.2.5. gegen Sondervermögen	0,00		0,00
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände		3.607.238,74	3.211.631,19
2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens		**0,00**	**0,00**
2.4. Liquide Mittel		**3.484.803,32**	**54.475,59**
3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG		**1.615.901,24**	**1.903.537,65**
BILANZSUMME		**369.769.191,86**	**367.381.128,08**

P A S S I V A

	Haushaltsjahr €	Haushaltsjahr €	Vorjahr €
1. EIGENKAPITAL		**147.459.151,66**	**145.217.790,68**
1.1. Allgemeine Rücklage (davon zweckgebundene Deckungsrücklage: 0 €)		136.913.420,51	136.913.420,51
1.2. Sonderrücklagen		0,00	0,00
1.3. Ausgleichsrücklage		8.304.370,17	13.896.505,74
1.4. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		2.241.360,98	-5.592.135,57
2. SONDERPOSTEN		**149.291.157,02**	**152.104.263,31**
2.1. für Zuwendungen		83.988.191,28	85.805.057,12
2.2. für Beiträge		64.827.260,80	66.155.575,46
2.3. für den Gebührenausgleich		400.477,36	34.556,71
2.4. Sonstige Sonderposten		75.227,58	109.074,02
3. RÜCKSTELLUNGEN		**46.533.910,34**	**44.838.358,69**
3.1. Pensionsrückstellungen		38.912.827,00	37.595.780,00
3.2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten		0,00	0,00
3.3. Instandhaltungsrückstellungen		2.932.742,75	2.692.775,63
3.4. Sonstige Rückstellungen		4.688.340,59	4.549.803,06
4. VERBINDLICHKEITEN			
4.1. Anleihen		**21.068.099,42**	**19.882.510,92**
4.2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		6.087.939,78	6.504.458,76
4.2.1. von verbundenen Unternehmen	0,00		0,00
4.2.2. von Beteiligungen	0,00		0,00
4.2.3. von Sondervermögen	0,00		0,00
4.2.4. vom öffentlichen Bereich	34.870,17		54.971,75
4.2.5. vom privaten Bereich	6.053.069,61		6.449.487,01
4.3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		0,00	2.757.175,97
4.4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		794,90	0,00
4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.297.269,59	1.425.943,90
4.6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		1.120.743,35	105.415,10
4.7. Erhaltene Anzahlungen		8.675.949,57	5.704.504,38
4.8. Sonstige Verbindlichkeiten		3.885.402,23	3.385.012,81
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG		**5.416.873,42**	**5.338.204,48**
BILANZSUMME		**369.769.191,86**	**367.381.128,08**

ERGEBNISRECHNUNG 2010

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	43.249.590,21	41.725.627,00	51.631.304,77	9.905.677,77
+ Zuwendungen und allg. Umlagen	6.540.973,43	7.471.288,00	7.004.673,07	-466.614,93
+ Sonstige Transfererträge	8.570,45	9.000,00	6.879,97	-2.120,03
+ Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	12.874.511,67	12.764.324,00	14.657.485,19	1.893.161,19
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.412.102,59	1.367.519,00	1.366.728,31	-790,69
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.156.584,37	3.292.095,00	3.877.295,01	585.200,01
+ Sonstige ordentliche Erträge	7.232.336,23	2.676.647,00	5.046.323,38	2.369.676,38
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**75.474.668,95**	**69.306.500,00**	**83.590.689,70**	**14.284.189,70**
- Personalaufwendungen	18.232.574,40	18.665.683,00	19.388.149,64	722.466,64
- Versorgungsaufwendungen	1.246.618,88	1.591.659,00	1.368.160,09	-223.498,91
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.842.932,97	9.209.860,00	10.344.864,26	1.135.004,26
- Bilanzielle Abschreibungen	8.090.456,60	8.169.015,00	7.896.638,49	-272.376,51
- Transferaufwendungen	30.737.450,68	29.515.926,00	30.988.955,18	1.473.029,18
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.032.585,06	10.849.913,00	11.788.346,91	938.433,91
= Ordentliche Aufwendungen	**81.182.618,59**	**78.002.056,00**	**81.775.114,57**	**3.773.058,57**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-5.707.949,64**	**-8.695.556,00**	**1.815.575,13**	**10.511.131,13**
+ Finanzerträge	541.796,72	475.830,00	739.826,86	263.996,86
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	278.697,23	425.302,00	271.580,47	-153.721,53
= FINANZERGEBNIS	**263.099,49**	**50.528,00**	**468.246,39**	**417.718,39**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-5.444.850,15**	**-8.645.028,00**	**2.283.821,52**	**10.928.849,52**
+ Außerordentliche Erträge	304.000,14	0,00	110.636,62	110.636,62
- Außerordentliche Aufwendungen	451.285,56	0,00	153.097,16	153.097,16
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**-147.285,42**	**0,00**	**-42.460,54**	**-42.460,54**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-5.592.135,57**	**-8.645.028,00**	**2.241.360,98**	**10.886.388,98**

FINANZRECHNUNG 2010

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	41.803.968,29	41.725.627,00	49.499.376,81	7.773.749,81
+ Zuwendungen und ähnliche Abgaben	3.581.514,09	4.536.293,00	4.168.010,86	-368.282,14
+ Sonstige Transfereinzahlungen	11.679,19	9.000,00	3.625,10	-5.374,90
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.173.079,63	11.287.942,00	13.095.329,94	1.807.387,94
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.334.859,47	1.367.519,00	1.474.075,04	106.556,04
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.989.867,97	3.292.095,00	3.615.397,91	323.302,91
+ Sonstige Einzahlungen	2.343.084,28	2.664.691,00	4.838.681,61	2.173.990,61
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	560.927,43	475.830,00	654.312,35	178.482,35
= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**64.798.980,35**	**65.358.997,00**	**77.348.809,62**	**11.989.812,62**
- Personalauszahlungen	17.108.277,17	17.887.054,00	17.520.660,25	-366.393,75
- Versorgungsauszahlungen	1.390.019,49	1.230.000,00	1.489.901,80	259.901,80
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.470.379,98	9.209.860,00	10.055.141,35	845.281,35
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	274.261,55	425.302,00	269.892,28	-155.409,72
- Transferauszahlungen	30.128.469,19	29.515.926,00	30.208.849,73	692.923,73
- Sonstige Auszahlungen	10.386.444,45	10.849.913,00	10.678.380,78	-171.532,22
= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**69.757.851,83**	**69.118.055,00**	**70.222.826,19**	**1.104.771,19**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-4.958.871,48**	**-3.759.058,00**	**7.125.983,43**	**10.885.041,43**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.716.258,59	5.180.626,00	4.010.630,39	-1.169.995,61
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.021.187,86	3.000.000,00	1.722.287,90	-1.277.712,10
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	760,27	16.154,00	103.865,28	87.711,28
+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	371.450,21	237.000,00	127.231,88	-109.768,12
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	18.865,19	15.000,00	13.539,36	-1.460,64
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**3.128.522,12**	**8.448.780,00**	**5.977.554,81**	**-2.471.225,19**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.595.965,45	1.092.200,00	679.022,60	-413.177,40
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.655.222,90	11.311.034,37	5.081.242,73	-6.229.791,64
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	361.797,65	974.529,50	776.084,24	-198.445,26
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	7.669,38	18.968,00	0,00	-18.968,00
- Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen	0,00	32.214,00	0,00	-32.214,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	28.245,72	87.500,85	18.172,79	-69.328,06
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**8.648.901,10**	**13.516.446,72**	**6.554.522,36**	**-6.961.924,36**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-5.520.378,98**	**-5.067.666,72**	**-576.967,55**	**4.490.699,17**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-10.479.250,46**	**-8.826.724,72**	**6.485.256,50**	**15.311.981,22**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	1.800.000,00	0,00	-1.800.000,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	579.922,20	434.711,00	412.083,30	-22.627,70
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**-579.922,20**	**1.365.289,00**	**-412.083,30**	**-1.777.372,30**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-11.059.172,66**	**-7.461.435,72**	**6.136.932,58**	**13.598.368,30**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	8.348.648,64	78.394,35	-2.702.700,38	-2.781.094,73
+ Änderungen des Bestandes an fremden Finanzmitteln	7.823,64	0,00	50.571,12	0,00
= Liquide Mittel	**-2.702.700,38**	**-7.383.041,37**	**3.484.803,32**	**10.867.844,69**

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss 2010

Der vorliegende Jahresabschluss der Stadt Kaarst zum Stichtag 31.12.2010 wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der gesetzlichen Regelungen des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der §§ 37 ff. der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aufgestellt.

Die Stadt Kaarst hat gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW zum Jahresabschluss einen erläuternden Anhang erstellt. Es gelten dabei die allgemeinen Grundsätze zum Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 44 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitenspiegel gemäß §§ 45 - 47 GemHVO NRW beigefügt.

Im Anhang sind die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung, die Haftungsverhältnisse und sonstigen erheblichen finanziellen Verpflichtungen sowie erforderliche, gesondert anzugebende Erläuterungen in der Form dargelegt, dass ein sachverständiger Dritter den vorliegenden Jahresabschluss hinsichtlich der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage beurteilen kann (§ 95 GO NRW).

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Vermögensbewertung erfolgt entsprechend den Regelungen der §§ 32 ff. GemHVO NRW i.V.m. § 91 Abs. 2 GO NRW, wonach neu angeschaffte Vermögensgegenstände mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen sind.

Die Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bemessen und linear vorgenommen. Bei Zugängen des Sachanlagevermögens wird die Abschreibung nicht über das ganze Anschaffungsjahr errechnet, sondern nur über den Zeitraum ab Anschaffung oder Herstellung, was einer Darstellung des tatsächlichen Werteverzehrs entspricht.

Die in der Ergebnisrechnung nachgewiesenen „Bilanziellen Abschreibungen“ in Höhe von 7.897 Tsd. EUR beinhalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Vermögensgegenstände

des Anlagevermögen in Höhe von 7.747 Tsd. EUR. Verluste aus Anlagenabgängen werden in der Ergebnisrechnung als außerordentliche Aufwendungen dargestellt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410 EUR (ohne Vorsteuer) werden grundsätzlich im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben (§ 33 Abs. 4 GemHVO NRW). Vermögensgegenstände bis 60 EUR Anschaffungswert werden direkt als Aufwand verbucht.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nominalwert aktiviert. Um Forderungen mit ihrem am Abschlussstichtag beizulegenden Wert anzusetzen, werden entsprechende Wertberichtungen vorgenommen. Die Forderungen nach § 107b BeamtVG wurden mit dem Barwert aktiviert. Geleistete Zuwendungen sind mit den Nennbeträgen berücksichtigt worden.

Zugänge zu den Sonderposten im Berichtsjahr sind mit den Nennbeträgen passiviert. Allen am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Rückstellungen gemäß § 36 GemHVO NRW ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Der Ansatz der passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt für Einnahmen die für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag einen Ertrag darstellen.

Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. Es werden hier die städtischen Lizenzen für die Software ausgewiesen, soweit diese im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt stehen. Die Veränderungen im Haushaltsjahr sind dem Anlagespiegel zu entnehmen.

Sachanlagen

Die Zugänge zum Sachanlagevermögen wurden mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten im Sinne des § 33 GemHVO NRW bewertet. Die Veränderungen sind dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig fertig gestellt waren, werden als „Anlagen im Bau“ in Höhe der bis zum Bilanzstichtag tatsächlich abgeflossenen Auszahlungen in die Bilanz aufgenommen.

Finanzanlagen

Die Buchwerte der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zum Bilanzstichtag fortgeschrieben. Hierbei handelt es sich im Einzelnen um folgende zu bilanzierende Anteile an verbundenen Unternehmen/ Beteiligungen:

- Beteiligung an der Stadtwerke Kaarst GmbH
- Beteiligung an der Regionale Bahngesellschaft mbH
- Beteiligung am Zweckverband der IT-Kooperation Rheinland (ITK-R)
- Beteiligung am Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich als verbundenes Unternehmen
- Beteiligung am Wasser- und Bodenverband Nordkanal
- Beteiligung am Schulverband in Kaarst für die Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) als verbundenes Unternehmen
- Beteiligung an der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG
- Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH.

Die Beteiligung am Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst sowie am Erftverband wurde aufgrund rechtlicher Rahmenbestimmungen nicht bilanziert.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden mit ihrem Nennbetrag zum Bilanzstichtag bewertet. Hierbei handelt es sich um die Versorgungsrücklage am kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds).

Die Ausleihungen wurden mit dem tatsächlichen Restkapital zum Bilanzstichtag angesetzt.

Vorräte

Die auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bilanzposition 2.1.1. erfassten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden entsprechend den gesetzlichen Regelungen einzeln zu Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Eine Gesamtübersicht der Forderungen einschließlich der Restlaufzeiten ist dem als Anlage beigefügten Forderungsspiegel zu entnehmen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden im Grundsatz mit dem Nennwert bzw. Barwert angesetzt. Auf niedergeschlagene Forderungen wurde eine Einzelwertberichtigung von 100 % vorgenommen. Einzelne Gewerbesteuerforderungen wurden ebenfalls zu 100 % einzelwertberichtigt, nachdem bekannt wurde, dass diese nicht mehr beigetrieben werden konnten. Auf Steuerforderungen mit anhängigem Widerspruchsverfahren, bei denen die Aussetzung der Vollziehung beantragt wurde, wurde eine Einzelwertberichtigung von 50 % vorgenommen. Auf alle übrigen Forderungen, die bis Juni 2011 noch nicht beglichen waren, wurde eine pauschale Wertberichtigung von 50 % auf Forderungen aus dem Jahr 2010 vorgenommen. Auf Forderungen aus dem Jahr 2009 wurde eine pauschale Wertberichtigung von 75 % vorgenommen und für ältere Forderungen wurde eine pauschale Wertberichtigung von 100 % vorgenommen.

Eine Übersicht über die Wertberichtigungen 2010 ist nach dem Forderungsspiegel eingefügt.

Grundstücke, die nicht mehr im Rahmen der städtischen Bodenbevorratung genutzt werden sollen und sich zum Bilanzstichtag in der Vermarktung befanden, wurden mit dem Wert der Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und als „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden sämtliche Kassenbestände, Handvorschüsse und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Vorhandene Geldbestände, die von der Stadt treuhänderisch verwaltet werden, werden nicht ausgewiesen.

Negative Bankbestände wurden im gegebenen Fall als Verbindlichkeit aus Krediten zur Liquiditätssicherung auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Veränderung ergibt sich im Ergebnis neben dem Saldo der Finanzrechnung des städtischen Kernhaushaltes (+ 6.137 Tsd. EUR) auch aus der Veränderung der Zahlungsmittel im Sonderhaushalt „Sozialhilfe“ (+ 105 Tsd. EUR) sowie den städtischen Sonderkonten (- 54 Tsd. EUR), welche außerhalb des städtischen Kernhaushaltes geführt werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag verausgabte Zahlungen ausgewiesen, die erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen. Dieser Bilanzposten umfasst vor allem geleistete Zuwendungen sowie die Beamtenbesoldung und Versorgungsbezüge für Januar 2011.

Allgemeine Rücklage

Die allgemeine Rücklage bleibt zum Vorjahr unverändert.

Übertragene Deckungsermächtigungen für Aufwendungen im Sinne des § 22 GemHVO NRW, die über eine zweckgebundene Deckungsrücklage auszuweisen wären, wurden nicht gebildet. Im Jahresabschluss 2010 gebildete Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen werden hingegen in der Bilanz nicht ausgewiesen, sondern werden im Lagebericht dargestellt.

Ausgleichsrücklage

Mit Beschluss des Rates vom 16.12.2010 wurde der Jahresfehlbetrag des Jahres 2009 von - 5.592 Tsd. EUR gegen die Ausgleichsrücklage verrechnet.
Das Jahresergebnis 2010 in Höhe von 2.241 Tsd. EUR kann genutzt werden, um die Ausgleichsrücklage auf den Stand von 10.546 Tsd. EUR zu erhöhen. Der Stand der Eröffnungsbilanz von 13.897 Tsd. EUR wird damit jedoch noch nicht erreicht.

Sonderposten

Es wurden Zuwendungen und Beiträge als Sonderposten passiviert, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen an die Kommune gezahlt wurden und von dieser nicht frei verwendet werden dürfen. Für geleistete Sachspenden sind Sonderposten mit gleichem Wertansatz des gespendeten Vermögensgegenstands zu passivieren. Die angesetzten Sonderposten werden über die Restnutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst.

Sonderposten für den Gebührenausgleich sind in Höhe der nach den abgabenrechtlichen Bestimmungen tatsächlich festgestellten Kostenüberdeckungen in Gebührenhaushalten angesetzt, soweit diese den Gebührenhaushalten noch nicht wieder zugeführt wurden.

Für den Gebührenhaushalt Abfallentsorgung wurde im Berichtszeitraum ein Sonderposten in Höhe von 216 Tsd. EUR für den Jahresüberschuss 2010 gebildet.

Für den Gebührenhaushalt Straßenreinigung wurde ein Sonderposten in Höhe von 13 Tsd. EUR für die Jahresüberschüsse 2008, 2009 und 2010 gebildet.

Für den Gebührenhaushalt Abwasserbeseitigung wurde für die Jahre 2009 und 2010 ein Sonderposten in Höhe von 140 Tsd. EUR gebildet.

Für den Gebührenhaushalt Friedhöfe wurde ein in Vorjahren gebildeter Sonderposten in Höhe von 3 Tsd. EUR vollumfänglich aufgelöst.

Die „Sonstigen Sonderposten“ umfassen im Wesentlichen erhaltene Gelder für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Eine Aufstellung der Veränderungen in den Sonderposten ist dem als Anlage beigefügten Sonderpostenspiegel zu entnehmen.

Rückstellungen

Die detaillierte Entwicklung der Rückstellungen ist dem als Anlage beigefügten Rückstellungsspiegel zu entnehmen.

Pensionsrückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger der Stadt Kaarst werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse (RVK) von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen der Stadt den Versorgungsempfängern gegenüber bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber der Stadt Kaarst, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Die unter Bilanzposition 3.1 gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW ausgewiesenen Pensions- und Beihilferückstellungen sind von der RVK unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck (2005 G) ermittelt worden.

Instandhaltungsrückstellungen

Die bilanzierten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurden mit ihrem voraussichtlichen Auszahlungsbetrag für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen angesetzt. Dabei wurden nur für solche Instandhaltungsmaßnahmen Rückstellungen gebildet, deren Durchführung zum Bilanzstichtag hinreichend konkret beabsichtigt war.

Die Entwicklung der Rückstellungen wird in der Gesamtschau wesentlich durch die Instandhaltungsrückstellungen geprägt, die sich wie folgt darstellen:

Instandhaltungsrückstellung für ...	Stand 31.12.2009	Veränderungen 2010	Stand 31.12.2010
Schulgebäude GGS Albert-Schweizer-Schule	72.500,00 €	0,00 €	72.500,00 €
Turnhalle GGS Vorst	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Schulgebäude KGS Büttgen	49.038,45 €	-383,18 €	48.655,27 €
Schulgebäude KGS Kaarst	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Mehrfamilienhaus Bäumchensweg 4	11.557,44 €	0,00 €	11.557,44 €
Mehrfamilienhaus Rotdornstraße 13	2.229,74 €	0,00 €	2.229,74 €
Dreifach-Sporthalle Pestalozzistraße 1a	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Schulgebäude Albert-Einstein-Gymnasium	325.000,00 €	-221.666,99 €	103.333,01 €
Zweifachturnhalle Albert-Einstein-Gymnasium	158.000,00 €	-30.000,00 €	128.000,00 €
Albert-Einstein-Forum	23.000,00 €	-21.161,27 €	1.838,73 €
Schulgebäude Georg-Büchner-Gymnasium	2.700,00 €	147.300,00 €	150.000,00 €
Dreifachturnhalle Georg-Büchner-Gymnasium	5.000,00 €	0,00 €	5.000,00 €
Schulgebäude Realschule Büttgen	579.500,00 €	-441.106,44 €	138.393,56 €
Schulgebäude Realschule Kaarst	300.000,00 €	100.661,09 €	400.661,09 €
Turnhalle Realschule Kaarst	50.000,00 €	0,00 €	50.000,00 €
Schulgebäude Hauptschule Büttgen	59.600,00 €	-40.000,00 €	19.600,00 €
Schulgebäude GGS Stakerseite	430.000,00 €	0,00 €	430.000,00 €
Schulgebäude GGS Matthias-Claudius-Schule	130.000,00 €	-1.955,63 €	128.044,37 €
Schulgebäude GGS Astrid-Lindgren-Schule	22.000,00 €	-593,51 €	21.406,49 €
Schulgebäude KGS Kaarst	80.000,00 €	-59.728,62 €	20.271,38 €
Turnhalle KGS Kaarst	40.000,00 €	0,00 €	40.000,00 €
Kindertagesstätte Vorst	12.000,00 €	-8.254,83 €	3.745,17 €
Rathaus Kaarst	26.500,00 €	-11.500,00 €	15.000,00 €
Rathaus Büttgen	26.650,00 €	52.000,00 €	78.650,00 €
Leichenhalle Friedhof Kaarst	30.000,00 €	-30.000,00 €	0,00 €
Hausmeisterhaus Hauptschule Büttgen	66.000,00 €	0,00 €	66.000,00 €
Hausmeisterhaus Realschule Büttgen	46.000,00 €	0,00 €	46.000,00 €
Hausmeisterhaus GGS Astrid-Lindgren-Schule	37.000,00 €	-36.143,50 €	856,50 €
Hausmeisterhaus Georg-Büchner-Gymnasium	35.000,00 €	0,00 €	35.000,00 €
Platzwarthaus Sportanlage Büttgen	20.500,00 €	0,00 €	20.500,00 €
Mehrfamilienhaus Nordkanalallee 6	17.000,00 €	0,00 €	17.000,00 €
Mehrfamilienhaus Kolpingstraße 10	36.000,00 €	0,00 €	36.000,00 €
Hallenbad Büttgen	0,00 €	687.800,00 €	687.800,00 €
Beseitigung von Frostschäden auf Straßenflächen	0,00 €	154.700,00 €	154.700,00 €
Gesamt	**2.692.775,63 €**	**219.967,12 €**	**2.932.742,75 €**

Aufgliederung der sonstigen Rückstellungen (§ 44 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO NRW)

Die sonstigen Rückstellungen im Sinne des § 36 Abs. 4 GemHVO NRW umfassen Rückstellungen für zum Bilanzstichtag nicht ausgezahlte Essensgelder der Kindertagesstätten, für die örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung, sowie für entstehende Kosten für die Aufbewahrungspflichten von Geschäftsunterlagen. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für laufende Rechtstreitigkeiten und anhängige Verwaltungsverfahren gebildet, sofern eine Inanspruchnahme hinreichend wahrscheinlich ist.

Im Bereich der Personalwirtschaft wurden Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit, für nicht in Anspruch genommenen Urlaub sowie für geleistete Überstunden ge-

bildet. Deren Anpassung beruht auf den aktuell angepassten Stundensätzen sowie den aktuellen Daten zu Überstunden und Urlaub.

Darüber hinaus wurden die gebildeten Rückstellungen für mittelbare Versorgungsverpflichtungen aus Dienstherrenwechsel nach § 107 b BeamtVG fortgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten wurde nicht vorgenommen. Weitere Einzelheiten gehen aus dem als Anlage beigefügten Verbindlichkeitenspiegel hervor.

Finanzierungsbeteiligungen Dritter für städtische Investitionsmaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag nicht zweckentsprechend verwendet werden konnten, werden als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Hierzu gehören u.a. auch die Ablösezahlungen für Stellplätze. Diese werden erst nach deren Verwendung in die Sonderposten umgegliedert und werden dann analog zu den Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst.

Entstehungsjahr	Anzahl Stellplätze	Ablösebetrag	Straße
2007	11	88.000,00 EUR	Rathausstraße
2008	1	8.000,00 EUR	Holzbüttger Straße
2009	1	8.000,00 EUR	Bahnstraße
2009	2	16.000,00 EUR	Am Maubishof

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Friedhofsgebühren der Grabnutzungen ausgewiesen, die Erträge in Folgejahren darstellen. Darüber hinaus wurden in der Vergangenheit erhaltene Ablösebeträge für Land- und Kreisstraßen bei den Entwässerungsgebühren bilanziert.

Sonstige Angaben nach § 44 GemHVO NRW

Haftungsverhältnisse (§ 44 Abs. 1 GemHVO NRW)

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Bürgschaften:

Nr.	Übernahme Datum	Hauptschuldner, für die gebürgt wurde	Betrag in Euro	Verwendungszweck
1	01.10.1993	NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und	**46.016,27 (jährlich)**	Ausfallbürgschaft für nicht gedeckte Betriebskosten des Tuppenhofs
2	19.04.1999	Regionale Bahngesellschaft mbH	**36.019,71**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Planung und Durchführung von Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Betriebsaufnahme
3	27.08.1999	Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen e.V.	**904.679,86**	Sicherung eines eventuellen Rückforderungsanspruches des Landes NRW aus der Zuwendung zur Modernisierung des Landesleistungszentrums/ Bundesleistungsstützpunktes Radsport
4	27.01.2000	Regionale Bahngesellschaft mbH	**59.973,43**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung neuer Fahrzeuge
5	27.01.2000	Regionale Bahngesellschaft mbH	**446.520,35**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung von Baumaßnahmen
6	20.03.2001	Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen e.V.	**189.178,00**	Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Neuss für die Modernisierung der Einrichtungen des Hotels und des Restaurants im Sportforum Kaarst-Büttgen
7	15.09.2005	Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen e.V.	**522.388,45**	Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Neuss zur Umfinanzierung und Ablösung bestehender Terminkredite
	Summe:		**2.204.776,07**	

Finanzielle Verpflichtungen (§ 44 Abs. 1 GemHVO NRW)

Die Stadt Kaarst ist Mitglied in verschiedenen Zweckverbänden, in deren Satzung die Deckung des Finanzbedarfs über eine Verbandsumlage festgelegt ist, sofern andere Finanzierungsquellen nicht ausreichen. Die Höhe der Verbandsumlage wird hier jährlich im Rahmen einer Haushaltssatzung festgesetzt. Die Verteilung der Verbandsumlage wird in den jeweiligen Satzungen anhand von Schlüsselgrößen festgelegt.

Im Einzelnen bestehen Mitgliedschaften in folgenden Zweckverbänden aus denen sich Zahlungsverpflichtungen ergeben können:

- Volkshochschulzweckverband Kaarst-Korschenbroich
- Schulverband in Kaarst für die Schule für Lernbehinderte (Sonderschule)
- Erftverband
- Wasser- und Bodenverband „Nordkanal“
- Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Im Rahmen der Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH partizipiert die Stadt Kaarst als Anteilseignerin im Rahmen einer Verlustbeteiligung jährlich an den Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV).

Die Stadt Kaarst ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Köln (RZVK). Gegenüber den tariflich Beschäftigten besteht für den Fall, dass die RZVK ihren Versorgungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, eine subsidiäre Einstandspflicht.

Die Höhe der möglichen Verpflichtung kann zurzeit aufgrund fehlender Angaben der RZVK nicht beziffert werden. Die Beitragssätze zur RZVK betragen für den Berichtszeitraum 4,25 % sowie 2,5 % als Sanierungsgelder zur Deckung von systemwechselbedingten Fehlbeträgen. Ein darüber hinaus gehender Beitrag von den Tarifbeschäftigten wird nicht erhoben, jedoch können diese auf freiwilliger Basis weitere Beiträge für die Zusatzversorgung leisten (z.B. im Rahmen von Entgeltumwandlungen).

Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter beträgt für das Haushaltsjahr 2010 insgesamt rund 10.095 Tsd. Euro.

Über die als Verbindlichkeiten passivierten Zahlungsverpflichtungen hinaus bestanden zum Bilanzstichtag keine Verpflichtungen aus Bestellobligo.

Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung (§ 44 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO NRW)
Im Rahmen der Inventarisierung der beweglichen Sachanlagegüter für die Eröffnungsbilanz wurden für als Nutzungseinheit genutzte Vermögensgegenstände Sachgesamtheiten definiert. Diese Sachgesamtheiten sind als verbindlich in Bezug auf ihre Anwendung und ihre Zusammensetzung erklärt worden. Für die definierten Sachgesamtheiten gilt, dass die beinhalteten Vermögensgegenstände nicht einzeln zu erfassen waren, sondern insgesamt als ein Vermögensgegenstand gesehen und im Rahmen der Vermögenserfassung als solche in das Inventar aufgenommen werden mussten. Die gebildeten Sachgesamtheiten wurden grundsätzlich im Rahmen der zulässigen Bewertungsvereinfachungsmöglichkeiten nach § 34 Abs. 3 GemHVO NRW im Rahmen eines Gruppenwertes mit den tatsächlichen Anschaffungskosten bewertet und in die Anlagenbuchhaltung mit diesem Wert eingestellt. Die anzusetzende Restnutzungsdauer der Sachgesamtheit wurde jeweils mit der Gesamtnutzungsdauer nach den für die Stadt Kaarst geltenden Abschreibungssätzen in die Bilanz eingestellt.

Von der Möglichkeit der Festwertbildung wurde in Einzelfällen Gebrauch gemacht, sofern die Tatbestandsvoraussetzungen nach § 34 Abs. 1 GemHVO NRW vorlagen und der Festwert unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsprinzips als sachgerecht gesehen wurde.

Für bilanzierte Aufwüchse des unbebauten Grundvermögens sowie für die Beladung der städtischen Feuerwehrfahrzeuge wurde ebenfalls ein pauschaliertes Festwertverfahren im Sinne des § 34 Abs. 1 GemHVO NRW angewendet.

Abweichungen von den Abschreibungssätzen (§ 44 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO NRW)
Im Normalfall werden die Abschreibungen linear von der Restnutzungsdauer vorgenommen. Durch die Erschließung des Baugebietes Hubertusstraße in Büttgen war es notwendig, das dort stehende Übergangswohnheim abzureißen. In diesem Zusammenhang waren die außerplanmäßige Abschreibung des hiervon betroffenen Anlagegutes sowie die Auflösung des korrespondierenden Sonderpostens erforderlich.

Nicht abgerechnete Erschließungsmaßnahmen (§ 44 Abs. 2 Nr. 6 GemHVO NRW)
Zum Bilanzstichtag wurde die Erschließungsmaßnahme „Zum Feldchen“, „Am Bingerhof“ und „Am Marienheim“ noch nicht abgerechnet, obwohl die sachliche Beitragspflicht zum Bilanzstichtag bestanden hat. Hier wurden jedoch bereits Erschließungsbeiträge über entsprechende Vorauszahlungsbescheide veranlagt. Der sich ergebende Differenzbetrag in Höhe von 147 Tsd. EUR wird bei den Beitragsforderungen unter der Bilanzposition 2.2.1.2. ausgewiesen.

Verpflichtung aus mehrjährigen Schuldrechtsverhältnissen
(§ 44 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO NRW)

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus mehrjährigen Schuldrechtsverhältnissen in Höhe von insgesamt 5.288 Tsd. EUR p.a., die sich im Einzelnen auf die nachfolgend aufgeführten Vertragsarten aufteilen:

Dienstleistungsvertrag	1.248.947,32 €
Erbbaurechtsvertrag	22.251,32 €
Kooperationsvereinbarung	85.942,00 €
Leasingvertrag	46.774,16 €
Mietvertrag	38.454,74 €
öff.-rechtlicher Vertrag	3.451.040,00 €
Pachtvertrag	9.525,00 €
Ratenkaufvertrag	26.928,02 €
Wartungsvertrag	11.793,65 €
Zuschussvereinbarung	346.381,38 €
	5.288.037,59 €

Anlagenspiegel

Anlagespiegel zum 31.12.2010 gem. Anlage 23 VV Muster zur GO und GemHVO

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Umbuchungen * EURO	Abschreib-ungen EURO	Zuschrei-bungen EURO	Kummulierte Ab-schreibungen (auch aus Vorjahren) EURO	am 31.12. des Jahres EURO	am 31.12. des Vorjahres EURO
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	**158.020,63**	**7.859,76**	**0,00**	**0,00**	**-16.049,82**	**0,00**	**-136.927,95**	**28.952,44**	**37.142,50**
1.2 Sachanlagen									
1.2.1 Unbeb. Grundstücke und grundstückgl. Rechte	**54.801.768,48**	**294.570,67**	**-67.642,90**	**-1.562.065,88**	**-252,31**	**0,00**	**-288.633,14**	**53.177.997,23**	**54.513.387,65**
1.2.1.1 Grünflächen	19.903.855,89	148.342,61	-17.765,00	243.820,92	0,00	0,00	-288.328,35	19.989.926,07	19.615.527,54
1.2.1.2 Ackerland	16.523.900,55	112.005,21	-48.997,90	-4.255,00	0,00	0,00	0,00	16.582.652,86	16.523.900,55
1.2.1.3 Wald, Forsten	1.635.367,44	3.406,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.638.774,42	1.635.367,44
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grund-	16.738.644,60	30.815,87	-880,00	-1.801.631,80	-252,31	0,00	-304,79	14.966.643,88	16.738.592,12
1.2.2 Beb. Grundstücke u. grundstücksgl. Rechte	**150.942.932,27**	**926.402,96**	**0,00**	**93.967,06**	**-3.366.044,09**	**0,00**	**-15.105.684,17**	**136.857.618,12**	**139.203.292,19**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.454.620,48	560.771,83	0,00	36.051,13	-140.670,42	0,00	-555.305,68	8.496.137,76	8.039.985,22
1.2.2.2 Schulen	85.376.907,72	217.753,68	0,00	213.875,93	-2.011.184,43	0,00	-9.265.585,90	76.542.951,43	78.122.506,25
1.2.2.3 Wohnbauten	7.926.620,45	0,00	0,00	-155.960,00	-322.241,21	0,00	-890.901,79	6.879.758,66	7.357.959,87
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts-	49.184.783,62	147.877,45	0,00	0,00	-891.948,03	0,00	-4.393.890,80	44.938.770,27	45.682.840,85
1.2.3 Infrastrukturvermögen	**147.064.115,37**	**223.822,50**	**-12.677,50**	**584.238,05**	**-3.611.422,08**	**0,00**	**-14.387.779,50**	**133.471.718,92**	**136.287.757,95**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturverm.	37.945.602,04	53.018,30	-12.677,50	448.412,47	0,00	0,00	-22.640,00	38.411.715,31	37.922.962,04
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	76.587,83	0,00	0,00	0,00	-3.821,17	0,00	-18.062,62	58.525,21	62.346,38
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüst.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbes.anl.	43.389.023,90	0,00	0,00	0,00	-1.325.020,91	0,00	-5.275.494,58	38.113.529,32	39.438.550,23
1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätzen	65.589.038,38	166.398,78	0,00	135.825,58	-2.276.785,74	0,00	-9.048.552,09	56.842.710,65	58.817.272,03
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturverm.	63.863,22	4.405,42	0,00	0,00	-5.794,26	0,00	-23.030,21	45.238,43	46.627,27
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	**12.759.651,50**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-417.037,87**	**0,00**	**-1.667.181,75**	**11.092.469,75**	**11.509.507,62**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**290.400,00**	**4.810,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**295.210,00**	**290.400,00**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen,	**1.912.124,43**	**544.036,99**	**-581,44**	**919,12**	**-157.730,21**	**0,00**	**-645.350,82**	**1.811.148,28**	**1.424.503,82**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	**3.501.217,00**	**195.970,96**	**0,00**	**18.275,96**	**-319.210,16**	**0,00**	**-1.194.778,10**	**2.520.685,82**	**2.625.649,06**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, AIB	**1.390.383,37**	**4.699.101,28**	**0,00**	**-474.711,93**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**5.614.772,72**	**1.390.383,37**
	372.820.613,05	**6.896.575,12**	**-80.901,84**	**-1.339.377,62**	**-7.887.746,54**	**0,00**	**-33.426.335,43**	**344.870.573,28**	**347.282.024,16**
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	119.213,33	0,00	0,00	0,00	-11.087,14	0,00	-11.087,14	108.126,19	119.213,33
3.2 Beteiligungen	7.994.561,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.994.561,26	7.994.561,26
3.3 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	481.025,83	58.648,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	539.674,76	481.025,83
3.5 Ausleihungen	229.824,43	3.143,00	-51.241,56	0,00	0,00	0,00	0,00	181.725,87	229.824,43
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	229.824,43	3.143,00	-51.241,56	0,00	0,00	0,00	0,00	181.725,87	229.824,43
3 Finanzanlagen	**8.824.624,85**	**61.791,93**	**-51.241,56**	**0,00**	**-11.087,14**	**0,00**	**-11.087,14**	**8.824.088,08**	**8.824.624,85**
Gesamtsummen	**381.645.237,90**	**6.958.367,05**	**-132.143,40**	**-1.339.377,62**	**-7.898.833,68**	**0,00**	**-33.437.422,57**	**353.694.661,36**	**356.106.649,01**

Forderungsspiegel

Forderungsspiegel zum 31.12.2010					
Art der Forderung	**Gesamtbetrag des Haushaltsjahres EURO**	**Restlaufzeit bis 1 Jahr EURO**	**Restlaufzeit 1 – 5 Jahre EURO**	**Restlaufzeit über 5 Jahre EURO**	**Gesamtbetrag des Vorjahres EURO**
A. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	**7.015.078,52**	**6.685.871,52**	**0,00**	**329.207,00**	**5.138.444,68**
I. Gebühren	139.673,66	139.673,66	0,00	0,00	223.883,78
II. Beiträge	169.284,50	169.284,50	0,00	0,00	69.962,82
III. Steuern	5.196.219,91	5.196.219,91	0,00	0,00	4.218.281,62
IV. Forderungen aus Transferleistungen	623.168,81	623.168,81	0,00	0,00	160.172,72
V. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	886.731,64	557.524,64	0,00	329.207,00	466.143,74
B. Privatrechtliche Forderungen	**320.878,16**	**320.878,16**	**0,00**	**0,00**	**905.336,00**
I. gegenüber dem privaten Bereich	311.696,22	311.696,22	0,00	0,00	897.636,26
II. gegenüber dem öffentlichen Bereich	55,46	55,46	0,00	0,00	1.441,74
III. gegenüber Verbundenen Unternehmen	9.126,48	9.126,48	0,00	0,00	6.258,00
C. Summe aller Forderungen	**7.335.956,68**	**7.006.749,68**	**0,00**	**329.207,00**	**6.043.780,68**

Darstellung der Wertberichtigungen 2010

		Einzelwert-berichtigungen	Pauschalwertberichtigungen				
Art der Forderung	Forderungs-bestand zum 31.12.2010		Forderungen bis 1 Jahr (50 %)	Forderungen 1 bis 2 Jahre (75 %)	Forderungen größer 2 Jahre (100 %)	Wert-berichtigungen zum 31.12.2010	Bilanzausweis 2010
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
2.2.1.1. Gebühren	306.328,93	63.945,27	15.395,25	70.726,72	16.588,03	166.655,27	139.673,66
2.2.1.2. Beiträge	295.989,68	12.714,24	4.943,02	43,13	109.004,79	126.705,18	169.284,50
2.2.1.3. Steuern	9.283.860,79	2.990.189,99	308.555,06	287.747,77	501.148,06	4.087.640,88	5.196.219,91
2.2.1.4. Transferleistungen	630.441,25	154,00	109,50	187,19	6.821,75	7.272,44	623.168,81
2.2.1.5. sonstige öffentlich-rechtliche Forderung	1.049.797,23	37.505,73	41.385,21	41.974,61	42.200,04	163.065,59	886.731,64
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	483.758,15	23.694,75	14.861,08	24.438,98	99.885,18	162.879,99	320.878,16
2.2.3. sonstige privatrechtliche Forderungen *)	1.104.045,67	42.426,03	230,80	429,17	183,46	43.269,46	1.060.776,21
	13.154.221,70	**3.170.630,01**	**385.479,92**	**425.547,57**	**775.831,31**	**4.757.488,81**	**8.396.732,89**

*) Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen sind Bestandteil der Bilanzposition sonst. Vermögensgegenstände. Daher entspricht hier der Bilanzausweis 2010 nicht dem tatsächlichen Ausweis in

Verbindlichkeitenspiegel

Verbindlichkeitenspiegel zum 31.12.2010						
	Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres EURO	Restlaufzeit bis 1 Jahr EURO	Restlaufzeit 1 – 5 Jahre EURO	Restlaufzeit über 5 Jahre EURO	Gesamtbetrag des Vorjahres EURO
1.	Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.1.	von verbundenen Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.2.	von Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.3.	von Sondervermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.4.	vom öffentlichen Bereich	34.870,17 €	11.677,90 €	23.192,27 €	0,00 €	54.971,75 €
2.5.	vom privaten Bereich	6.053.069,61 €	338.538,69 €	938.531,00 €	4.775.999,92 €	6.449.487,01 €
3.	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.757.175,97 €
4.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	794,90 €	794,90 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.297.269,59 €	1.297.269,59 €	0,00 €	0,00 €	1.425.943,90 €
6.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.120.743,35 €	1.120.743,35 €	0,00 €	0,00 €	105.415,10 €
7.	Erhaltene Anzahlungen	8.675.949,57 €	8.675.949,57 €	0,00 €	0,00 €	5.704.504,38 €
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.885.402,23 €	3.156.691,28 €	0,00 €	728.710,95 €	3.385.012,81 €
9.	**Summe aller Verbindlichkeiten**	**21.068.099,42 €**	**14.601.665,28 €**	**961.723,27 €**	**5.504.710,87 €**	**19.882.510,92 €**
	Nachrichtlich					
	Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten (z.B. Bürgschaften)	2.204.776,07 €				
	Treuhandvermögen (z.B. Kautionen und Sicherheitshinterlegungen u.ä.)	63.759,38 €				

Rückstellungsspiegel

Rückstellung	Sachkonto	Stand 31.12.2009	Zugang	Inanspruchnahme (gegen Aufwand)	Auflösung (gegen Ertrag)	Umbuchungen	Stand 31.12.2010
Pensionsrückstellungen		**37.595.780,00 €**	**3.218.464,09 €**	**1.576.517,09 €**	**127.665,00 €**	**-197.235,00 €**	**38.912.827,00 €**
Instandhaltungsrückstellungen		**2.692.775,63 €**	**1.227.900,00 €**	**828.847,86 €**	**159.085,02 €**	**0,00 €**	**2.932.742,75 €**
Rückstellungen für die Prüfungen der Jahresabschlüsse		80.165,45 €	55.052,25 €	23.800,00 €	5.091,70 €	0,00 €	106.326,00 €
Rückstellungen für Rechtstreite und laufende Verfahren		911.670,74 €	88.598,41 €	40.316,82 €	0,00 €	0,00 €	959.952,33 €
Rückstellungen für Betriebskostenabrechnungen aus Vorjahren an Kindertagesstätten freier Träger	2811000	191.683,78 €	0,00 €	0,00 €	191.683,78 €	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	2811000	262.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	262.000,00 €
Rückstellungen für Essensgelder Kindertagesstätten	2811000	13.515,39 €	15.922,76 €	13.515,39 €	0,00 €	0,00 €	15.922,76 €
Rückstellungen für § 107 b BeamtVG-Fälle	2811008	474.083,00 €	27.447,00 €	0,00 €	0,00 €	197.235,00 €	698.765,00 €
Rückstellungen für leistungsorientierte Bezugsanteile	2811001	14.669,37 €	0,00 €	14.669,37 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen für Altersteilzeit - Beamte	2812000	502.991,00 €	48.043,00 €	99.877,00 €	0,00 €	0,00 €	451.157,00 €
Rückstellungen für Altersteilzeit - tariflich Beschäftigte	2812000	1.059.247,00 €	594.838,04 €	459.946,04 €	0,00 €	0,00 €	1.194.139,00 €
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub - Beamte	2813000	345.356,29 €	332.096,73 €	345.356,29 €	0,00 €	0,00 €	332.096,73 €
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub - tarifl. Beschäftigte	2813000	442.180,97 €	448.772,17 €	442.180,97 €	0,00 €	0,00 €	448.772,17 €
Rückstellungen für geleistete Überstunden - Beamte	2814000	102.568,51 €	88.806,73 €	102.568,51 €	0,00 €	0,00 €	88.806,73 €
Rückstellungen für geleistete Überstunden - tarifl. Beschäftigte	2814000	149.671,56 €	130.402,87 €	149.671,56 €	0,00 €	0,00 €	130.402,87 €
Summe sonst. Rückstellung nach § 36 Abs. 4 GemHVO		**4.549.803,06 €**	**1.829.979,96 €**	**1.691.901,95 €**	**196.775,48 €**	**197.235,00 €**	**4.688.340,59 €**
Gesamt		**44.838.358,69 €**	**6.276.344,05 €**	**4.097.266,90 €**	**483.525,50 €**	**0,00 €**	**46.533.910,34 €**

S o n d e r p o s t e n s p i e g e l

	Sonderposten 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	Auflösung	Endstand 31.12.2010
2. SONDERPOSTEN						
2.1 für Zuwendungen	**85.805.057,12**	**1.123.573,99**	**-110.636,62**	**0,00**	**-2.829.803,21**	**83.988.191,28**
2.2 für Beiträge	**66.155.575,46**	**142.063,06**	**0,00**	**0,00**	**-1.470.377,72**	**64.827.260,80**
2.3 für den Gebührenausgleich	**34.556,71**	**368.882,90**	**0,00**	**0,00**	**-2.962,25**	**400.477,36**
Grundstückskläranlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Straßenreinigung	20.724,44	13.301,19	0,00	0,00	0,00	34.025,63
Abfallentsorgung	10.386,66	215.906,48	0,00	0,00	0,00	226.293,14
Abwasserbeseitigung	483,36	139.675,23	0,00	0,00	0,00	140.158,59
Friedhöfe	2.962,25	0,00	0,00	0,00	-2.962,25	0,00
2.4 Sonstige Sonderposten	**109.074,02**	**0,00**	**-21.409,50**	**0,00**	**-12.436,94**	**75.227,58**
SUMME SONDERPOSTEN	**152.104.263,31**	**1.634.519,95**	**-132.046,12**	**0,00**	**-4.315.580,12**	**149.291.157,02**

kaarst*

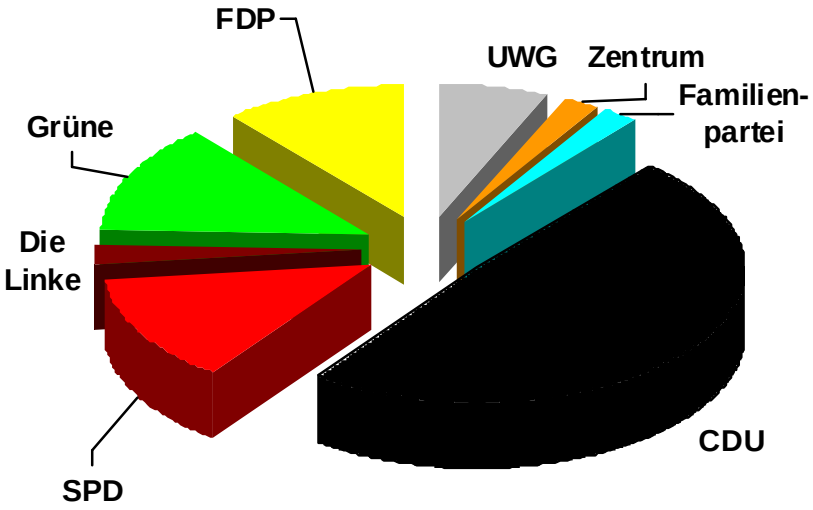
Lagebericht
für das Haushaltsjahr
2010

Strukturen der Stadt Kaarst

Einwohnerzahl (Stand: 30.06.2010):	41.961
Verleihung der Stadtrechte:	01.01.1981
Mittlere kreisangehörige Kommune:	01.01.1981
Stadtfläche:	37,385 km²
Ortsteile:	5

Stadtrat (Zusammensetzung zum 31.12.2010)

Ratssitze:	46
CDU:	22
SPD:	6
Bündnis 90/ Die Grünen:	6
FDP:	5
UWG:	3
Zentrumspartei:	2
Familienpartei:	1
Die Linke:	1



Verwaltung

Fachbereich I (Bürgermeister Franz-Josef Moormann)

Bereich 01 „Zentrale Steuerung“

Bereich 10 „Zentrale Dienste“

Bereich 23 „Liegenschaften und Wirtschaftsförderung“

Bereich 32 „Ordnungsangelegenheiten und Bürgerbüro“

Fachbereich II (Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt)

Bereich 20 „Finanzen“

Bereich 40 „Schule, Sport und Soziales“

Bereich 51 „Jugend und Familie“

Stabsstelle „Kultur“

Fachbereich III (Technischer Beigeordneter Manfred Meuter)

Bereich 60 „Bauverwaltung und Wohnen“

Bereich 61 „Stadtentwicklung, Planung und Bauordnung“

Bereich 66 „Tiefbau, Grünentwicklung, Baubetriebshof“

Bereich 69 „Gebäudewirtschaft“

Interne Organisation der Haushalts- und Finanzwirtschaft

Die Buchhaltung ist in der Stadt Kaarst zentral im Bereich 20 „Finanzen“ organisiert und wird als Sachgebiet „Kämmerei, Steuern und Abgaben“ geführt. Im Rahmen der Umstellung der eingesetzten Finanzsoftware auf das neue Kassenverfahren (KIRP-Einheitskasse) wurde die Buchhaltung im Betrachtungszeitraum weitestgehend zentralisiert. Lediglich über einige wenige eingesetzte Vorverfahren werden Buchungen automatisiert über entsprechende Schnittstellen erzeugt.

Neben dem externen Rechnungswesen erfolgt im Bereich „Finanzen“ auch die zentrale Abwicklung der städtischen Haushalts- und Finanzwirtschaft.

Die Haushalts- und Finanzwirtschaft wird unterteilt in

- Haushaltsplanung
- Mittelbereitstellung
- Anlagenbuchhaltung
- Geschäftsbuchhaltung
- Internes Rechnungswesen (Kostenrechnung, Finanzcontrolling)
- Jahresabschlusserstellung

Die Finanzbuchhaltung wird unterteilt in

- Zahlungsabwicklung
- Forderungsmanagement
- Werteverwaltung
- Liquiditätsplanung

Das Mahnwesen und die Beitreibung städtischer Forderungen erfolgt in der Abteilung „Stadtkasse“ ebenfalls im Bereich Finanzen.

Entwicklung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals

Der Jahresabschluss besteht gem. § 95 Abs. 1 GO NRW aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist nach § 95 Abs. 1. Satz 4 GO NRW ein Lagebericht gem. § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Im Gegensatz zum Vorjahr konnte das Hauhaltsjahr 2010 mit einem Jahrüberschuss abgeschlossen werden. Maßgeblich beruht dieses Ergebnis auf Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer.

In der Ergebnisrechnung wurde im Haushaltsjahr 2010 ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.241 Tsd. EUR erwirtschaftet. Gegenüber dem ursprünglichen Planansatz 2010, der noch von einem Defizit in Höhe von 8.645 Tsd. EUR ausging, ergab sich mithin eine Verbesserung des Jahresergebnisses von 10.886 Tsd. EUR.

Die Bilanzsumme hat sich von 367.381 Tsd. EUR um 2.388 Tsd. EUR auf 369.769 Tsd. EUR erhöht. Die Erhöhung beruht dabei im Wesentlichen auf der positiven Veränderung des Umlaufvermögens um 5.088 Tsd. EUR. Das Sachanlagevermögen hat sich im gleichen Zeitraum um 2.403 Tsd. EUR verringert.

Die Finanzierungsstruktur der Passivseite zeigt einen Anstieg beim Fremdkapital in Höhe von 2.881 Tsd. EUR, während das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital + Sonderposten) im Saldo um 572 Tsd. EUR abnimmt.

Die Eckdaten der Bilanz zum 31.12.2010:

	31.12.2010	**31.12.2009**	**Veränderung**
Bilanzsumme	369.769 Tsd. EUR	367.381 Tsd. EUR	2.388 Tsd. EUR
Anlagevermögen	353.695 Tsd. EUR	356.107 Tsd. EUR	-2.412 Tsd. EUR
- davon Sachanlagen	344.842 Tsd. EUR	347.245 Tsd. EUR	-2.403 Tsd. EUR
- davon Finanzanlagen	8.824 Tsd. EUR	8.825 Tsd. EUR	-1 Tsd. EUR
Umlaufvermögen	14.459 Tsd. EUR	9.371 Tsd. EUR	5.088 Tsd. EUR
aktive Rechnungsabgrenzung	1.616 Tsd. EUR	1.904 Tsd. EUR	-288 Tsd. EUR
Eigenkapital	147.459 Tsd. EUR	145.218 Tsd. EUR	2.241 Tsd. EUR
Sonderposten	149.291 Tsd. EUR	152.104 Tsd. EUR	-2.813 Tsd. EUR
Rückstellungen	46.534 Tsd. EUR	44.838 Tsd. EUR	1.696 Tsd. EUR
Verbindlichkeiten	21.068 Tsd. EUR	19.883 Tsd. EUR	1.185 Tsd. EUR
passive Rechnungsabgrenzung	5.417 Tsd. EUR	5.338 Tsd. EUR	79 Tsd. EUR

Jahresabschluss 2010

Ergebnisrechnung

Das Jahresergebnis 2010 weist gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz eine Verbesserung um 10.886 Tsd. EUR aus. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.241 Tsd. EUR kann gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 75 Abs. 3 GO NRW per Verwendungsbeschluss des Stadtrates der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Die Verbesserung des Ergebnisses resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen in Höhe von 14.659 Tsd. EUR, sowie aus Mehraufwendungen in Höhe von 4.080 Tsd. EUR. Die Mehrerträge ergeben sich schwerpunktmäßig aus Mehrerträgen bei Steuern und ähnlichen Abgaben (+ 9.906 Tsd. EUR), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (+ 1.893 Tsd. EUR) sowie aus Mehrerträgen bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (+2.370 Tsd. EUR), den Finanzerträgen (+264 Tsd. EUR) und den außerordentlichen Erträgen (+ 111 Tsd. EUR).

Minderaufwendungen entstanden bei den Versorgungsaufwendungen (-223 Tsd. EUR) und bei den bilanziellen Abschreibungen (-272 Tsd. EUR), während bei den Personalaufwendungen (722 Tsd. EUR) als auch bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (1.135 Tsd. EUR) den Transferaufwendungen (1.473 Tsd. EUR) sowie den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (938 Tsd. EUR) Mehraufwendungen erzielt wurden, die sich im Wesentlichen aus den sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu buchenden Wertberichtigungen (809 Tsd. EUR) ergeben. Diese Aufwendungen belasten das Jahresergebnis, ohne zu unmittelbaren Liquiditätsabflüssen zu führen (sog. nicht zahlungswirksame Aufwandsarten).

In der Gesamtschau weist das Ergebnis der laufenden Verwaltung einen Saldo von 1.816 Tsd. EUR aus, der gegenüber dem fortgeschriebenen Planungsansatz von - 8.696 Tsd. EUR eine Verbesserung von 10.511 Tsd. EUR darstellt.

Die Finanzerträge zeigen gegenüber der Planung eine Verbesserung von 264 Tsd. EUR, die vorrangig daraus resultieren, dass 270 Tsd. EUR Gewinnanteile erwirtschaftet werden konnten, die nicht eingeplant waren. Gleichzeitig konnten 15 Tsd. EUR Zinserträge weniger realisiert werden.

Bei den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen wurden insgesamt 154 Tsd. EUR Minderaufwendungen erreicht, da Kredite zur Liquiditätssicherung nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden mussten. Darüber hinaus waren durch die vorzeitige Ablösung eines Darlehensvertrages geringere Zinsen zu zahlen als dies ursprünglich geplant war.

Im Saldo weist das Finanzergebnis einen Betrag von 468 Tsd. EUR aus, was eine Verbesserung gegenüber dem Planansatz von 418 Tsd. EUR darstellt.

Die Gesamtentwicklung der Ergebnisrechnung 2010 stellt sich im Vergleich zum fortgeschriebenen Planansatz wie folgt dar:

ordentliche Erträge (Mehrerträge)	+ 14.284.189,70 EUR
ordentliche Aufwendungen (**Mehraufwendungen**)	+ 3.773.058,57 EUR
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**+ 10.511.131,13 EUR**
Finanzerträge	+ 263.996,86 EUR
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- 153.721,53 EUR
Finanzergebnis	**+ 417.718,39 EUR**
außerordentliche Erträge	+ 110.636,72 EUR
außerordentliche Aufwendungen	- 153.097,16 EUR
außerordentliches Ergebnis	**- 42.460,54 EUR**
Jahresergebnis	***+ 10.886.388,98 EUR***

Wesentliche Abweichungen

Im Einzelnen sind nachfolgend die Positionen der Ergebnisrechnung aufgeführt, bei denen wesentliche Abweichungen zum Planansatz zu verzeichnen sind.

Steuern und ähnliche Abgaben

Im Bereich der Steuern und Abgaben ist auf Grund des Betrages auch die bedeutsamste Abweichung in der gesamten Ergebnisrechnung in den Erträgen aus Gewerbesteuer zu finden. Sind hier im Planansatz noch 14.870 Tsd. EUR angesetzt worden, so liegt das Jahresergebnis 2010 bei 23.891 Tsd. EUR, was einer Ergebnisverbesserung von 9.021 Tsd. EUR entspricht. Die positiven Veränderungen beruhen im Wesentlichen darauf, dass gewerbesteuerpflichtige Betriebe für Vorjahre nachveranlagt wurden. Es ist zu beachten, dass dies keine periodisch wiederkehrenden Erträge sind, da es sich um Nachveranlagungen bei einzelnen Betrieben handelt. Darüber hinaus zeigte sich insbesondere im letzten Quartal 2010, dass sich die verbesserte konjunkturelle Entwicklung auch in den Gewerbesteuerdaten widerspiegelt.

Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zeigt sich gegenüber dem Plansatz um 732 Tsd. EUR verbessert, was ebenfalls aus der konjunkturellen Entwicklung begründet ist.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind die wesentlichen Abweichungen in den Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen, da im Dezember 2010 das Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes verabschiedet wurde, worin der Grundbetrag für die Schlüsselzuweisungen angehoben wurde. Daraus resultiert eine Ergebnisverbesserung von 432 Tsd. EUR. Bei den Erträgen aus Zuwendungen für lfd. Zwecke ergibt sich eine Veränderung von – 906 Tsd. EUR. Ursächlich hierfür ist die zweckentsprechende Verwendung der Schulpauschale im Rahmen durchgeführter Investitionsmaßnahmen (Grundschule Lichtenvoorder Straße und Dreifachturnhalle Pestalozzistraße) und die damit einhergehende Umbuchungsnotwendigkeit der Schulpauschalmittel in den investiven Bereich.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurden 10.672 Tsd. EUR als Erträge aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten geplant. Realisiert werden konnte hier 12.508 Tsd. EUR wobei hier Mehrerträge im Bereich der Abfallwirtschaft und der Entwässerung erzielt werden konnten. Sofern hieraus abgaberechtliche Überschüsse in den einzelnen Gebührenhaushalten erzielt werden, werden diese den Sonderposten für die Gebührenhaushalte zugeführt und in künftigen Jahren verrechnet.

Kostenerstattung und Umlagen

Unter den Kostenerstattung und Umlagen sind verschiedene Planabweichungen zu verzeichnen, die sich insgesamt in Mehrerträgen von 585 Tsd. EUR summieren.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge zeigen eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Planansatz von 2.370 Tsd. EUR auf, die im Wesentlichen durch Erträge aus der Veräußerung von Immobilien (+ 603 Tsd. EUR), Erträge aus Vollverzinsung nach Abgabenordnung (+ 750 Tsd. EUR), und Erträgen aus bilanziellen Bestandsentwicklungen im Jahresabschluss begründet sind.

Personalaufwendungen

Im Bereich der Personalaufwendungen wurden insgesamt zwar 722 Tsd. EUR Mehraufwendungen erzielt. Hier fielen für die Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen der aktiven Beschäftigten 1.161 Tsd. EUR Mehraufwendungen an.

Versorgungsaufwendungen

Während die laufenden Aufwendungen für die Versorgungsempfänger den Ansatz um insgesamt 436 Tsd. EUR überschreiten, zeigen sich bei der Fortschreibung der Rückstellungen für Versorgungsempfänger wesentliche Entlastungen, so dass insgesamt bei den Versorgungsaufwendungen 223 Tsd. EUR Minderaufwendungen zu verzeichnen sind.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Unter der Position Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden Gesamtaufwendungen von 9.210 Tsd. EUR veranschlagt. Im Ergebnis sind 10.345 Tsd. EUR erreicht worden, was einem Mehraufwand von 1.135 Tsd. EUR entspricht. Im Wesentlichen hierfür verantwortlich sind die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.

Bilanzielle Abschreibungen

Bei den bilanziellen Abschreibungen zeigten sich keine wesentlichen Änderungen zu den Planansätzen.

Transferaufwendungen

Die Mehraufwendungen von 1.473 Tsd. EUR unter der Position der Transferaufwendungen beruhen vorrangig auf Mehraufwendungen für die Gewerbesteuerumlage (+ 553 Tsd. EUR) und den Fonds Deutsche Einheit (+ 569 Tsd. EUR). Im Weiteren sind aber auch Mehraufwendungen für Personalkostenzuschüsse OGATA sowie für die Erftverbandsumlage angefallen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen waren mit 10.850 Tsd. EUR geplant. Im Jahresergebnis wurden 11.788 Tsd. EUR erwirtschaftet. Im Folgenden sind zunächst die wesentlichen Posten aufgeführt, die hier zu einer Aufwandsminderung führten:

- Sonst. Personal und Versorgungsaufwendungen (- 63 Tsd. EUR)
- Sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen (Pflegekosten, Unterhalt) (- 33 Tsd. EUR)

- Aufwendungen für Steuer (Kfz-Steuer, Körperschaftssteuer und Kapitalertragsteuer) (- 23 Tsd. EUR)
- Aufwendungen für Versicherungen und Schadensfälle (Sach- und Personenversicherungen) (- 48 Tsd. EUR)
- Erstattung von Aufwendungen Dritter (Familienhilfeplanleistungen, Zuschüsse Jugendförderung, Deponiekosten) (- 132 Tsd. EUR)

Gleichzeitig führten diverse Positionen zu einer Aufwandsmehrung:

- Ehrenamtl./sonst. Tätigkeiten (Entschädigungen für Mandatsträger und Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr) (+ 22 Tsd. EUR)
- Erstattung von Aufwendungen Dritter (ÖPNV-Umlage, Taxi-Bus) (+ 19 Tsd. EUR)
- Erstattung von Aufwendungen Dritter (Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen) (+ 37 Tsd. EUR)
- Aufwendungen aus Wertberichtigungen (+ 809 Tsd. EUR)
- Sonst. Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ins. die Bildung von Sonderposten für die Gebührenhaushalte) (+ 343 Tsd. EUR)

Finanzerträge

Bei den Finanzerträgen konnte eine Verbesserung gegenüber dem Ansatz von insgesamt 264 Tsd. EUR erreicht werden, die überwiegend aus Gewinnausschüttungen der städtischen Beteiligungen resultieren.

Finanzaufwendungen

Bei den Zinsen und Finanzaufwendungen war es möglich, Minderaufwendungen von 153 Tsd. EUR zu erwirtschaften, da insbesondere Zinszahlungen für aufgrund der verbesserten Liquiditätslage nicht in Anspruch genommene Kredite nicht aufgewendet werden.

Finanzrechnung

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahresergebnis 2010 wird für den Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit bei Einzahlungen in Höhe von 77.349 Tsd. EUR und Auszahlungen in Höhe von 70.223 Tsd. EUR ein Saldo von 7.126 Tsd. EUR ausgewiesen. Gegenüber der Planung in Höhe von -3.759 Tsd. EUR bedeutet dies eine Verbesserung in Höhe von 10.885 Tsd. EUR.

Die Verbesserung des Saldos der laufenden Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung beruht im Wesentlichen auf den Resultaten der Ergebnisrechnung. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

Saldo aus Investitionstätigkeit

Im Bereich der Investitionen wurden für das Jahr 2010 Einzahlungen in Höhe von 8.449 Tsd. EUR geplant, wovon 5.978 Tsd. EUR tatsächlich realisiert werden konnten. Demgegenüber standen geplante Auszahlungen in Höhe von 13.516 Tsd. EUR von denen 6.554 Tsd. EUR abgeflossen sind.

Die Differenzen ergeben sich im Wesentlichen daraus, dass Veräußerungserlöse für Grundstücksvermögen nicht in der geplanten Höhe erzielt werden konnten (- 1.278 Tsd. EUR) und Landeszuweisungen nicht im Haushaltsjahr 2010 sondern erst später geflossen sind (- 1.170 Tsd. EUR), da Baumaßnahmen nicht im geplanten Umfang realisiert werden konnten. Gleichzeitig wurden die investiven Mittel für den Erwerb von Grundstücksvermögen nicht in der geplanten Höhe ausgeschöpft (- 413 Tsd. EUR). Weiter wurden Gelder in Höhe von 6.230 Tsd. EUR für Baumaßnahmen nicht, bzw. nicht im Haushaltsjahr 2010 in Anspruch genommen. In Bezug auf die in Folgejahre übertragenen Auszahlungsermächtigungen wird auf Seite 33 des Lageberichtes verwiesen. Diese stehen weiterhin zur Verfügung und werden in gegebenen Fällen noch zu Liquiditätsabflüssen führen.

Die betraglich umfangreichsten Investitionen im Jahr 2010 waren der U-3 Ausbau der Kindertageseinrichtungen Geranienweg, Büdericher Straße und Alte Heerstraße, sowie der Neubau der Dreifachturnhalle an der Pestalozzistraße.

Im direkten Vergleich zwischen den bilanziellen Abschreibungen (7.888 Tsd. EUR) und den Auszahlungen für Investitionstätigkeit (6.554 Tsd. EUR), lässt sich erkennen, dass die Abschreibungsbeträge über den getätigten Investitionen liegen.

Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Die in der Haushaltssatzung erteilten Kreditermächtigungen in Höhe von 1.800 Tsd. EUR wurden aufgrund des konstant niedrigen Zinsniveaus für Kredite zur Liquiditätssicherung sowie der sich erst anhand des im Rahmen des Jahresabschlusses ergebenen Saldos aus Investitionstätigkeit bislang noch nicht in Anspruch genommen. Hier wird die Entscheidung im Hinblick auf zukünftige Liquiditätsbedarfe, die haushaltsrechtlichen Rahmenbestimmungen und die mittelfristige Zinsentwicklung im Laufe des Jahres 2011 zu treffen sein.

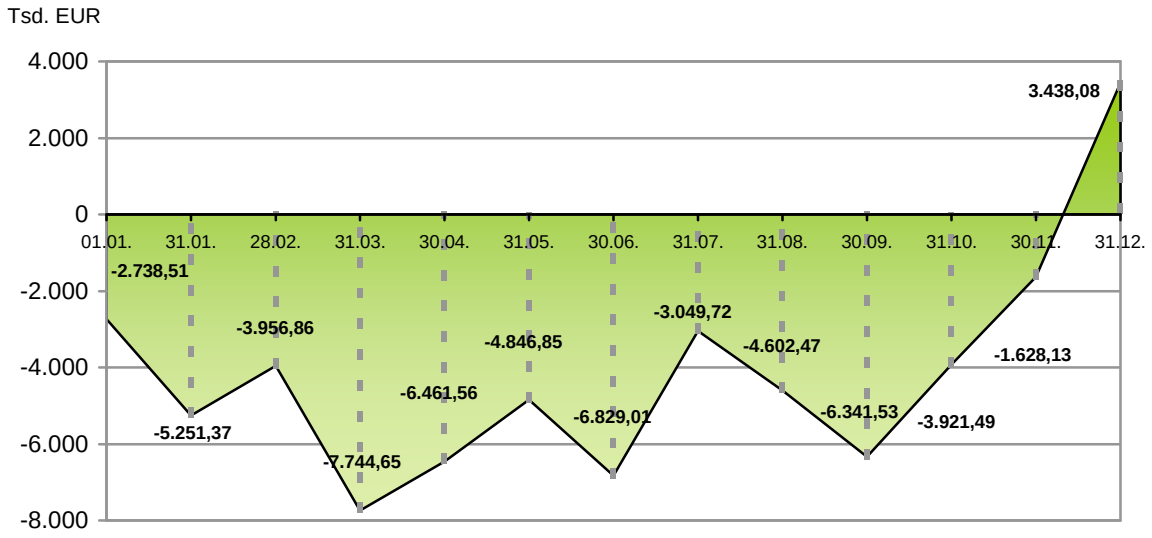
Gleichzeitig konnten die bestehenden Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten um 417 Tsd. EUR durch entsprechende Tilgungen reduziert werden. Weitere Sonderzahlungen sowie Umschuldungen wurden im Haushaltsjahr 2010 nicht vorgenommen.

Liquiditätsentwicklung

Vorrangig bedingt durch die Entwicklung des Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, sowie durch nicht in Anspruch genommene Auszahlungsermächtigungen im investiven Bereich, ergibt sich gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz 2010 von – 7.461 Tsd. EUR eine Verbesserung der Liquiditätslage um 13.598 Tsd. EUR, so dass insgesamt zum Bilanzstichtag ein Liquiditätszufluss von 6.137 Tsd. EUR zu verzeichnen war. Dies führt unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes zum 01.01.2010 sowie der Fremdmittel (Sonderhaushalt Sozialhilfe und den städtischen Sonderkonten) zu einem Stand der Liquidität zum 31.12.2010 in Höhe von 3.485 Tsd. EUR.

Kredite für Investitionen wurden bis zum Bilanzstichtag nicht aufgenommen. Allerdings waren unterjährig Kredite zur Liquiditätssicherung zur Überbrückung von zeitlich befristeten Liquiditätsbedarfen erforderlich.

Im Jahresverlauf zeigte sich auf den städtischen Bankkonten (ohne Sonderkonten) folgende Liquiditätsentwicklung:



Übertragung von Deckungsermächtigungen

Gem. § 22 GemHVO können Ermächtigungen in Folgejahre übertragen werden. Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren erhöhen den Ansatz des laufenden Jahres. Demnach bleiben Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Nach § 22 Abs. 4 GemHVO ist dem Rat im Rahmen des Jahresabschlusses eine Übersicht der Übertragungen differenziert nach Ergebnisrechnung und Finanzrechnung vorzulegen. Es wurden im Berichtszeitraum lediglich Ermächtigungsübertragungen für Investitionsmaßnahmen nach § 22 Abs. 2 GemHVO vorgenommen, die am 25.01.2011 vom Kämmerer genehmigt wurden.

Auftragssachkonto	Bezeichnung	Übertragungs-bedarf	Ursprüngliche Veran-schlagung im Jahr
M 10071001 7831000	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Büromobiliar für die Verwaltung	9.748,34	2010
M 23072031 7821000	Ankauf und Verkauf von städtischem Grundvermögen	21.000,00	2010
M 32103206 7831000	Neubeschaffung Bekleidung Freiwillige Feuerwehr	11.377,97	2010
M 32103207 7853000	Parkplätze Feuerwache Büttgen	68.000,00	2010
M 40074001 7831000	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an Grundschulen	1.283,30	2010
M 40074001 7831004	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an Grundschulen	287,98	2010
M 40074002 7831001	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an Realschulen	1.594,58	2010
M 40074003 7831000	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an Gymnasien	3.619,44	2010
M 40074003 7831001	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an Gymnasien	1.774,29	2010
M 40074004 7831000	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln an der Hauptschule	2.055,07	2010
M 40084003 7853000	Erneuerung des Biologie-/Physikraumes in der RS Kaarst	16.309,37	2010
M 40094003 7831000	Einrichtung Cafeteria Übermittagsbetreuung Albert-Einstein Gymnasium	5.702,10	2009
M 40094004 7831000	Einrichtung Cafeteria Übermittagsbetreuung Realschule Kaarst	1.711,79	2009
M 40094005 7853000	Einrichtung Cafeteria Übermittagsbetreuung Realschule Büttgen	250,00	2009
	Zwischensumme	**144.714,23**	

Auftragssachkonto	Bezeichnung	Übertragungs-bedarf	Ursprüngliche Veran-schlagung im Jahr
M 40094005 7831000	Einrichtung Cafeteria Übermittagsbetreuung Realschule Büttgen	886,45	2009
M 40104001 7831000	Anschaffung von Schulmobiliar und Lehr-/Lernmitteln	3.126,38	2010
M 40104002 7831000	Erwerb von Defibrilatoren für die Sportplätze	6.000,00	2010
M 40104003 7831000	Erwerb von Defibrilatoren für die Turnhallen	4.000,00	2010
M 41074101 7831000	Anschaffung von Kunstgegenständen	190,00	2010
M 51075102 7831000	Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Außenspielgeräten an Kindertageseinrichtungen	28.672,99	2010
M 51095101 7851000	Ausbau für Betreuung U3 - Kita Robert-Bunsen-Weg	2.278,08	2010
M 51095101 7831000	Ausbau für Betreuung U3 - Kita Robert-Bunsen-Weg	6.510,16	2010
M 51095102 7851000	Ausbau für Betreuung U3 - Kita Geranienweg	2.741,20	2009
M 51095102 7831000	Ausbau für Betreuung U3 - Kita Geranienweg	913,94	2009
M 51105101 7853000	Ausbau U3 - städtische Kita Alte Heerstraße	79.872,50	2010
M 66076621 7852000	Gestaltung Ortsmitte Vorst St. Eustachiusplatz	488.707,93	2009
M 66076628 7852000	Neuanlage Friedhof Vorst	15.778,21	2010
M 66076647 7852000	Errichtung Grünzug Commerhof	240.648,18	2010
M 66076648 7852000	Anschaffung von Spielgeräten	23.253,11	2010
M 66076649 7852000	Planung, Bau und Umgestaltungvon Kinderspielplätzen und Bolzplätzen	18.755,49	2010
M 66086602 7852000	Endausbau Reststück Am Hoverkamp	2.878,34	2009
M 66086603 7852000	Endausbau Erich-Kästner-Straße	112.907,07	2009
M 66086608 7852000	Umgestaltung Alte Heerstraße IGS-Maßnahme	127.771,54	2009
M 66096602 7852000	Deckensanierung mit Baumaßnahmen der Kreiswerke	85.255,00	2010
M 66096604 7852000	Grünzug Altes Dorf Süd	30.320,52	2010
M 66096605 7852000	Rechtsabbiegerspur Gustav-Heinemann-Straße/L 390	150.000,00	2010
M 66106602 7852000	Baugebiet Hubertusstraße	172.870,98	2010
M 66106602 7852001	Kanal im Baugebiet Hubertusstraße	159.420,75	2010
M 66106602 7852002	Kreisverkehr Baugebiet Hubertusstraße	103.099,61	2010
M 66106602 7851003	Lärmschutzwall Hubertusstraße	20.000,00	2010
M 66106607 7831000	Anschaffung neue Halfpipe	20.000,00	2010
M 66106608 7831000	Nachrüstung Multicar in ein wintertaugliches Fahrzeug	20.000,00	2010
M 69086907 7853000	Umbau Kindertageseinrichtungen U 3 Planungskosten	41.514,01	2009
M 69096901 7851000	Erweiterungsbau Baubetriebshof (Errichtung Lagergebäude für Holzschnitzel)	29.008,00	2010
M 69096904 7851000	Modernisierung der Turnhalle Grundschule Lichtenvoorder Straße	263.472,09	2009
M 69096905 7851000	Modernisierung der Grundschule Lichtenvoorder Straße (Wärmedämmung)	727.185,31	2009
M 69106901 7851000	Neubau Dreifachturnhalle Pestalozzistraße	1.157.211,51	2010
M 69106903 7853000	Heizzentrale Rathaus Kaarst	146.076,88	2010
M 69106904 7853000	Heizzentrale Albert-Einstein-Gymnasium/VHS	146.425,01	2010
M 69106905 7853000	Heizzentrale Bebop	6.669,31	2010
	Gesamtsumme	**4.589.134,78**	

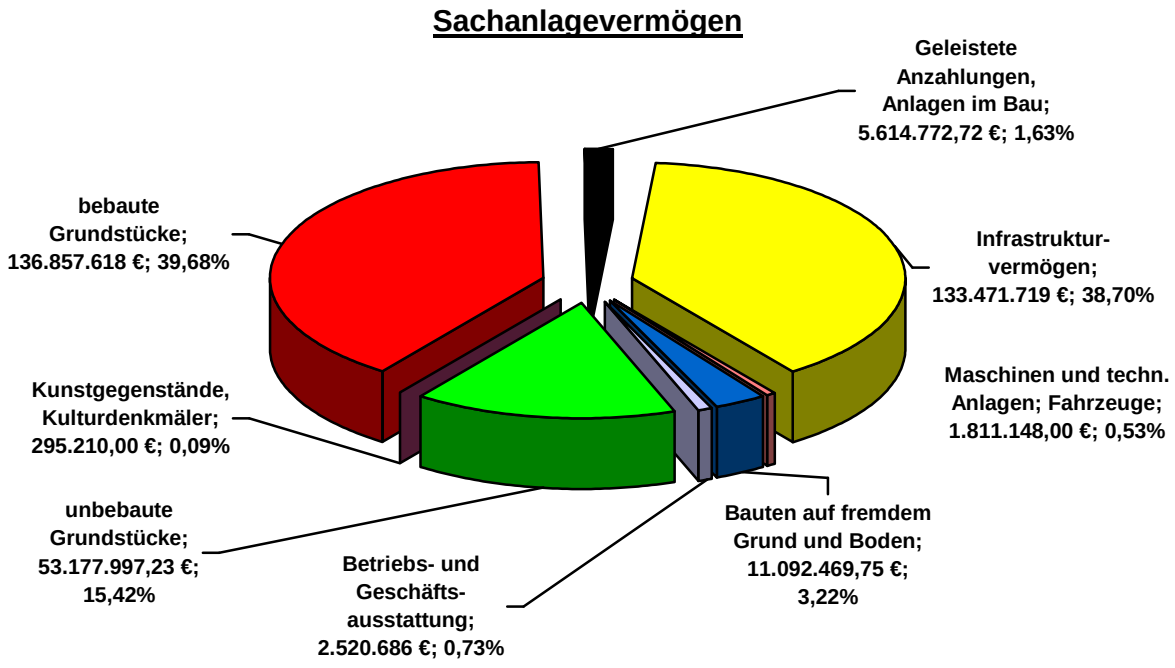
Vermögenslage zum 31.12.2010

Das Anlagevermögen bildet mit 353.695 Tsd. EUR (95,65 %) den größten Vermögensanteil am gesamten Vermögen der Stadt Kaarst.

Das Anlagevermögen wird unterteilt in drei Hauptblöcke:

-	Immaterielle Vermögensgegenstände	29 Tsd. EUR
-	Sachanlagevermögen	344.842 Tsd. EUR
-	Finanzanlagen	8.824 Tsd. EUR

Das Sachanlagevermögen teilt sich wie folgt auf:



Die **Anlagen im Bau** beziehen sich auf die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellten baulichen Maßnahmen. Sie werden in Höhe der bis zum 31.12.2010 tatsächlich geleisteten Zahlungen in der Bilanz erfasst.

Bei den **Finanzanlagen** der Stadt Kaarst hat sich im Jahr 2010 lediglich die Beteiligung am Wasser- und Bodenverband Nordkanal verändert.

Der Bestand am Kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds) wurde um einen Betrag von 59 Tsd. EUR aufgestockt.

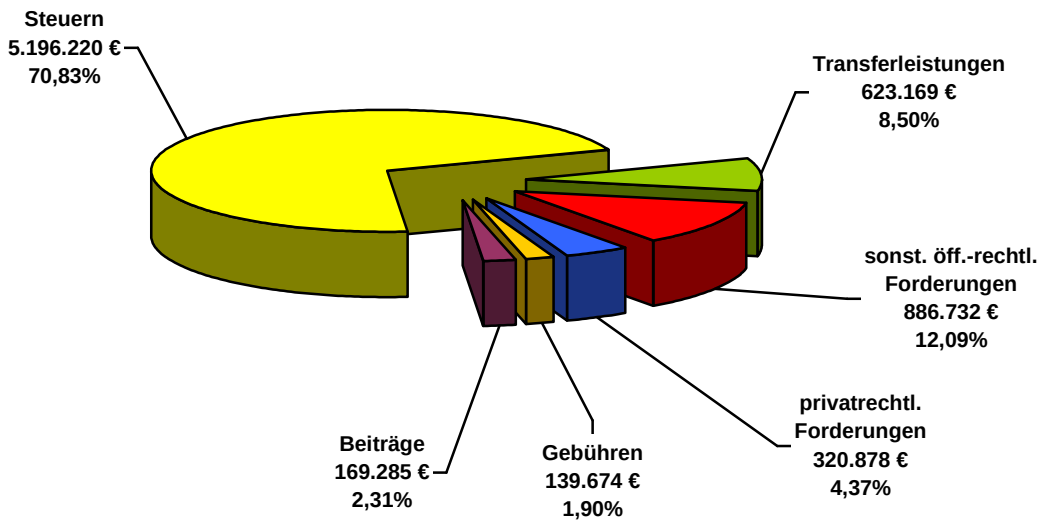
Im Bereich der sonstigen Ausleihungen haben sich die Arbeitgeberdarlehen aufgrund gewährter Darlehen sowie der eingezahlten Tilgungsleistungen im Ergebnis um einen Gesamtbetrag von 21 Tsd. EUR reduziert. Eine Ausleihung an das Land für die Vorfinanzierung der baulichen Umgestaltung des Knotenpunktes Neersener Straße / Siemensstraße hat sich ebenfalls durch Zahlung in Höhe von 27 Tsd. EUR reduziert.

Das **Umlaufvermögen** stellt mit 14.458 Tsd. EUR (3,91 %) einen vergleichsweise geringen Anteil am Vermögen und teilt sich auf in

-	Liquide Mittel	3.485 Tsd. EUR
-	Forderungen	7.336 Tsd. EUR
-	Vorräte	31 Tsd. EUR
-	sonstige Vermögensgegenstände	3.607 Tsd. EUR

Die Forderungen teilen sich wie folgt auf:

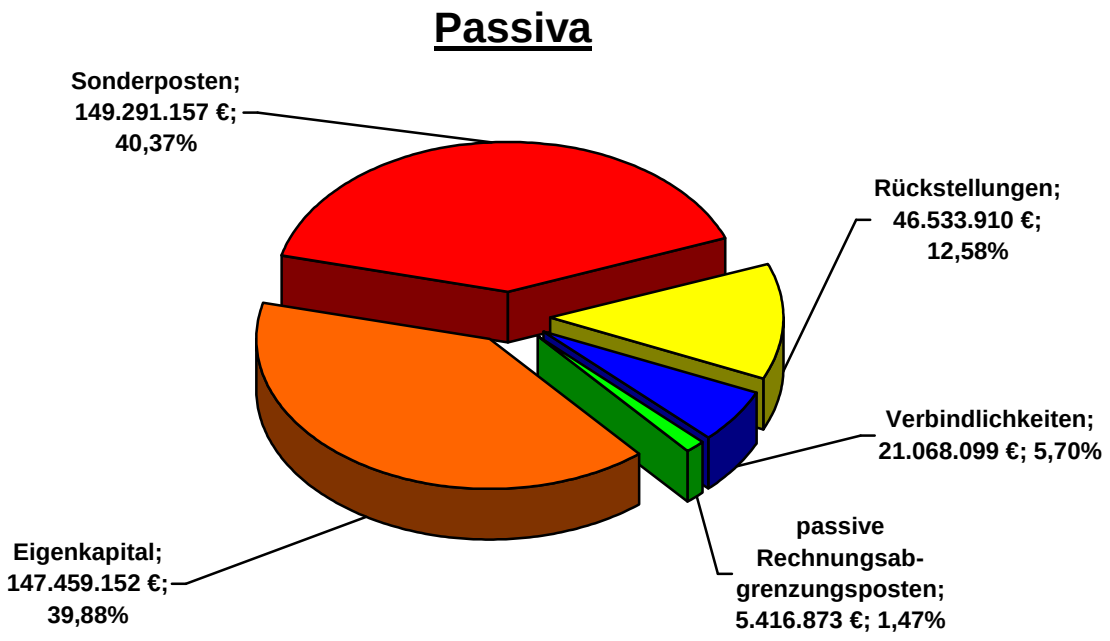
Forderungen zum 31.12.2010



Die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen der Aktivseite finanziert wurde. Die anteilige Zusammensetzung des Kapitals aus Eigen- und Fremdkapital ist von

besonderer Bedeutung. In der Privatwirtschaft bestimmt insbesondere der Eigenkapitalanteil maßgeblich die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens.

Im kommunalen Bereich zeigt der Eigenkapitalanteil und dessen Veränderung innerhalb der einzelnen Haushaltsjahre die Haushaltslage und nimmt damit insbesondere auch Einfluss auf den Einsatz von Sicherungsmechanismen für den Erhalt der dauerhaften Leistungsfähigkeit durch die kommunale Finanzaufsicht (z.B. Genehmigungspflichten, Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes). Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht zudem in der Regel einen erhöhten Zinsaufwand, der das Ergebnis belastet und so den Handlungsrahmen der Kommune einschränkt.



Das **Eigenkapital** ermittelt sich aus vier Positionen:

-	Allgemeine Rücklage	136.913 Tsd. EUR
-	Sonderrücklage	0 Tsd. EUR
-	Ausgleichsrücklage	8.304 Tsd. EUR
-	Jahresüberschuss	2.241 Tsd. EUR

Der im Haushaltsjahr 2010 entstandene Überschuss kann der Ausgleichsrücklage nach § 75 Abs. 3 GO NRW zugeführt werden. Diese Zuführung in Höhe von 2.241 Tsd. EUR muss noch vom Stadtrat beschlossen werden. Die Allgemeine Rücklage wird in ihrem Bestand nicht verändert.

Die Eigenkapitalquote der Stadt Kaarst zum 31.12.2010 beträgt 39,88%. Zur Jahresabschlussbilanz 31.12.2009 betrug die Eigenkapitalquote noch 39,53 %, so dass keine wesentliche Veränderung der Eigenkapitalquote zu erkennen ist.

Der prozentuale Anteil der **Sonderposten** an der Bilanzsumme beträgt 40,37 %. Im Vergleich zum 31.12.2009 (41,40%) ist der Anteil nahezu unverändert.

Die Entwicklung der **Rückstellungen** zeigt sich insbesondere in der Zunahme bei den Pensionsrückstellungen (+ 1.317 Tsd. EUR) sowie der Anpassung der Instandhaltungsrückstellungen (+ 240 Tsd. EUR) und der Erhöhung der sonst. Rückstellungen (+ 139 Tsd. EUR).

Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und aus laufenden Verfahren im Sinne des § 36 Abs. 5 GemHVO NRW bestanden für verschiedene Rechtsstreitigkeiten zum Bilanzstichtag in Höhe von 960 Tsd. EUR.

Eine Einzelaufstellung der gebildeten Rückstellungen sowie deren Veränderungen im Haushaltsjahr 2010 kann dem Rückstellungsspiegel (Anlage zum Anhang) entnommen werden.

Verpflichtungen gegenüber Dritten, deren Höhe und Grund feststehen, sind als **Verbindlichkeiten** auszuweisen. Nähere Informationen über Art, Umfang und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitenspiegel entnommen werden.

Als **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschlussstichtag eingegangene Einzahlungen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, anzusetzen. Passive Rechnungsabgrenzungsposten bestanden zum 31.12.2010 für die noch bestehenden Nutzungsrechte an Grabstellen sowie für eingegangene Ablösebeträge für die Entwässerung von Land- und Kreisstraßen.

Kennzahlenanalyse des Haushaltsjahres 2010

Zur Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage hat das Innenministerium NRW ein Kennzahlenset entwickelt, damit die Gemeinden im Rahmen von interkommunalen Vergleichen (Benchmarking) anhand einheitlicher Kriterien miteinander verglichen werden können.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist darauf zu achten, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation zulässt. Die isolierte Betrachtung einzelner Kennzahlen birgt hingegen die Gefahr von Fehlinterpretationen. In der Kennzahlenanalyse bietet sich ein Vergleich der zeitlichen Entwicklung der Kennzahlen an.

Das Kennzahlenset unterteilt sich dabei in die Analysebereiche

- haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation
- Kennzahlen zur Vermögenslage
- Kennzahlen zur Finanzlage
- Kennzahlen zur Ertragslage
- benutzerdefinierte Kennzahlen der Gemeinde

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

	JAB 2007	JAB 2008	JAB 2009	JAB 2010
Aufwandsdeckungsgrad	102,60%	100,67%	92,97%	102,22%
Eigenkapitalquote 1	40,31%	40,34%	39,53%	39,88%
Eigenkapitalquote 2	83,35%	82,00%	80,89%	80,12%
Fehlbetragsquote	0,00%	0,00%	3,71%	0,00%

Kennzahlen zur Vermögenslage

	JAB 2007	JAB 2008	JAB 2009	JAB 2010
Infrastrukturquote	38,12%	37,21%	37,10%	36,10%
Abschreibungsintensität	10,24%	9,89%	10,38%	9,66%
Drittfinanzierungsquote	58,18%	56,79%	56,73%	55,12%
Investitionsquote	98,39%	69,62%	95,44%	86,55%

Kennzahlen zur Finanzlage

	JAB 2007	JAB 2008	JAB 2009	JAB 2010
Anlagendeckungsgrad 2	97,58%	97,96%	95,66%	96,30%
Dynamischer Verschuldungsgrad	5,95	6,02	-11,85	8,14
Liquidität 2. Grades *)	139,70%	177,57%	70,42%	89,29%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	1,94%	2,12%	3,56%	3,95%
Zinslastquote	0,49	0,38%	0,34%	0,33%

*) Bei der Berechnung der Liquidität 2. Grades wurden entgegen dem NKF Kennzahlenset seit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 die Grundstücke des Umlaufvermögens hinzugerechnet, da diese kurzfristig in Liquidität umgewandelt werden könnten.

Kennzahlen zur Ertragslage

	JAB 2007	JAB 2008	JAB 2009	JAB 2010
Steuerquote	62,01%	60,17%	56,18%	60,10%
Zuwendungsquote	10,02%	10,86%	8,67%	8,38%
Personalintensität	21,79%	22,42%	22,46%	23,70%
Sach- und Dienstleistungsintensität	16,45%	16,77%	13,36%	12,65%
Transferaufwandsquote	36,89%	35,83%	37,86%	37,90%

benutzerdefinierte Kennzahlen der Gemeinde

	JAB 2007	JAB 2008	JAB 2009	JAB 2010
Anlagendeckungsgrad inkl. Sonderposten	86,23%	86,07%	83,49%	83,77%
Liquidität 1. Grades	19,76%	105,47%	0,42%	23,87%
Fremdkapitalquote	16,58%	17,96%	19,11%	18,41%
Verschuldungsgrad	19,87%	20,14%	21,77%	22,78%

Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Bei den Einzelwertberichtigungen wurden auch Gewerbesteuerforderungen in Höhe von 620 Tsd. EUR berichtigt, bei denen erst im Juni 2011 bekannt wurde, dass die Forderungen nicht mehr eingebracht werden können.

Weiterhin wurden die Sätze für die Pauschalwertberichtigungen erhöht, da ein Abgleich mit den Forderungen zum Stichtag 31.12.2010 und zum Stichtag 14.06.2011 entsprechende Rückschlüsse auf die Realisierung der Forderungen zuließen.

Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung des städtischen Haushalts

Die in den Jahresabschlüssen 2007 und 2008 erzielten Jahresüberschüsse konnten aufgrund der im 4. Quartal 2008 einsetzenden Finanz- und Bankenkrise, aus der sich im Weiteren eine global einsetzende Wirtschaftskrise entwickelte, im Haushaltsjahr 2009 nicht mehr erreicht werden. Durch eine deutliche Verschlechterung der städtischen Ertragslage schloss der Jahresabschluss 2009 mit einem Defizit von 5,6 Mio. EUR ab.

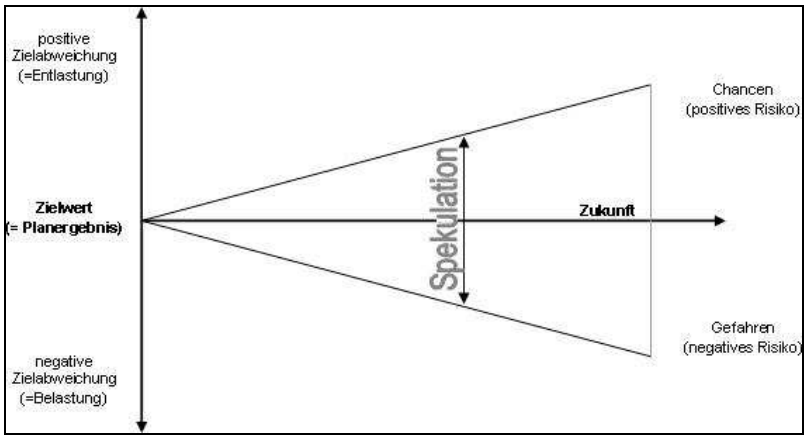
Auch für das Haushaltsjahr 2010 wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung ein Defizit in Höhe von 8,6 Mio. EUR geplant, welches ebenfalls durch das geminderte Ertragsniveau geprägt wurde. Das kalkulierte Defizit ergab sich dabei trotz einer entsprechenden Zurückhaltung bei der Veranschlagung der Aufwandsermächtigungen und konnte so auf ein nicht vermeidbares Minimum begrenzt werden. Das letztlich für 2010 ein positives Jahresergebnis erreicht werden konnte, liegt einerseits an den im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung aufrecht erhaltenen Einsparbemühungen sowie andererseits an einer positiveren Entwicklung der Steuererträge, als in den zugrunde gelegten Kalkulationsmodellen. Hauptursächlich für das erzielte Jahresergebnis waren jedoch Gewerbesteuererträge, die sich aus Nachveranlagungen von Vorjahren ergaben und damit für die Zukunft in der Höhe nicht erzielt werden können.

Die in weiten Teilen bestehende Fremdbestimmung in den städtischen Ergebnisgrößen sowie deren dominierende Relevanz für den städtischen Haushaltsausgleich stellt grundsätzlich einhergehend mit der mangelnden Belastbarkeit von diesbezüglichen mittel-/ langfristigen Prognosen ein systemisches Risiko in der städtischen Haushaltswirtschaft dar. Verstärkt wird dieses Risiko durch die nur begrenzt mögliche, kurzfristige Einflussnahme auf wesentliche Aufwandspositionen im städtischen Haushalt. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die Stadt grundsätzlich nur begrenzte Möglichkeiten für kurzfristige Gegensteuerungsmaßnahmen hat, um auf negative Entwicklungen innerhalb eines Haushaltsjahres reagieren zu können. Auch wird hierdurch eine strategische Ausrichtung der städtischen Haushaltswirtschaft erschwert.

Umso bedeutender ist eine im Rahmen einer Risikoanalyse vorzunehmende Identifikation der bestehenden Risiken für die kommunale Haushaltswirtschaft und deren Bewertung in der Eintrittswahrscheinlichkeit, der Auswirkungsbedeutung für den Gesamthaushalt sowie deren zeitliche Dimension. Dabei steht im Vordergrund der Risikobewertung nicht die exakte Quan-

tifizierung der einzelnen Risiken, sondern vielmehr eine Priorisierung der Risiken gemäß eines konsistenten und transparenten Schemas.

Als Risiko sind hierbei nicht nur die sich negativ auf den Haushalt auswirkenden Einflussfaktoren (= Gefahren) zu definieren, sondern sich ggf. auch entlastend darstellende Rahmenbedingungen im Sinne eines „Risikos“ für die Zielerreichung in der Planerfüllung (= Chancen).



Abweichungsrisiken für das Planergebnis als Zielvorgabe für die städt. Haushaltswirtschaft

Die Herausforderung dabei stellt neben der Definition mit den Einzelrisiken korrelierender Kennzahlen die Komplexität der äußeren Einflussfaktoren dar. Eine laufende Risikoüberwachung im Rahmen eines strukturierten Risikomanagements ist daher von entscheidender Bedeutung, um auf Risikoveränderungen (insbesondere bei Verdichtungen der Eintrittswahrscheinlichkeit) zeitnah im Rahmen der Verwaltungssteuerung reagieren und im gegebenen Fall entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können.

Wesentliche Betrachtungsebenen für das städtische Risikoprofil sind insbesondere im Bereich ihrer Funktion als „Auftraggeber“ der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen, der Rhein-Kreis Neuss sowie die Stadt Kaarst selber im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgabensetzung.

Die Kombination der jeweiligen Betrachtungsebenen und von vier ausgewählten Themenaspekten „Wirtschaft“, „Steuern“, „Soziales“ sowie „Aufgaben“ (einschließlich ihrer Auswirkungen auf die städtische Organisation) ergeben eine Risikomatrix, in der die wesentlichen Risiken für die städtische Haushaltswirtschaft umfasst werden. Sie können über eine schematische Ampeldarstellung (rot = konkretisierte Risikogefahr, gelb = theoretische Risikogefahr, grün = kein Risiko erkennbar) entsprechend übersichtlich veranschaulicht werden.

	Wirtschaft	Steuern	Soziales	Aufgaben
Bund	**(1)**	**(5)**	**(9)**	**(13)**
Land NRW	**(2)**	**(6)**	**(10)**	**(14)**
Rhein-Kreis Neuss	**(3)**	**(7)**	**(11)**	**(15)**
Stadt Kaarst	**(4)**	**(8)**	**(12)**	**(16)**

Im Weiteren werden die Bewertungsergebnisse der einzelnen Matrizenfelder dargestellt:

zu (1): Die Bundesregierung erwartet in ihren aktuellen Konjunkturprognosen einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,5 Prozent in 2011 und von durchschnittlich 3,0 Prozent in den nächsten Jahren bis 2015. Dabei kommen die stärksten Impulse von der Binnennachfrage. Ihr Wachstumsbeitrag wird auf über 80 Prozent steigen. Die exportbasierenden Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung, die sich insbesondere aus den reduzierten amerikanischen Konjunkturprognosen sowie aus den aktuellen Problemen im Euro-Raum ableiten lassen, werden dabei durch die verstärkte Inlandsnachfrage weitestgehend kompensiert. Insgesamt werden für die nächsten Jahre in den volkswirtschaftlichen Entwicklungen eher geringe Risiken gesehen. Aktuell übersteigen in der Gesamtschau damit die konjunkturellen Chancen auf einen weitergehenden Aufschwung die bestehenden Gefahren einer wirtschaftlichen Eintrübung.

zu (2): Es ergeben sich keine konkreten Hinweise, dass die landesbezogenen Konjunkturprognosen von den bundesbezogenen Wirtschaftsentwicklungen abweichen.

zu (3): Nach dem Konjunkturbarometer Jahresanfang 2011 der Industrie- und Handelskammern aus den rheinischen IHK-Bezirken Aachen, Bonn/Rhein-Sieg, Düsseldorf, Köln und Mittlerer Niederrhein über die Einschätzung der ansässigen Unternehmen in der Region, schätzen diese branchenübergreifend ihre wirtschaftliche Lage überwiegend positiv ein. Der Konjunkturaufschwung wird sich auch auf Kreisebene im laufenden Jahr fortsetzen, wenn auch mit vermindertem Tempo.

zu (4): Da die lokale Unternehmensstruktur in der Hauptsache nicht von wenigen großen Unternehmen dominiert wird, sondern vielmehr auf einem branchenübergreifenden Mittelstand basiert, kann grundsätzlich von einer im Vergleich zur überregionalen Wirtschaftsentwicklung gleichförmigen Entwicklung ausgegangen werden. Der bisherige Trend in der Gewerbesteuerveranlagung 2011 untermauert diese Annahme. Durch die Entwicklung des neuen Gewerbegebietes „Am Kaarster Kreuz“ werden mittelfristig die Voraussetzungen für eine weitere Partizipation der Stadt an den konjunkturellen Chancen weiter ausgebaut.

zu (5): Durch die sich aktuell entwickelnden positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen wird mit einem Anstieg bei den Erträgen aus den Gemeinschaftssteuern – insbesondere dem städtischen Anteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer – gerechnet. Mit einer Realisierung aktuell diskutierter Reformansätze für die Gemeindefinanzen wird im laufenden Haushaltsjahr noch nicht gerechnet. Die sich ändernde Steuerkraft der Stadt Kaarst führt zu keinerlei Auswirkung auf die hiesige Steuerzuteilung auf Bundesebene.
Die Auswirkungen der zum 01.01.2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform werden sich nur noch in einzelnen Veranlagungen ertragsmindernd widerspiegeln. Im Regelfall ist die endgültige Veranlagung des Geschäftsjahres 2008 bereits realisiert und die sich hieraus ergebenden Mindererträge in den Kalkulationen bereits berücksichtigt worden. Gleiches gilt für die sich aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergebenden Mindererträge bei den Kommunalhaushalten.

zu (6): In Bezug auf die Landesebene stellt sich der Themenaspekt „Steuern“ in ähnlicher Weise wie unter (5) beschrieben dar. Die angespannte Haushaltslage des Landes NRW sowie die zwischenzeitlich auf Landesverfassungsebene manifestierte Schuldenbremse lässt jedoch ein Gefährdungspotential für die städtische Ertragslage erkennen, dass insbesondere eine reduzierte Verbundmasse im Bereich des vertikalen Gemeindefinanzausgleichs zu reduzierten Zuweisungen führen wird. Die Steigerung der städtischen Steuerkraft kann im gegebenen Fall zu einer Reduzierung/ einem gänzlichen Wegfall von Zuweisungen nach dem GFG führen (hier insbesondere die Schlüsselzuweisungen).

Dagegen führt die aktuelle Rechtsprechung im Hinblick auf das einzuhaltende Konnexitätsprinzip sowie die politischen Aussagen im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Entlastung der kommunalen Ebene, zu der Hoffnung einer diesbezügli-

chen Entlastung der Kommunalhaushalte. Mittelfristig ergibt sich ein weiteres Risiko in der beabsichtigten Neustrukturierung des Gemeindefinanzausgleiches, welches jedoch durch die bereits bestehende Abundanz der Stadt Kaarst relativiert wird. In der Gesamtschau sind die diesbezüglichen Entwicklungen auf Landesebene weiter zu verfolgen – damit ist die „Ampel“ auf gelb zu setzen.

zu (7): Die zu erwartenden Steigerungen in der städtischen Steuerkraft führen bei einer unterstellten überproportionalen Steigerung dieser im Vergleich zu den Steuerkräften der übrigen kreisangehörigen Kommunen zu einer stärkeren Partizipation der Stadt an den Aufwendungen zur Kreisumlage.

zu (8): Die sich auf die Ertragslage positiv auswirkenden Steigerungen an den Gemeinschaftssteuern werden durch eine damit einhergehende Mehrbelastung durch die teilweise Abführung dieser (über die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fond „Deutsche Einheit“) aufgefangen. Darüber hinaus können sich bei einer überproportionalen Steigerung der städtischen Steuerkraft weitere Belastungen über die Kreisumlage ergeben. Die erhöhte Steuerkraft hat bereits zur Abundanz der Stadt Kaarst und damit zum Ausbleiben/ zur Minderung von GFG-Leistungen (hier insbesondere zum Wegfall der Schlüsselzuweisungen) geführt.

zu (9): Aktuell ergeben sich Risiken aus der pauschalen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II. Obschon die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die pauschale Kostenbeteiligung des Bundes zu einer Mehrbelastung der Kommunalhaushalte geführt hat, soll der Kostenanteil des Bundes in 2011 weiter gesenkt werden. Im Rahmen der aktuellen Reformbemühungen der Gemeindefinanzierung wurde durch die Bundesregierung zugesagt, dass die Leistungen nach SGB II/ SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ab 2012 sukzessive bis 2014 durch den Bund übernommen werden sollen. Hier ist die weitere bundespolitische Gesetzgebung zu verfolgen, inwieweit dieses tatsächlich umgesetzt wird.

zu (10): Insbesondere die erwartungsgemäß steigenden Sozialkosten für die Behindertenhilfe, die über die Landschaftsverbandsumlage der Kreise und im Weiteren über die Kreisumlage an die kreisangehörigen Kommunen weitergeleitet werden, stellt ein Risiko für die künftigen Haushaltsjahre dar. Hier bleiben die weiteren Entwicklungen und die politischen Entscheidungen der Gesetzgeber abzuwarten.

zu (11): Trotz der konjunkturellen Erholung werden die Sozialtransferaufwendungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII zumindest mittelfristig steigen. Dieses ergibt sich insbesondere auch aus der erwarteten demographischen Entwicklung bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Kaarst. Insoweit stellen die diesbezüglichen Belastungen ein grundsätzliches Risiko für den städtischen Haushalt dar.

zu (12): Neben den fremdbestimmten Risiken im Bereich „Soziales“ gelten als wesentliche Risiken, die zu erwartenden Auswirkungen des Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen bzw. dem Rechtsanspruch auf ein entsprechendes Betreuungsangebot für Kinder ab dem 1. Lebensjahr ab 2013 sowie die schwer kalkulierbaren Entwicklungen in der ambulanten und stationären Hilfe zur Erziehung. Hier gilt es die unterjährigen Entwicklungen fortwährend zu überwachen. Die Bedeutung der Sozialaufwendungen insgesamt sowie deren schwere Vorhersagbarkeit führen zu einer erhöhten Gefahr für die städtische Haushaltswirtschaft. Nach den aktuellen landesgesetzgeberischen Entscheidungen soll das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt werden. Hier gilt es beim Finanzausgleich durch das Land auf eine vollumfängliche Kostenerstattung für die Kommune zu achten.

zu (13): Die in der Vergangenheit getroffenen politischen Entscheidungen des Bundesgesetzgebers haben bereits zu erheblichen Auswirkungen in Bezug auf das städtische Aufgabenportfolio geführt. Insbesondere die Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes und der damit verbundene Ausbau der Betreuungsplätze der unter Dreijährigen hat bereits zu einem Ausbau/ Qualifizierung von Betreuungsplätzen in den Kindertageseinrichtungen inkl. entsprechender Investitionsbedarfe aber auch zu entsprechend erhöhten Personalaufwendungen geführt. Welche darüber hinausgehenden Auswirkungen der Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für Kinder ab dem 1. Lebensjahr ab 2013 haben wird, ist aktuell dem Grunde nach aber nicht der konkreten Höhe nach zu quantifizieren. Fest steht jedoch bereits jetzt, dass es in diesem Bereich zu weiteren Anstrengungen kommen wird, die die städtische Haushaltswirtschaft künftiger Haushaltsjahre weiter belasten wird.

zu (14): Aktuell sind keine Organisationsrisiken, die sich aus der Betrachtungsebene des Landes NRW ergeben, ersichtlich. Es besteht für die städtischen Beteiligungen im Bereich der Energieversorgung die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit durch die beabsichtigte Ermöglichung der überregionalen Betätigung zu erhöhen. Dieses könnte

im Weiteren mittelbar zu positiven Deckungsbeiträgen im städtischen Kernhaushalt führen. Hier bleibt das diesbezügliche Gesetzgebungsverfahren abzuwarten.

zu (15): Durch die Bereitschaft des Rhein-Kreises zur grundsätzlichen Aufgabenübernahme im Rahmen der interkommunalen Kooperation und den damit zu erwartenden Synergiegewinnen ergeben sich entsprechende Chancen.

zu (16): Es gilt als ständige Aufgabe der Verwaltung, sich den Anforderungen aus der Aufgabenerfüllung hinsichtlich ihrer Aufbau- und Ablauforganisation ständig zu hinterfragen und sich im gegebenen Fall neu zu positionieren. Insoweit stellt das Themenfeld der Organisation in der Betrachtungsebene der Stadt ein ständiges Risikofeld im Sinne einer fortwährenden Plausibilitätsprüfung der vorhandenen Strukturen gemessen an den äußeren Rahmenbedingungen dar.

Aus der vorstehend beschriebenen Risikomatrix ergibt sich mithin eine entsprechende Risikostruktur, die es im Rahmen der Haushaltsausführung zu beobachten und zu analysieren gilt:

<u>Chancenanalyse für die künftige Haushaltsentwicklung:</u>

1. **Entwicklung des Gewerbegebietes „Am Kaarster Kreuz“**
   Möglichkeiten der Sicherung/ Ausweitung von Arbeitsplätzen in Kaarst und Sicherung/ Stärkung der Gewerbesteuererträge durch Bestandssicherung von in Kaarst angesiedelten Gewerbebetrieben und Akquisition von neuen Gewerbebetrieben.

2. **Erholung der konjunkturellen Rahmenbedingungen**
   Erwartung von steuerlichen Mehrerträgen und Reduzierungen in den durch Arbeitslosigkeit verursachten Transferaufwendungen.

3. **Neustrukturierung der kommunalen Finanzausstattung/ Gemeindefinanzreform**
   Verbesserungen in der Verteilmasse durch erhöhte Steuerbeteiligungen bei den Gemeinschaftssteuern und in der Verbundmasse für den vertikalen Finanzausgleich sowie der konsequenteren Durchdringung des Konnexitätsprinzips

4. **Judikative Auslegung des Konnexitätsprinzips**
   Durch die neuere, auf den verfassungsmäßigen Grundsätzen basierende Rechtsprechung werden die Gesetzgeber im Grundsatz zur strikten Einhaltung des Konnexi-

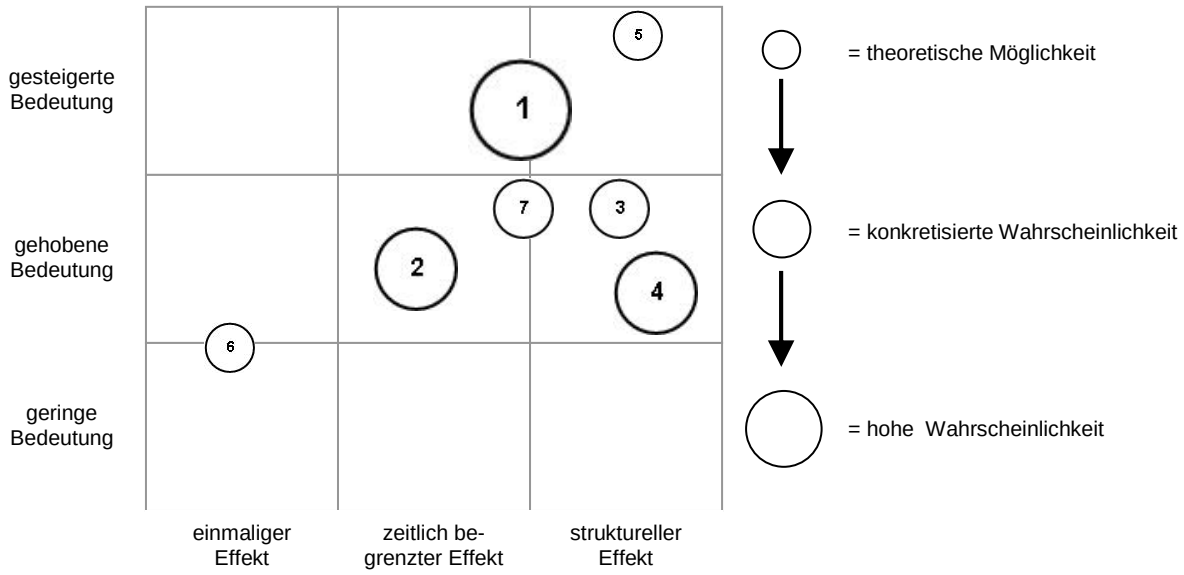
tätsprinzips verpflichtet. Dieses lässt auf eine Kostenbeteiligung von Bund und Land bei von dort auf die Kommune übertragenen Aufgaben hoffen, die sich stärker an der tatsächlichen Kostensituation orientiert und damit zu einem höheren Deckungsbeitrag auf kommunaler Ebene führen kann.

5. **Realisierung von organisationsbezogenen Einsparpotentialen**
   1) Steigerung der Effizienz im Verwaltungshandeln durch
      - Weiterentwicklung und ggf. Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation in Verwaltung und den politischen Gremien,
      - Generierung von Managementgewinnen durch Ausnutzen vorhandener Potentiale im Bereich des Humankapitals sowie
      - organisationsunabhängige/ -übergreifende Aufgabenkritik (Überprüfung bestehender Kooperationsmöglichkeiten und/ oder der Privatisierung/ Ausgliederung von Aufgaben)
   2) Durch Aufgabenkritik generierte Steigerung der Effektivität im Verwaltungshandeln
   3) Verbesserung der Verwaltungssteuerung durch Ausweitung und Optimierung entscheidungsrelevanter Datengrundlagen

6. **Optimierung des städtischen Vermögensbestandes**
   Analyse des vorhandenen Anlagevermögens im Hinblick auf deren Funktion bei der künftigen Aufgabenerfüllung und anschließende Bestandsaufgabe dauerhaft nicht benötigter Vermögenswerte.

7. **Bedarfsorientierter Vermögenseinsatz**
   - Realisierung von stillen Reserven insbesondere im Bereich des städtischen Grundvermögens durch aktive Bodenbevorratungspolitik
   - Aufbau eines Beteiligungsmanagements

Insgesamt ordnen sich die vorstehend beschriebenen Chancen wie folgt in die städtische Risikoanalyse ein:


gesteigerte Bedeutung
gehobene Bedeutung
geringe Bedeutung
einmaliger Effekt
zeitlich be-grenzter Effekt
struktureller Effekt
1
2
3
4
5
6
7
= theoretische Möglichkeit
= konkretisierte Wahrscheinlichkeit
= hohe Wahrscheinlichkeit

Risikoanalyse für die künftige Haushaltsentwicklung:

1. **Entwicklungsrisiken im Gewerbegebiet „Am Kaarster Kreuz“**

   Um den vorhandenen Bedarf an Gewerbegebietsflächen in der Stadt Kaarst für Betriebsverlagerungen und Neuansiedlungen decken zu können, wird die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes „ Kaarster Kreuz“ im Ortsteil Holzbüttgen angestrebt. In Vorbereitung zu dem Ausweis dieses Gewerbegebietes sind zunächst die planungsrechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

   Kernstück der infrastrukturellen Voraussetzungen ist die neue Anbindung der Neersener Straße (L 390) über ein neu zu errichtendes Brückenbauwerk sowie eine teilweise Neutrassierung der Siemensstraße (K 37) im Rahmen der äußeren Erschließung des Gewerbegebietes. Das diesbezügliche Baurecht für die beabsichtigten Baumaßnahmen soll über die Aufstellung von drei Bebauungsplänen im Rahmen eines Parallelverfahrens geschaffen werden. Im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden zwischenzeitlich Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben, die sich mit der Leistungsfähigkeit der geplanten Straßenführung auch im Hinblick auf den zu erwartenden Verkehr aus dem Bereich des geplanten Gewerbegebietes sowie den Auswirkungen der geplanten Baumaßnahmen auf die Verkehrssituation im Ortsteil Holzbüttgen und insbesondere im Bereich des Bahnübergangs Kaarster Straße und dem Kaarster Bahnhof beschäftigen.

   Aufgrund der aus verschiedenen Interessenlagen resultierenden, gegensätzlichen Ansichten über zentrale Aspekte der Erschließung aber auch in Bezug auf das Gewerbegebiet selbst, kann es zu zeitlichen Verzögerungen in der Realisierung kommen.

   Dadurch könnten durch ausbleibende Gewerbeansiedlung neuer Unternehmen bzw. Expansionen bereits in Kaarst ansässiger Unternehmen Ertragsausfälle bei der Gewerbesteuer einhergehen. Durch die weiterhin reduziert vorhandenen Gewerbegebietsflächen besteht auch ein erhöhtes Risiko von Abwanderungstendenzen von in Kaarst ansässigen Gewerbebetrieben, deren aktuelle Bedürfnisse an Betriebsgrundstücken weiterhin nicht erfüllt werden können.

   Letztlich bedeutet die Realisierung des Gewerbegebietes einen erheblichen Investitionsbedarf, welcher auch unter ökonomischen Aspekten gerechtfertigt werden muss. Die im Vorfeld bei der Realisierung einzugehenden Auszahlungsverpflichtungen

müssen letztlich durch entsprechende Einzahlungserwartungen unter Berücksichtigung des zeitlichen Versatzes zu rechtfertigen sein, so dass die gesamte Investition in der Gesamtschau einen positiven Deckungsbeitrag für die städtische Aufgabenerfüllung leisten kann. Insoweit stellt das hier benötigte Kapital unter Berücksichtigung der vorstehenden Risiken sowohl in der zeitlichen Dimension als auch in Bezug auf den absoluten Erlös ein Risiko im Hinblick auf die gebundenen Finanzmittel dar.

2. Liquiditätsrisiken/ Zinsänderungsrisiken

Die schwankenden Bankbestände und die für die Folgejahre zu erwartenden Zahlungsströme zeigen, dass in den nächsten Jahren ein mittelfristig anhaltender Liquiditätsbedarf besteht und noch weiter ausgebaut werden muss. Insoweit ist in den künftigen Jahren unabhängig von möglichen Investitionskrediten ein vermehrter Bedarf an der Aufnahme von Fremdkapital in Form von kurz- bis mittelfristigen Krediten zur Liquiditätssicherung festzustellen, welcher über entsprechende Geldmarktkredite zu finanzieren sein wird. Die hierfür anfallenden Kreditzinsen werden als Zinsaufwand die jeweiligen Planperioden belasten und könnten damit die städtischen Handlungsspielräume einengen.

Im Juli 2011 hat die EZB die Leitzinsen zum ersten Mal nach der Finanzkrise auf 1,5 % angehoben. Auch mittelfristig wird mit einem weiteren Anstieg der Zinsen zu rechnen sein. Wann und in welcher Höhe dies erfolgen wird, hängt insbesondere von den weiteren geldmarktpolitischen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) ab, die wiederum von den konjunkturellen Entwicklungen und währungspolitischen Entscheidungen im gesamteuropäischen Kontext abhängen.

Neben dem absoluten Zinsniveau und dessen mittelfristigem Trendverlauf sowie der „Endlichkeit“ der erteilten Ermächtigungen zur Aufnahme von langfristigen Investitionskrediten stellt auch die tagesbezogene Volatilität ein Risiko für die städtische Haushaltswirtschaft dar.

Insoweit sind im Rahmen der Liquiditätsplanung entsprechende Überlegungen im Hinblick auf eine Zinssicherungsstrategie anzustrengen, um die Finanzierungskosten des aufgenommenen Fremdkapitals weitestgehend zu minimieren.

Im Bereich der langfristig aufgenommenen Investitionskredite ist in Bezug auf das gesamtstädtische Fremdkapitalportfolio eine bedarfsorientierte Liquiditätsplanung sowie unter Berücksichtigung von auslaufenden Zinsbindungen der Schuldendienst

insgesamt zu optimieren. Hier gilt es jeweils zwischen bestehenden Chancen und Risiken abzuwägen.

3. Betriebsrisiken im städtischen Gebäudebestand

Gebäude verursachen im Rahmen ihrer Nutzung grundsätzlich Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen, die unter anderem stark abhängig von deren jeweiliger baulicher Ausführung, dem Alter sowie der Nutzungsintensität sind. Darüber hinaus ergeben sich weitere Aufwendungsbedarfe, die aus Modernisierungsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Mängelbeseitigung aufgrund sich verändernder Vorschriften im Brandschutz und im energetischen Bereich resultieren.

Das hieraus abzuleitende Risiko für die zukünftige Haushaltswirtschaft ergibt sich aus der zumindest mittelfristig bestehenden Notwendigkeit, den Gebäudebestand entsprechend seiner Nutzung so zu gestalten bzw. wieder herzustellen, dass die einzelnen Gebäude über die angesetzte Nutzungsdauer -möglicher Weise aber auch darüber hinaus- gewährleistet werden kann, so dass die vorgehaltenen Gebäude für die städtische Aufgabenerfüllung eingesetzt werden können.

Es wird dabei im Einzelfall zu prüfen sein, ob der gesamte Gebäudebestand für die städtische Aufgabenerfüllung unabdingbar ist, bzw. in Zukunft noch sein wird, oder aber auf einzelne Gebäude unter Beachtung der politischen Zielsetzungen verzichtet werden kann.

4. Risiken im städtischen Grundstücksmanagement

Im Rahmen der städtischen Bodenbevorratung erwirbt die Stadt Grundstücke, die sie - ggf. nach entsprechender Grundstücksentwicklung - unter Berücksichtigung der politischen Zielsetzungen wieder veräußert. Mitunter verbleiben die angekauften Grundstücke über mehrere Jahre im städtischen Eigentum, bis sie schlussendlich am Markt angeboten werden (können). Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das eingesetzte Kapital gebunden, ohne dass ein unmittelbarer Nutzen für die städtische Aufgabenerfüllung generiert werden kann.
Somit ist bereits bei den Ankäufen der Grundstücke eine Einschätzung vorzunehmen, welche Grundstückspreise im Ende erzielt werden können, obschon es sich hierbei mitunter um einen sehr langwierigen Prozess handelt. Hierbei entstehen neben den üblichen Marktrisiken weitere Risiken durch sich verändernde politische Rahmenbedingungen/ Zielsetzungen während der Dauer der Vorhaltung der Grundstücke. Auch die Realisation der für die mögliche Grundstücksentwicklung zunächst zu schaffen-

den baurechtlichen und erschließungstechnischen Voraussetzungen birgt weitere Risiken.

5. Risiken im Ausbau der Kindertagesbetreuung

Mit Wirkung vom 01.08.2008 trat das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiZ) in Kraft. Mit diesem Gesetz verfolgte der Landesgesetzgeber das Ziel, den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen zu stärken und den Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen deutlich voranzutreiben, um so für die Eltern alternative Formen in der Kindesbetreuung zu bieten. So sollen mit dem Gesetz mehr Plätze für unter Dreijährige in den Kindertageseinrichtungen aber auch in der Tagespflege geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Betreuungsangebote flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern angepasst werden.

Die hierdurch entstehenden finanziellen Auswirkungen treffen die Kommunalhaushalte in mehreren Dimensionen. Zunächst ergeben sich Belastungen im Rahmen der städtischen Trägerschaft von Kindertageseinrichtungen. Darüber hinaus ergeben sich weitere Belastungen über die von der Stadt zu tragende Kostenbeteiligung in ihrer Funktion als Träger der öffentlichen Jugendhilfe und letztlich aus der Abwicklung der pauschal gewährten Betriebskostenzuschüsse des Landes für alle Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet unabhängig von der tatsächlichen Kostensituation bzw. den tatsächlich erhobenen Kindergartenbeiträgen.

Der dem entgegenstehende finanzielle Ausgleich durch das Land ist bislang nicht annähernd so dimensioniert, das eine langfristige Kostenneutralität für die kommunalen Haushalte gewahrt werden könnte. Insoweit besteht hier auch vor dem Hintergrund des in 2009 abgeschlossenen Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst ein erhebliches Risiko, dass zusätzliche Belastungen in künftigen Haushaltsjahren auf die Stadt zukommen können.

Mit Datum vom 10.12.2008 wurde das Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiföG) verabschiedet. Hiernach wurde durch den Bundestag unter Zustimmung des Bundesrates der Rechtsanspruch auf ein entsprechendes Betreuungsangebot für Kinder ab dem 1. Lebensjahr zum 01.08.2013 festgesetzt. In der Konsequenz hieraus resultieren weitere Belastungen für den städtischen Haushalt, welche in ihrer Höhe ebenfalls noch nicht endgültig definiert werden können.

Ein weiteres Kostenrisiko besteht im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kindertagespflege nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG). Auch hier entstehen dem kommunalen Haushalt durch entsprechende Aufwendungen zusätzliche Belastungen, die in ihrer mittel- bis langfristigen Entwicklung nicht absehbar sind, ohne dass hierfür ein ausreichender finanzieller Ausgleich erfolgen würde.

6. Entwicklungsrisiken bei den sozialen Transferaufwendungen durch Anstieg der Hilfesachverhalte

Durch die Verlagerung der Finanzierung der Unterkunftskosten nach SGB II auf die kommunale Ebene ohne hinreichende Gegenfinanzierung sowie durch die Aufgabenwahrnehmung nach SGB XII partizipiert die Stadt Kaarst in weiten Teilen an den Entwicklungen im Bereich der sozialen Transferaufwendungen.

Aufgrund der konjunkturellen Entwicklungen, die sich möglicher Weise auch noch zeitversetzt auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen können, wird zumindest mittelfristig mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften, die auf entsprechende Unterstützungsleistungen angewiesen sind, gerechnet. Hieraus werden sich entsprechende Mehraufwendungen im städtischen Haushalt ergeben, die zu zusätzlichen Belastungen führen werden. Mit Beschluss vom 22.07.2010 hat der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss die eigenverantwortliche Betreuung von Arbeitslosen im Kreisgebiet über das sogenannte „Optionsmodell“ beschlossen. Hieraus hätte sich für die Stadt Kaarst über die mittelbare Partizipation der Kreisumlage ein entsprechendes Kostenrisiko durch die Verlagerung des sich hieraus ergebenden Organisationsrisikos für den Rhein-Kreis Neuss ergeben können. Der Rhein-Kreis Neuss wurde nicht als zusätzliche Optionskommune zugelassen, so dass nunmehr die Entwicklung im Bereich des „Jobcenter Rhein-Kreis Neuss“ weiter beobachtet werden muss.

7. Risiken in der städtischen Beteiligungsverwaltung

Die Stadt bedient sich in ihrer Aufgabenwahrnehmung mitunter dritter Organisationsformen, an denen sich die Stadt beteiligt. Die Kalkulation der diesbezüglichen Auswirkungen auf die städtische Haushaltswirtschaft wird insoweit erschwert, als dass hier auf die Datengrundlagen der Beteiligungen zurückgegriffen werden muss. Darüber hinaus ergeben sich weitere Risiken durch die begrenzten Eingriffsmöglichkeiten in das operative Geschäft der Beteiligungen.

Sofern Beteiligungen am Marktgeschehen teilnehmen, partizipiert die Stadt an den dortigen Unternehmensrisiken nicht nur mit dem eingebrachten Kapital als begrenz-

tes Haftungspotential. Vielmehr besteht auch ein Risiko in Bezug auf die mittelfristigen Ertragserwartungen der jeweiligen Beteiligung.

8. Kommunale Finanzierungsbeteiligung am Investitionsförderungsgesetz

Um den Auswirkungen der in 2008 begonnenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen, haben Bund und Länder in 2009 ein Investitionsförderungsprogramm zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für zusätzliche Investitionen mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur und Infrastruktur ins Leben gerufen. Dieses Förderprogramm läuft in den Medien unter dem Begriff „Konjunkturpaket II“ und findet seine gesetzliche Manifestation im Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz - ZuInvG) und dem Gesetz zur Förderung zusätzlicher Investitionen in Nordrhein-Westfalen (Investitionsförderungsgesetz NRW - InvföG).

Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen beschlossen, die hierüber finanziert werden sollen:

Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur:

- Neubau einer Dreifachturnhalle an der Pestalozzistraße in Kaarst

Investitionsschwerpunkt Infrastruktur

- Errichtung eines Grünzuges „Altes Dorf Süd“
- Errichtung eines Bauabschnittes Grünzug „Commerhof“
- Errichtung eines Lärmschutzwalls an der Lichtenvoorder Straße

Insgesamt beträgt das Fördervolumen für die vorstehenden Maßnahmen 2,9 Mio. EUR.

Nach § 6 ZuInvG beteiligt sich der Bund mit 75 % am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils an den förderfähigen Kosten eines Landes. Die verbleibenden 25 % der förderfähigen Kosten sind dagegen durch die Länder einschließlich der Kommunen zu tragen.

In NRW wurde für diesen 25 %igen Finanzierungsanteil ein Sonderfonds „Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen“ errichtet, der den von Land und Kommunen zu tragenden Finanzierungsanteil von insgesamt 711.147 Tsd. EUR vorfinanziert. Im Weiteren wurde geregelt, dass die Kommunen 50 % dieses Finanzie-

rungsanteils zu tragen haben und dass der kommunale Anteil ab dem Jahr 2012 bis einschließlich 2021 durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen nach Maßgabe des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) durch die Kommunen zu tilgen ist.

In welcher Höhe dies zu Belastungen der städtischen Haushalte in den Jahren 2012 bis 2021 führen wird, ist derzeit noch nicht erkennbar, da dies von den jeweiligen Zuweisungsgrundlagen des jährlichen GFG abhängig ist.

9. Übertragung von Aufgaben durch Bund/ Land ohne (vollständigen) Finanzausgleich

Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit immer wieder Aufgabenfelder entwickelt, bei denen er über seine Delegationsmöglichkeiten die Kommunen mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragt hat. Auch aufgrund der fehlenden Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz wurde hierfür nicht immer ein finanzieller Ausgleich für die Kommunen geschaffen, der die entstehenden Mehrbelastungen im städtischen Haushalt aufgefangen hätte. Aktuelle Beispiele hierfür sind der vorgenannte Ausbau der Betreuung der Unterdreijährigen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiZ) und dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen der Hartz IV-Reformen.

Insoweit kann trotz der aktuellen politischen Diskussionen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Haushaltsbelastungen durch das Fehlen des Konnexitätsprinzips generiert werden, ohne dass die Stadt hierauf unmittelbar Einfluss nehmen könnte.

10. Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs

Im Auftrag des Innenministeriums NRW werden derzeit die horizontalen und vertikalen Aspekte des kommunalen Finanzausgleichs im Hinblick auf eine mögliche Weiterentwicklung analysiert. Obschon genaue Vorstellungen hierzu derzeit nicht vorliegen, ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt absehbar, dass es hier zu Veränderungen kommen wird.

Es ist dabei nicht abzusehen, ob und inwieweit diese Veränderungen zu Auswirkungen auf den städtischen Haushalt führen werden, jedoch besteht auch hier das Risiko, dass weitere Ertragseinbußen hingenommen werden müssen.

11. Künftige Entwicklung der Kreisumlage durch veränderte Steuerkraft

Die Kreisumlage dient der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes des Rhein-Kreises Neuss und wird von den kreisangehörigen Gemeinden erhoben. Die Umlage basiert dabei auf der Steuerkraft der Gemeinden und den Schlüsselzuweisungen. Von dieser Umlagegrundlage wird ein bestimmter Prozentsatz als Kreisumlage definiert, wobei die Festlegung der Umlage dem Kreistag obliegt.

In diesem Zusammenhang stellt eine zweifache Außenbestimmung ein Risiko dar, die aufgrund der Relevanz dieser Aufwandsposition für den städtischen Gesamtergebnisplan von gesteigerter Bedeutung ist. So hängt die weitere Entwicklung einerseits von der Haushaltspolitik des Rhein-Kreises Neuss ab. Andererseits führen auch Verschiebungen in der städtischen Steuerkraft im Verhältnis zu der Steuerkraft der anderen kreisangehörigen Kommunen zu Veränderungen in der absoluten Umlage, die jährlich an den Kreis abzuführen ist.

12. Ertragsrisiken durch Handel mit Emissionszertifikaten

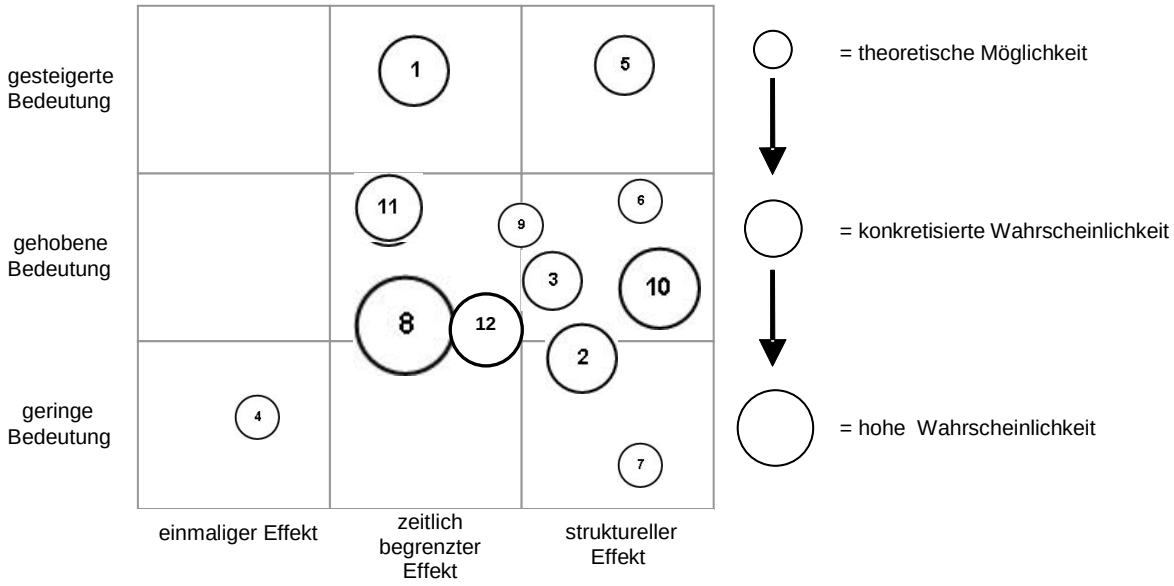
Im Jahre 2005 wurde in der Europäischen Union ein Emissionsrechtehandelssystem installiert, mit dem das umweltpolitische Ziel verfolgt wird, die Treibhausgasemissionen unter minimalen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken. Hiernach werden für konkrete Anlagen Emissionszertifikate zugeteilt, die zur Emittierung von Treibhausgasen (insbesondere Kohlendioxid – CO_2) berechtigt. Diese Zertifikate können, so sie nicht benötigt werden, am Markt gehandelt werden. Unternehmen, die mehr Treibhausgase emittieren wollen, als ihnen zugeteilt wurden, können diese Zertifikate entsprechend erwerben.

Am 23.04.2009 wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen des Emissionshandels für den Zeitraum 2013 bis 2020 vereinbart, in dem die Emissionszertifikate von der Europäischen Kommission nunmehr zentral vergeben werden. Hierbei orientiert sich die Kommission für 2013 an einer EU-weiten Gesamtobergrenze für CO_2-Emissionen von 1,97 Mrd. Tonnen pro Jahr. Während bis zu diesem Zeitpunkt die Zertifikate größtenteils gratis vergeben werden, soll ab 2013 der Anteil der gehandelten sukzessive gesteigert werden. Auch die Vergaberegelungen der Kommission werden neu strukturiert. Insgesamt rechnet die Europäische Kommission mit Einnahmen in Höhe eines hohen zweistelligen Milliarden Euro Betrages, der durch die Unternehmen zu finanzieren sein wird.

Der Erwerb von Emissionszertifikaten kann bei den Unternehmen vollständig als Betriebsausgabe abgesetzt werden und führt damit zu einer entsprechenden Reduzie-

rung der Steuerpflicht. Dieses wird dem Grunde nach entsprechende Auswirkungen auf die kommunalen Steueranteile in Bezug auf die Erträge aus den Gemeinschaftssteuern haben. Eine Quantifizierung ist jedoch aktuell noch nicht möglich.

In der Gesamtschau ergibt sich für die städtische Haushaltswirtschaft folgende Risikobewertung:



Persönliche Angaben des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

Verwaltungsvorstand

Name, Vorname: **Beruf:** **Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:**	Moormann, Franz-Josef Bürgermeister der Stadt Kaarst ▪ Vorstandsbeirat GVV Privat Versicherung AG ▪ Kommunalbeirat RWE Rhein-Ruhr AG ▪ Aufsichtsrat Stadtwerke Kaarst GmbH ▪ Verwaltungsrat Sparkasse Neuss ▪ Risikoausschuss Sparkasse Neuss ▪ Hauptausschuss Sparkasse Neuss ▪ Verbandversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Neuss ▪ Vorsitzender Regionalbeirat Kaarst-Büttgen der Sparkasse Neuss ▪ Vorsitzender Kuratorium Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen ▪ Vorstandbeirat und Regionalbeirat GVV Kommunalversicherung VvaG ▪ Beirat NGW Niederrhein. Gas- und Wasserwerke GmbH ▪ Verbandsvorsteher Wasser- und Bodenverband Nordkanal ▪ Verbandsvorsteher Zweckverband für die Förderschule „Martinusschule“ ▪ Verwaltungsrat ITK Rheinland ▪ Fluglärmkommission Flughafen Düsseldorf ▪ Präsidium Deutscher Städte- und Gemeindebund ▪ Präsidium Städte- und Gemeindebund NRW ▪ Stiftungsrat NRW-Stiftung Natur Heimat Kultur ▪ Beirat ARGE des Rhein-Kreis Neuss ▪ Geborenes Vorstandsmitglied der ISG Kaarst-Mitte ▪ Beirat Partnerschaftsverein Kaarst- La Madeleine ▪ stellvertretend: Aufsichtsrat Regiobahn GmbH

Name, Vorname: **Beruf:** **Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:**	Vogt, Heinz Dieter Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Kaarst ▪ Verbandsvorsteher des Volkshochschulzweckverbandes Kaarst-Korschenbroich ▪ Geschäftsführer der Stadtwerke Kaarst GmbH ▪ Schatzmeister im Vorstand des Kreisheimatbunds

Name, Vorname: **Beruf:** **Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:**	Meuter, Manfred Technischer Beigeordneter der Stadt Kaarst ▪ Gesellschafterversammlung der Regionale Bahngesellschaft mbH ▪ Aufsichtsrat Verkehrsges. Rhein-Kreis Neuss mbH ▪ Vorstand Wasser- und Bodenverband Nordkanal ▪ Flughafenbeirat Flughafen Düsseldorf GmbH ▪ stellvertretend: Fluglärmkommission Flughafen Düsseldorf ▪ Geborenes Vorstandsmitglied der ISG Kaarst-Mitte

Ratsmitglieder zum 31.12.2010

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Ahlert, Herbert	Alt Vorst 11, 41564 Kaarst	Betriebsingenieur i.R.	-	Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal,	
Baum, Ursula	Römerstraße 45, 41564 Kaarst	Kauffrau	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst, Kuratorium der Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen, Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Begerau, Robert	Linning 46, 41564 Kaarst	Lehrer	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule; stv. Mitglied im Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Beyer, Elke	Holzbüttgerstraße 15, 41564 Kaarst	Dozentin VHS Kaarst-Korschenbroich, Künstlerin	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Beirat des Vereins Städtepartnerschaft Kaarst - La Madeleine e.V.	-
Bialkowski, Josef Raymund	Hildegardisstraße 6, 41564 Kaarst	Betriebswirt	-	Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Both, Paul	Stodiekring 70, 41564 Kaarst	Industriemeister	-	-	-
Christoph, Lars	Jan-van-Werth-Straße 10, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat der Stadtwerke Kaarst GmbH, Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss GmbH stv. Mitglied als Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Dubbel, Margot	Weißdornweg 8, 41564 Kaarst	Pflegesachverständige	-	Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland"	-
Füßgen, Elisabeth	Kranichstraße 3, 41564 Kaarst	Lehrerin a.D.	-	Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Wahlprüfungsausschuss, Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Wahlausschuss	-
Gaumitz, Christian	Moselstraße 3, 41564 Kaarst	Rettungsassistent, Dipl.-Jurist	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst, Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Verbandsversammlung/Verwaltungsrat Sparkassenzweckverband, Kuratorium der Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen	-
Hartings, Udo	Ritterstraße 21, 41564 Kaarst	Diplom-Sozialpädagoge	-	Mitglied im Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland", Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz	-
Horn, Christian	Schlehenweg 14, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Imiela, Ulf	Düsseldorfer Straße 9, 41564 Kaarst	Diplom-Ingenieur	-	Mitglied Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat der Stadtwerke Kaarst GmbH	-
Johnen, Sebastian	Luisenstraße 29, 41564 Kaarst	Student, Selbständig	-	stv. Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Karis, Josef	Kreuzstraße 47, 41564 Kaarst	Landwirt	-	stv. Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Klukas Dr., Friedhelm	Kölner Straße 23, 41564 Kaarst	Chemiker	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst; stv. Mitglied im Kuratorium der Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen	-
Kluth, Matthias	Rottes 51, 41564 Kaarst	Rentner	-	Mitglied im Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Beirat Museumsförderverein	-
Kopp, Günter	Königstraße 82a, 41564 Kaarst	Dipl.-Betriebswirt i.R.	-	Mitglied im Kuratorium der Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen; stv. Mitglied im Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Köppe, Claudia	Broicherdorfstraße 81a, 41564 Kaarst	Zahntechnikerin	-	-	-
Korzeniewsky, Bodo	Storchenweg 8, 41564 Kaarst	Steuerberater		stv. Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	
Kösling, Michael	Pestalozzistraße 15, 41564 Kaarst	Kaufmann	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Kotzian, Ingo	Broicherseite 4, 41564 Kaarst	Zimmerermeister	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst	-
Kühl, Sabine	Broicherdorfstraße 114a, 41564 Kaarst	Arzthelferin	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst, Umlegungsausschuss; stv. Mitglied im Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Leßmann, Heinrich	Margaritenweg 30, 41564 Kaarst	Rentner	-	Mitglied im Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Löhler, Jörg	Ritterstraße 11, 41564 Kaarst	Geschäftsführer	-	Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes; stv. Mitglied im Umlegungsausschuss	-
Michael-Fränzel, Marianne	Moselstraße 3, 41564 Kaarst	Verlagsgrafikerin, Fraktionsassistentin	-	Mitglied im Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich; stv. Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Beirat Museumsförderverein	-
Molzberger, Matthias	Marsstraße 2, 41564 Kaarst	Student	-	-	-
Otterbein, Guido	Freesienweg 2 a, 41564 Kaarst	Maschinen- und Anlagenbaukonstrukteur	-	-	-
Palmen, Anneli	Giemesstraße 21, 41564 Kaarst	Journalistin	-	Mitglied im Beirat Museumsförderverein; stv. Mitglied im Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Panitz, Natalie	Hasselstraße 41, 41564 Kaarst	Auszubildende	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule; stv. Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Rüdiger, Anja	Niedersachsenstraße 8, 41564 Kaarst	Dipl.-Ing. Tiefbau	-	stv. Mitglied im Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Sauter, Susanne	Birkenstraße 12, 41564 Kaarst	Studienrätin	-	Mitglied im Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes	-
Schöneberg, Volker	Kolpingstraße 5, 41564 Kaarst	techn. Beamter, Sachbearbeiter	-	Mitglied Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland", Verbandsversammlung/Verwaltungsrat Sparkassenzweckverband, Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Wasser- und Bodenverband Nordkanal; stv. Mitglied im Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule	-
Schröder, Hans Georg	Schloßstraße 23, 41564 Kaarst	Dipl.-Ing. Agrar	-	-	-
Schubert, Reimer	Raitz-von-Frenz-Straße 17, 41564 Kaarst	Dipl.-Ingenieur	-	stv. Mitglied im Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Schulze Bomke-Vossschulte, Marcel	Martinusstraße 34b, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	stv. Mitglied im Umlegungsausschuss	-
Sülzenfuß, Hermann-Josef	Grünstraße 12, 41564 Kaarst	Lehrer	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz	-
Thißen, Theodor	Hinterfeld 14, 41564 Kaarst	Geschäftsführer Kreiswerke i.R.	KDVZ Neuss: Rechnungsprüfungsausschuss-Vorstand	Mitglied im Beirat für Naherholungsanlagen des Rhein-Kreises Neuss, Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland", Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst, Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Delegierter im Erftverband; stv. Mitglied im Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Verbandsversammlung/Verwaltungsrat Sparkassenzweckverband	-
Treger, Dagmar	Grimes-Kreuz-Straße 20, 41564 Kaarst	Lehrerin		Museumsförderverein, Beirat des Vereins Städtepartnerschaft kaarst	
Thönißen, Brigitta	Broicherdorfstraße 47c, 41564 Kaarst	Hausfrau	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule; stv. Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Weyers, Rolf-Peter	Raderbroicher Straße 13, 41564 Kaarst	Verwaltungsleiter		Mitglied Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Mitglied im Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule	
Wilsch, Hanno	Schiefbahner Straße 39, 41564 Kaarst	Lehrer im Ruhestand	-	Mitglied im Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Beirat des Vereins Städtepartnerschaft Kaarst - La Madeleine e.V., Regionalbeirat der SK Neuss für die Stadt Kaarst	-
Zachel, Volker	Alte Heerstraße 132, 41564 Kaarst	Reprograf i.R.	-	-	-
Zelleröhr, Angelika	Matthias-Claudius-Straße 10, 41564 Kaarst	Verwaltungsfachangestellte	-	Mitglied Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz, Flughafenbeirat der Flughafen GmbH in Düsseldorf, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Zhang, Yine	Neuhofstraße 2, 41564 Kaarst	Ingenieur	-	Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, Arbeitskreis Brandschutzbedarfsplan, Wahlausschuss, Wahlprüfungsausschuss; stv. Mitglied im Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss, Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland", Verbandsversammlung des Schulverbandes in Kaarst für die Martinusschule, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Zillmer, Dorothea	Zinnstraße 5, 41564 Kaarst	Lektorin, Rechtsanwältin	-	Mitglied im Beirat Sportforum Kaarst-Büttgen, Vertreter in der Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat der Stadtwerke Kaarst GmbH, Volkshochschule - Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	Mitgesellschafterin Madog GmbH, Kaarst

Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene

Produktbereich 010 - Innere Verwaltung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.167.433,87	2.033.798,00	1.987.679,36	-46.118,64
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.492,54	2.031,00	4.698,24	2.667,24
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	733.399,18	730.251,00	737.200,16	6.949,16
+ Kostenerstattungen/-umlagen	362.999,57	163.063,00	288.115,71	125.052,71
+ Sonstige ordentliche Erträge	551.558,71	80.053,00	1.045.217,59	965.164,59
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**3.817.883,87**	**3.009.196,00**	**4.062.911,06**	**1.053.715,06**
- Personalaufwendungen	7.244.065,01	7.297.800,00	7.815.515,05	517.715,05
- Versorgungsaufwendungen	1.246.618,88	1.591.659,00	1.368.160,09	-223.498,91
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.276.186,98	4.476.327,00	5.423.463,65	947.136,65
- Bilanzielle Abschreibungen	3.902.160,03	4.052.685,00	3.719.652,26	-333.032,74
- Transferaufwendungen	44.540,49	59.950,00	60.918,48	968,48
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.794.030,85	2.885.101,00	2.727.322,05	-157.778,95
= Ordentliche Aufwendungen	**20.507.602,24**	**20.363.522,00**	**21.115.031,58**	**751.509,58**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-16.689.718,37**	**-17.354.326,00**	**-17.052.120,52**	**302.205,48**
+ Finanzerträge	4.600,79	15.000,00	59.007,38	44.007,38
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**4.600,79**	**15.000,00**	**59.007,38**	**44.007,38**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-16.685.117,58**	**-17.339.326,00**	**-16.993.113,14**	**346.212,86**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	110.636,62	110.636,62
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	141.431,58	141.431,58
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**-30.794,96**	**-30.794,96**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-16.685.117,58**	**-17.339.326,00**	**-17.023.908,10**	**315.417,90**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	7.343.414,81	7.590.296,00	9.062.660,89	1.472.364,89
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	962.569,33	907.154,00	1.040.560,42	133.406,42
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-10.304.272,10**	**-10.656.184,00**	**-9.001.807,63**	**1.654.376,37**

Produktbereich 020 - Sicherheit und Ordnung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.298,70	5.978,00	5.977,56	-0,44
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	423.792,43	400.500,00	429.075,89	28.575,89
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.797,43	10.500,00	14.023,41	3.523,41
+ Kostenerstattungen/-umlagen	48.808,92	67.220,00	49.588,87	-17.631,13
+ Sonstige ordentliche Erträge	70.396,31	74.605,00	64.145,69	-10.459,31
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**576.093,79**	**558.803,00**	**562.811,42**	**4.008,42**
- Personalaufwendungen	1.464.495,71	1.480.186,00	1.442.433,88	-37.752,12
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	286.531,09	336.513,00	335.438,06	-1.074,94
- Bilanzielle Abschreibungen	112.046,49	97.457,00	108.724,57	11.267,57
- Transferaufwendungen	1.851,51	250,00	0,00	-250,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	152.240,40	140.668,00	134.346,67	-6.321,33
= Ordentliche Aufwendungen	**2.017.165,20**	**2.055.074,00**	**2.020.943,18**	**-34.130,82**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-1.441.071,41**	**-1.496.271,00**	**-1.458.131,76**	**38.139,24**
+ Finanzerträge	0,00	200,00	576,87	376,87
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**200,00**	**576,87**	**376,87**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-1.441.071,41**	**-1.496.071,00**	**-1.457.554,89**	**38.516,11**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-1.441.071,41**	**-1.496.071,00**	**-1.457.554,89**	**38.516,11**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	171.247,80	163.076,00	148.587,33	-14.488,67
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-1.612.319,21**	**-1.659.147,00**	**-1.606.142,22**	**53.004,78**

Produktbereich 030 - Schulträgeraufgaben

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	418.216,16	411.514,00	534.833,16	123.319,16
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	491.466,59	516.620,00	474.012,35	-42.607,65
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**909.682,75**	**928.134,00**	**1.008.845,51**	**80.711,51**
- Personalaufwendungen	969.104,69	995.742,00	1.016.529,46	20.787,46
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	699.609,95	725.581,00	683.916,44	-41.664,56
- Bilanzielle Abschreibungen	158.257,25	153.112,00	206.878,29	53.766,29
- Transferaufwendungen	1.348.645,60	1.327.225,00	1.544.892,45	217.667,45
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	89.533,48	84.656,00	87.825,67	3.169,67
= Ordentliche Aufwendungen	**3.265.150,97**	**3.286.316,00**	**3.540.042,31**	**253.726,31**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-2.355.468,22**	**-2.358.182,00**	**-2.531.196,80**	**-173.014,80**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-2.355.468,22**	**-2.358.182,00**	**-2.531.196,80**	**-173.014,80**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-2.355.468,22**	**-2.358.182,00**	**-2.531.196,80**	**-173.014,80**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.741.534,90	5.061.090,00	5.849.275,20	788.185,20
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-7.097.003,12**	**-7.419.272,00**	**-8.380.472,00**	**-961.200,00**

Produktbereich 040 - Kultur

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.882,89	51.882,00	51.882,89	0,89
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	83.204,88	24.900,00	25.470,51	570,51
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	629.824,62	562.918,00	582.852,74	19.934,74
+ Kostenerstattungen/-umlagen	0,00	12.808,00	0,00	-12.808,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.016,00	1.300,00	243,00	-1.057,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**765.928,39**	**653.808,00**	**660.449,14**	**6.641,14**
- Personalaufwendungen	395.579,87	469.977,00	454.976,71	-15.000,29
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	596.973,36	470.232,00	492.560,91	22.328,91
- Bilanzielle Abschreibungen	8.716,13	83.925,00	83.924,66	-0,34
- Transferaufwendungen	679.160,98	604.360,00	599.799,81	-4.560,19
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.753,68	1.750,00	1.430,17	-319,83
= Ordentliche Aufwendungen	**1.682.184,02**	**1.630.244,00**	**1.632.692,26**	**2.448,26**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-916.255,63**	**-976.436,00**	**-972.243,12**	**4.192,88**
+ Finanzerträge	0,00	50,00	0,00	-50,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**50,00**	**0,00**	**-50,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-916.255,63**	**-976.386,00**	**-972.243,12**	**4.142,88**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-916.255,63**	**-976.386,00**	**-972.243,12**	**4.142,88**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.553,29	87.737,00	144.542,92	56.805,92
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-1.006.808,92**	**-1.064.123,00**	**-1.116.786,04**	**-52.663,04**

Produktbereich 050 - Soziale Hilfen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	9.017,50	9.000,00	6.879,97	-2.120,03
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	75.319,00	70.000,00	71.084,00	1.084,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**84.336,50**	**79.000,00**	**77.963,97**	**-1.036,03**
- Personalaufwendungen	216.188,90	216.931,00	224.649,87	7.718,87
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.152,57	2.000,00	495,53	-1.504,47
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferaufwendungen	299.109,14	429.815,00	351.880,08	-77.934,92
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	842,80	860,00	767,00	-93,00
= Ordentliche Aufwendungen	**517.293,41**	**649.606,00**	**577.792,48**	**-71.813,52**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-432.956,91**	**-570.606,00**	**-499.828,51**	**70.777,49**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-432.956,91**	**-570.606,00**	**-499.828,51**	**70.777,49**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-432.956,91**	**-570.606,00**	**-499.828,51**	**70.777,49**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.598,92	13.792,00	9.974,88	-3.817,12
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-443.555,83**	**-584.398,00**	**-509.803,39**	**74.594,61**

Produktbereich 060 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.495.542,98	2.528.619,00	2.557.412,53	28.793,53
+ Sonstige Transfererträge	-447,05	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	24.485,10	29.000,00	17.418,00	-11.582,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	2.375.490,72	2.131.850,00	2.562.005,01	430.155,01
+ Sonstige ordentliche Erträge	74.124,36	0,00	195.493,86	195.493,86
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**4.969.196,11**	**4.689.469,00**	**5.332.329,40**	**642.860,40**
- Personalaufwendungen	3.907.661,59	4.185.032,00	4.280.245,47	95.213,47
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.316,02	117.988,00	107.971,55	-10.016,45
- Bilanzielle Abschreibungen	68.059,54	62.834,00	67.675,02	4.841,02
- Transferaufwendungen	2.916.998,72	2.975.402,00	3.032.501,77	57.099,77
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.315.810,47	4.463.959,00	4.429.055,01	-34.903,99
= Ordentliche Aufwendungen	**11.324.846,34**	**11.805.215,00**	**11.917.448,82**	**112.233,82**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-6.355.650,23**	**-7.115.746,00**	**-6.585.119,42**	**530.626,58**
+ Finanzerträge	2.636,76	1,00	766,50	765,50
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**2.636,76**	**1,00**	**766,50**	**765,50**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-6.353.013,47**	**-7.115.745,00**	**-6.584.352,92**	**531.392,08**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-6.353.013,47**	**-7.115.745,00**	**-6.584.352,92**	**531.392,08**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	302.154,48	314.692,00	304.594,57	-10.097,43
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-6.655.167,95**	**-7.430.437,00**	**-6.888.947,49**	**541.489,51**

Produktbereich 080 - Sportförderung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	150,00	150,00	150,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	76.756,30	130.000,00	106.384,78	-23.615,22
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	747,40	0,00	558,96	558,96
+ Kostenerstattungen/-umlagen	1.129,33	0,00	40.000,00	40.000,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**78.783,03**	**130.150,00**	**147.093,74**	**16.943,74**
- Personalaufwendungen	487.410,06	494.519,00	492.753,03	-1.765,97
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.951,74	44.202,00	36.859,71	-7.342,29
- Bilanzielle Abschreibungen	1.266,34	906,00	1.716,44	810,44
- Transferaufwendungen	387.680,46	386.007,00	385.795,07	-211,93
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.080,29	2.301,00	5.235,88	2.934,88
= Ordentliche Aufwendungen	**901.388,89**	**927.935,00**	**922.360,13**	**-5.574,87**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-822.605,86**	**-797.785,00**	**-775.266,39**	**22.518,61**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-822.605,86**	**-797.785,00**	**-775.266,39**	**22.518,61**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-822.605,86**	**-797.785,00**	**-775.266,39**	**22.518,61**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	987.223,15	977.283,00	1.460.576,84	483.293,84
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-1.809.829,01**	**-1.775.068,00**	**-2.235.843,23**	**-460.775,23**

Produktbereich 090 - Räumliche Planung und Entwicklung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.886,50	6.000,00	6.427,50	427,50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.000,00	0,00	-5.000,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	37.196,77	20.000,00	10.707,87	-9.292,13
+ Sonstige ordentliche Erträge	56.000,00	0,00	0,00	0,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**99.083,27**	**31.000,00**	**17.135,37**	**-13.864,63**
- Personalaufwendungen	422.477,64	492.494,00	475.460,79	-17.033,21
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57.638,69	86.501,00	67.556,87	-18.944,13
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.076,50	23.570,00	16.386,30	-7.183,70
= Ordentliche Aufwendungen	**497.192,83**	**602.565,00**	**559.403,96**	**-43.161,04**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-398.109,56**	**-571.565,00**	**-542.268,59**	**29.296,41**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-398.109,56**	**-571.565,00**	**-542.268,59**	**29.296,41**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-398.109,56**	**-571.565,00**	**-542.268,59**	**29.296,41**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-398.109,56**	**-571.565,00**	**-542.268,59**	**29.296,41**

Produktbereich 100 - Bauen und Wohnen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	364.253,74	351.880,00	373.214,91	21.334,91
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	1.288,70	6.200,00	16.487,32	10.287,32
+ Sonstige ordentliche Erträge	9.750,00	15.000,00	3.484,05	-11.515,95
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**375.292,44**	**373.080,00**	**393.186,28**	**20.106,28**
- Personalaufwendungen	792.366,36	751.607,00	774.789,96	23.182,96
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	56.442,80	93.870,00	73.305,43	-20.564,57
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.229,50	13.800,00	9.667,50	-4.132,50
= Ordentliche Aufwendungen	**856.038,66**	**859.277,00**	**857.762,89**	**-1.514,11**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-480.746,22**	**-486.197,00**	**-464.576,61**	**21.620,39**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-480.746,22**	**-486.197,00**	**-464.576,61**	**21.620,39**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-480.746,22**	**-486.197,00**	**-464.576,61**	**21.620,39**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-480.746,22**	**-486.197,00**	**-464.576,61**	**21.620,39**

Produktbereich 110 - Ver- und Entsorgung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	381.865,41	380.783,00	380.697,44	-85,56
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.985.428,66	9.781.634,00	11.758.806,11	1.977.172,11
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	287.710,33	237.834,00	310.756,24	72.922,24
+ Sonstige ordentliche Erträge	3.003.934,65	2.341.881,00	2.194.325,95	-147.555,05
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**13.658.939,05**	**12.742.132,00**	**14.644.585,74**	**1.902.453,74**
- Personalaufwendungen	475.681,62	467.278,00	534.168,41	66.890,41
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.345.820,69	1.339.542,00	1.469.179,10	129.637,10
- Bilanzielle Abschreibungen	1.323.454,18	1.322.863,00	1.327.870,36	5.007,36
- Transferaufwendungen	3.674.142,00	3.674.142,00	3.936.553,75	262.411,75
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.440.956,54	2.399.414,00	2.319.149,61	-80.264,39
= Ordentliche Aufwendungen	**10.260.055,03**	**9.203.239,00**	**9.586.921,23**	**383.682,23**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**3.398.884,02**	**3.538.893,00**	**5.057.664,51**	**1.518.771,51**
+ Finanzerträge	455.000,00	455.052,00	550.000,00	94.948,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**455.000,00**	**455.052,00**	**550.000,00**	**94.948,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**3.853.884,02**	**3.993.945,00**	**5.607.664,51**	**1.613.719,51**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**3.853.884,02**	**3.993.945,00**	**5.607.664,51**	**1.613.719,51**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**3.853.884,02**	**3.993.945,00**	**5.607.664,51**	**1.613.719,51**

Produktbereich 120 - Verkehrsflächen und -anlagen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	353.054,36	353.054,00	353.053,54	-0,46
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.455.751,62	1.447.275,00	1.446.186,95	-1.088,05
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.177,18	0,00	3.183,85	3.183,85
+ Kostenerstattungen/-umlagen	472.334,78	64.728,00	52.812,01	-11.915,99
+ Sonstige ordentliche Erträge	12.623,25	13.457,00	14.668,50	1.211,50
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**2.296.941,19**	**1.878.514,00**	**1.869.904,85**	**-8.609,15**
- Personalaufwendungen	497.957,60	464.380,00	474.615,72	10.235,72
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	964.452,29	1.039.342,00	1.215.279,03	175.937,03
- Bilanzielle Abschreibungen	2.283.225,10	2.283.120,00	2.289.834,47	6.714,47
- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	735.179,07	740.000,00	731.957,07	-8.042,93
= Ordentliche Aufwendungen	**4.480.814,06**	**4.526.842,00**	**4.711.686,29**	**184.844,29**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-2.183.872,87**	**-2.648.328,00**	**-2.841.781,44**	**-193.453,44**
+ Finanzerträge	293,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**293,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-2.183.579,87**	**-2.648.328,00**	**-2.841.781,44**	**-193.453,44**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-2.183.579,87**	**-2.648.328,00**	**-2.841.781,44**	**-193.453,44**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-2.183.579,87**	**-2.648.328,00**	**-2.841.781,44**	**-193.453,44**

Produktbereich 130 - Natur- und Landschaftspflege

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.925,02	5.926,00	6.472,59	546,59
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	476.945,00	620.104,00	507.220,30	-112.883,70
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.807,50	10.350,00	6.454,10	-3.895,90
+ Kostenerstattungen/-umlagen	930,85	1.772,00	1.725,63	-46,37
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.876,56	10.351,00	0,00	-10.351,00
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**489.484,93**	**648.503,00**	**521.872,62**	**-126.630,38**
- Personalaufwendungen	1.223.480,36	1.231.845,00	1.243.827,72	11.982,72
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	388.142,24	361.390,00	375.696,19	14.306,19
- Bilanzielle Abschreibungen	121.256,69	112.113,00	17.967,31	-94.145,69
- Transferaufwendungen	88.247,78	78.000,00	100.803,63	22.803,63
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-10.631,59	400,00	1.892,32	1.492,32
= Ordentliche Aufwendungen	**1.810.495,48**	**1.783.748,00**	**1.740.187,17**	**-43.560,83**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-1.321.010,55**	**-1.135.245,00**	**-1.218.314,55**	**-83.069,55**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-1.321.010,55**	**-1.135.245,00**	**-1.218.314,55**	**-83.069,55**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	578,44	578,44
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**-578,44**	**-578,44**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-1.321.010,55**	**-1.135.245,00**	**-1.218.892,99**	**-83.647,99**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	77.532,94	65.472,00	104.548,73	39.076,73
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-1.398.543,49**	**-1.200.717,00**	**-1.323.441,72**	**-122.724,72**

Produktbereich 140 - Umweltschutz

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	63,85	63,85
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**0,00**	**0,00**	**63,85**	**63,85**
- Personalaufwendungen	58.836,36	57.435,00	50.722,98	-6.712,02
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.015,00	1.020,00	1.015,11	-4,89
= Ordentliche Aufwendungen	**59.851,36**	**58.455,00**	**51.738,09**	**-6.716,91**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-59.851,36**	**-58.455,00**	**-51.674,24**	**6.780,76**
+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-59.851,36**	**-58.455,00**	**-51.674,24**	**6.780,76**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-59.851,36**	**-58.455,00**	**-51.674,24**	**6.780,76**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-59.851,36**	**-58.455,00**	**-51.674,24**	**6.780,76**

Produktbereich 150 - Wirtschaft und Tourismus

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.864,18	19.500,00	5.037,09	-14.462,91
+ Kostenerstattungen/-umlagen	1.908,81	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	457,20	0,00	334,69	334,69
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**12.230,19**	**19.500,00**	**5.371,78**	**-14.128,22**
- Personalaufwendungen	77.268,63	60.457,00	107.460,59	47.003,59
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.714,55	116.372,00	63.141,79	-53.230,21
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferaufwendungen	19.040,46	15.000,00	17.342,88	2.342,88
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.239,18	82.211,00	108.190,38	25.979,38
= Ordentliche Aufwendungen	**189.262,82**	**274.040,00**	**296.135,64**	**22.095,64**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-177.032,63**	**-254.540,00**	**-290.763,86**	**-36.223,86**
+ Finanzerträge	5.526,46	5.527,00	121.711,06	116.184,06
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= FINANZERGEBNIS	**5.526,46**	**5.527,00**	**121.711,06**	**116.184,06**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-171.506,17**	**-249.013,00**	**-169.052,80**	**79.960,20**
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	11.087,14	11.087,14
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**0,00**	**0,00**	**-11.087,14**	**-11.087,14**
= J A H R E S E R G E B N I S	**-171.506,17**	**-249.013,00**	**-180.139,94**	**68.873,06**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**-171.506,17**	**-249.013,00**	**-180.139,94**	**68.873,06**

Produktbereich 160 - Allgemeine Finanzwirtschaft

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	43.249.590,21	41.725.627,00	51.631.304,77	9.905.677,77
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	640.604,04	1.699.584,00	1.126.514,00	-573.070,00
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen/-umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige ordentliche Erträge	3.450.599,19	140.000,00	1.528.346,20	1.388.346,20
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= Ordentliche Erträge	**47.340.793,44**	**43.565.211,00**	**54.286.164,97**	**10.720.953,97**
- Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Bilanzielle Abschreibungen	112.014,85	0,00	72.395,11	72.395,11
- Transferaufwendungen	21.278.033,54	19.965.775,00	20.958.467,26	992.692,26
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.423.228,89	10.203,00	1.214.106,17	1.203.903,17
= Ordentliche Aufwendungen	**22.813.277,28**	**19.975.978,00**	**22.244.968,54**	**2.268.990,54**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**24.527.516,16**	**23.589.233,00**	**32.041.196,43**	**8.451.963,43**
+ Finanzerträge	73.739,71	0,00	7.765,05	7.765,05
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	278.697,23	425.302,00	271.580,47	-153.721,53
= FINANZERGEBNIS	**-204.957,52**	**-425.302,00**	**-263.815,42**	**161.486,58**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**24.322.558,64**	**23.163.931,00**	**31.777.381,01**	**8.613.450,01**
+ Außerordentliche Erträge	304.000,14	0,00	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	451.285,56	0,00	0,00	0,00
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**-147.285,42**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= J A H R E S E R G E B N I S	**24.175.273,22**	**23.163.931,00**	**31.777.381,01**	**8.613.450,01**
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= JAHRESERGEBNIS NACH LEISTUNGSVERRECHNUNG	**24.175.273,22**	**23.163.931,00**	**31.777.381,01**	**8.613.450,01**

Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichsebene

Produktbereich 010 - Innere Verwaltung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.028,00	0,00	2.094,00	2.094,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	68,10	1.700,00	363,00	-1.337,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	708.716,49	730.251,00	731.084,02	833,02
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	283.643,17	163.063,00	388.912,92	225.849,92
+ Sonstige Einzahlungen	161.940,37	80.053,00	359.537,36	279.484,36
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	23.499,18	15.000,00	-18.873,08	-33.873,08
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**1.179.895,31**	**990.067,00**	**1.463.118,22**	**473.051,22**
- Personalauszahlungen	6.369.001,26	6.711.820,00	6.545.929,60	-165.890,40
- Versorgungsauszahlungen	1.390.019,49	1.230.000,00	1.489.901,80	259.901,80
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.060.412,51	4.476.327,00	5.161.444,91	685.117,91
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	44.540,49	59.950,00	60.918,48	968,48
- Sonstige Auszahlungen	2.651.962,06	2.885.101,00	2.705.147,46	-179.953,54
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**15.515.935,81**	**15.363.198,00**	**15.963.342,25**	**600.144,25**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-14.336.040,50**	**-14.373.131,00**	**-14.500.224,03**	**-127.093,03**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	2.179.979,00	1.049.000,00	-1.130.979,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.021.187,86	3.000.000,00	1.722.287,90	-1.277.712,10
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	760,27	16.154,00	43.665,28	27.511,28
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**1.021.948,13**	**5.196.133,00**	**2.814.953,18**	**-2.381.179,82**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	4.079.134,95	1.042.200,00	654.979,64	-387.220,36
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	950.521,33	5.573.413,76	2.666.250,33	-2.907.163,43
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	89.032,33	111.678,90	89.636,85	-22.042,05
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	7.669,38	18.968,00	0,00	-18.968,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**5.126.357,99**	**6.746.260,66**	**3.410.866,82**	**-3.335.393,84**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-4.104.409,86**	**-1.550.127,66**	**-595.913,64**	**954.214,02**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-18.440.450,36**	**-15.923.258,66**	**-15.096.137,67**	**-827.120,99**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-18.440.450,36**	**-15.923.258,66**	**-15.096.137,67**	**-827.120,99**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-18.440.450,36**	**-15.923.258,66**	**-15.096.137,67**	**-827.120,99**

Produktbereich 020 - Sicherheit und Ordnung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	408.073,10	400.500,00	432.157,45	31.657,45
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.777,48	10.500,00	9.182,79	-1.317,21
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	47.969,25	67.220,00	30.856,35	-36.363,65
+ Sonstige Einzahlungen	68.546,49	74.605,00	65.266,22	-9.338,78
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	200,00	576,87	376,87
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**531.366,32**	**553.025,00**	**538.039,68**	**-14.985,32**
- Personalauszahlungen	1.416.480,79	1.435.525,00	1.311.069,36	-124.455,64
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	263.941,20	336.513,00	339.462,96	2.949,96
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	1.851,51	250,00	0,00	-250,00
- Sonstige Auszahlungen	143.620,46	140.668,00	142.525,33	1.857,33
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**1.825.893,96**	**1.912.956,00**	**1.793.057,65**	**-119.898,35**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-1.294.527,64**	**-1.359.931,00**	**-1.255.017,97**	**104.913,03**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	63.033,22	62.700,00	63.065,43	365,43
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**63.033,22**	**62.700,00**	**63.065,43**	**365,43**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.555,78	74.555,78	11.671,40	-62.884,38
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	34.178,85	565.289,97	521.361,98	-43.927,99
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**40.734,63**	**639.845,75**	**533.033,38**	**-106.812,37**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**22.298,59**	**-577.145,75**	**-469.967,95**	**107.177,80**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-1.272.229,05**	**-1.937.076,75**	**-1.724.985,92**	**212.090,83**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-1.272.229,05**	**-1.937.076,75**	**-1.724.985,92**	**212.090,83**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-1.272.229,05**	**-1.937.076,75**	**-1.724.985,92**	**212.090,83**

Produktbereich 030 - Schulträgeraufgaben

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	401.702,00	395.000,00	512.343,00	117.343,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	484.119,30	516.620,00	366.150,03	-150.469,97
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**885.821,30**	**911.620,00**	**878.493,03**	**-33.126,97**
- Personalauszahlungen	939.032,62	981.716,00	958.598,27	-23.117,73
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	698.572,92	725.581,00	682.899,87	-42.681,13
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	1.348.645,60	1.327.225,00	1.493.142,45	165.917,45
- Sonstige Auszahlungen	89.587,42	84.656,00	87.093,92	2.437,92
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**3.075.838,56**	**3.119.178,00**	**3.221.734,51**	**102.556,51**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-2.190.017,26**	**-2.207.558,00**	**-2.343.241,48**	**-135.683,48**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	211.059,00	0,00	155.000,00	155.000,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**211.059,00**	**0,00**	**155.000,00**	**155.000,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	844.764,28	182.672,22	177.410,36	-5.261,86
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	162.345,65	118.275,63	101.932,63	-16.343,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	50.000,00	8.460,31	-41.539,69
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**1.007.109,93**	**350.947,85**	**287.803,30**	**-63.144,55**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-796.050,93**	**-350.947,85**	**-132.803,30**	**218.144,55**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-2.986.068,19**	**-2.558.505,85**	**-2.476.044,78**	**82.461,07**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-2.986.068,19**	**-2.558.505,85**	**-2.476.044,78**	**82.461,07**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-2.986.068,19**	**-2.558.505,85**	**-2.476.044,78**	**82.461,07**

Produktbereich 040 - Kultur

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	106.146,48	24.900,00	-7.141,59	-32.041,59
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	589.016,58	562.918,00	699.280,14	136.362,14
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	12.808,00	0,00	-12.808,00
+ Sonstige Einzahlungen	1.016,00	1.300,00	243,00	-1.057,00
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	50,00	0,00	-50,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**696.179,06**	**601.976,00**	**692.381,55**	**90.405,55**
- Personalauszahlungen	377.955,00	448.014,00	407.999,26	-40.014,74
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	601.309,44	470.232,00	467.164,02	-3.067,98
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	602.901,65	604.360,00	600.180,61	-4.179,39
- Sonstige Auszahlungen	1.753,68	1.750,00	1.430,17	-319,83
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**1.583.919,77**	**1.524.356,00**	**1.476.774,06**	**-47.581,94**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-887.740,71**	**-922.380,00**	**-784.392,51**	**137.987,49**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.644,00	5.000,00	4.410,00	-590,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**6.644,00**	**5.000,00**	**4.410,00**	**-590,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-6.644,00**	**-5.000,00**	**-4.410,00**	**590,00**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-894.384,71**	**-927.380,00**	**-788.802,51**	**138.577,49**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-894.384,71**	**-927.380,00**	**-788.802,51**	**138.577,49**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-894.384,71**	**-927.380,00**	**-788.802,51**	**138.577,49**

Produktbereich 050 - Soziale Hilfen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	9.960,99	9.000,00	3.807,77	-5.192,23
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	74.519,00	70.000,00	71.884,00	1.884,00
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**84.479,99**	**79.000,00**	**75.691,77**	**-3.308,23**
- Personalauszahlungen	211.708,54	211.320,00	207.908,91	-3.411,09
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.152,57	2.000,00	495,53	-1.504,47
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	294.780,19	429.815,00	342.946,97	-86.868,03
- Sonstige Auszahlungen	767,00	860,00	842,80	-17,20
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**508.408,30**	**643.995,00**	**552.194,21**	**-91.800,79**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-423.928,31**	**-564.995,00**	**-476.502,44**	**88.492,56**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.459,67	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**5.459,67**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-5.459,67**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-429.387,98**	**-564.995,00**	**-476.502,44**	**88.492,56**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-429.387,98**	**-564.995,00**	**-476.502,44**	**88.492,56**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-429.387,98**	**-564.995,00**	**-476.502,44**	**88.492,56**

Produktbereich 060 - Kinder-, Jugend und Familienhilfe

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.537.180,05	2.441.708,00	2.526.512,30	84.804,30
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.718,20	0,00	-182,67	-182,67
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.213,77	29.000,00	17.444,00	-11.556,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.365.004,52	2.131.850,00	2.348.437,86	216.587,86
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	700,07	700,07
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.636,76	1,00	766,50	765,50
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**4.921.753,30**	**4.602.559,00**	**4.893.678,06**	**291.119,06**
- Personalauszahlungen	3.832.171,40	4.151.590,00	4.215.331,48	63.741,48
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	118.991,69	117.988,00	98.248,40	-19.739,60
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	2.582.670,17	2.975.402,00	3.206.562,07	231.160,07
- Sonstige Auszahlungen	4.299.417,57	4.463.959,00	4.423.472,60	-40.486,40
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**10.833.250,83**	**11.708.939,00**	**11.943.614,55**	**234.675,55**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-5.911.497,53**	**-7.106.380,00**	**-7.049.936,49**	**56.443,51**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	81.122,50	1.177.906,00	538.427,50	-639.478,50
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**81.122,50**	**1.177.906,00**	**538.427,50**	**-639.478,50**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	34.326,13	1.545.929,56	811.740,57	-734.188,99
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	35.954,89	134.785,00	53.228,73	-81.556,27
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**70.281,02**	**1.680.714,56**	**864.969,30**	**-815.745,26**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**10.841,48**	**-502.808,56**	**-326.541,80**	**176.266,76**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-5.900.656,05**	**-7.609.188,56**	**-7.376.478,29**	**232.710,27**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-5.900.656,05**	**-7.609.188,56**	**-7.376.478,29**	**232.710,27**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-5.900.656,05**	**-7.609.188,56**	**-7.376.478,29**	**232.710,27**

Produktbereich 080 - Sportförderung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	70.568,91	130.000,00	74.298,06	-55.701,94
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	851,13	0,00	0,84	0,84
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.129,33	0,00	40.000,00	40.000,00
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**72.549,37**	**130.000,00**	**114.298,90**	**-15.701,10**
- Personalauszahlungen	484.298,55	486.891,00	481.221,53	-5.669,47
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.221,34	44.202,00	35.668,96	-8.533,04
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	387.680,46	386.007,00	385.337,15	-669,85
- Sonstige Auszahlungen	1.997,95	2.301,00	1.956,39	-344,61
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**896.198,30**	**919.401,00**	**904.184,03**	**-15.216,97**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-823.648,93**	**-789.401,00**	**-789.885,13**	**-484,13**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	9.402,42	14.500,00	1.402,05	-13.097,95
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**9.402,42**	**14.500,00**	**1.402,05**	**-13.097,95**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-9.402,42**	**-14.500,00**	**-1.402,05**	**13.097,95**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-833.051,35**	**-803.901,00**	**-791.287,18**	**12.613,82**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-833.051,35**	**-803.901,00**	**-791.287,18**	**12.613,82**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-833.051,35**	**-803.901,00**	**-791.287,18**	**12.613,82**

Produktbereich 090 - Räumliche Planung und Entwicklung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	5.682,50	6.000,00	6.307,00	307,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.000,00	0,00	-5.000,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	20.000,00	0,00	-20.000,00
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**5.682,50**	**31.000,00**	**6.307,00**	**-24.693,00**
- Personalauszahlungen	412.047,11	483.535,00	450.685,80	-32.849,20
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	57.638,69	86.501,00	63.867,87	-22.633,13
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Auszahlungen	17.076,50	23.570,00	15.672,30	-7.897,70
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**486.762,30**	**593.606,00**	**530.225,97**	**-63.380,03**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-481.079,80**	**-562.606,00**	**-523.918,97**	**38.687,03**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	24.000,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**24.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**24.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-457.079,80**	**-562.606,00**	**-523.918,97**	**38.687,03**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-457.079,80**	**-562.606,00**	**-523.918,97**	**38.687,03**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-457.079,80**	**-562.606,00**	**-523.918,97**	**38.687,03**

Produktbereich 100 - Bauen und Wohnen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	367.323,83	351.880,00	365.609,16	13.729,16
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.563,70	6.200,00	5.723,17	-476,83
+ Sonstige Einzahlungen	9.750,00	15.000,00	3.484,05	-11.515,95
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**378.637,53**	**373.080,00**	**374.816,38**	**1.736,38**
- Personalauszahlungen	763.504,99	727.045,00	673.403,57	-53.641,43
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.676,67	93.870,00	65.657,96	-28.212,04
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Auszahlungen	7.229,50	13.800,00	9.460,00	-4.340,00
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**832.411,16**	**834.715,00**	**748.521,53**	**-86.193,47**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-453.773,63**	**-461.635,00**	**-373.705,15**	**87.929,85**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	9.416,00	9.416,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**9.416,00**	**9.416,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	50.000,00	0,00	-50.000,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**0,00**	**50.000,00**	**0,00**	**-50.000,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**-50.000,00**	**9.416,00**	**59.416,00**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-453.773,63**	**-511.635,00**	**-364.289,15**	**147.345,85**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-453.773,63**	**-511.635,00**	**-364.289,15**	**147.345,85**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-453.773,63**	**-511.635,00**	**-364.289,15**	**147.345,85**

Produktbereich 110 - Ver- und Entsorgung

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	9.490.923,87	9.464.142,00	11.281.430,39	1.817.288,39
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	263.544,84	237.834,00	299.569,94	61.735,94
+ Sonstige Einzahlungen	2.212.643,89	2.341.881,00	2.969.563,74	627.682,74
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	455.000,00	455.052,00	550.000,00	94.948,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**12.422.112,60**	**12.498.909,00**	**15.100.564,07**	**2.601.655,07**
- Personalauszahlungen	450.775,88	454.330,00	474.171,70	19.841,70
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.243.084,35	1.339.542,00	1.628.020,58	288.478,58
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	3.674.142,00	3.674.142,00	3.936.553,75	262.411,75
- Sonstige Auszahlungen	2.420.229,28	2.399.414,00	2.338.994,16	-60.419,84
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**8.788.231,51**	**7.867.428,00**	**8.377.740,19**	**510.312,19**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**3.633.881,09**	**4.631.481,00**	**6.722.823,88**	**2.091.342,88**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	55.590,39	0,00	12.206,13	12.206,13
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**55.590,39**	**0,00**	**12.206,13**	**12.206,13**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	154.811,76	50.000,00	1.174,99	-48.825,01
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**154.811,76**	**50.000,00**	**1.174,99**	**-48.825,01**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-99.221,37**	**-50.000,00**	**11.031,14**	**61.031,14**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**3.534.659,72**	**4.581.481,00**	**6.733.855,02**	**2.152.374,02**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**3.534.659,72**	**4.581.481,00**	**6.733.855,02**	**2.152.374,02**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**3.534.659,72**	**4.581.481,00**	**6.733.855,02**	**2.152.374,02**

Produktbereich 120 - Verkehrsflächen und –anlagen

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	284.765,39	288.716,00	285.701,86	-3.014,14
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.175,36	0,00	3.151,54	3.151,54
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	467.338,81	64.728,00	56.845,31	-7.882,69
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	1.501,00	2.231,56	730,56
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	242,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**755.521,56**	**354.945,00**	**347.930,27**	**-7.014,73**
- Personalauszahlungen	497.728,56	455.461,00	449.955,07	-5.505,93
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	951.487,43	1.039.342,00	1.049.663,05	10.321,05
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Auszahlungen	699.507,15	740.000,00	732.036,55	-7.963,45
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**2.148.723,14**	**2.234.803,00**	**2.231.654,67**	**-3.148,33**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-1.393.201,58**	**-1.879.858,00**	**-1.883.724,40**	**-3.866,40**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	330.000,00	0,00	-330.000,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	291.859,82	237.000,00	115.025,75	-121.974,25
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**291.859,82**	**567.000,00**	**115.025,75**	**-451.974,25**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	500.746,32	3.305.220,54	1.160.921,83	-2.144.298,71
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**500.746,32**	**3.305.220,54**	**1.160.921,83**	**-2.144.298,71**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-208.886,50**	**-2.738.220,54**	**-1.045.896,08**	**1.692.324,46**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-1.602.088,08**	**-4.618.078,54**	**-2.929.620,48**	**1.688.458,06**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-1.602.088,08**	**-4.618.078,54**	**-2.929.620,48**	**1.688.458,06**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-1.602.088,08**	**-4.618.078,54**	**-2.929.620,48**	**1.688.458,06**

Produktbereich 130 - Natur- und Landschaftspflege

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1,00	547,56	546,56
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	439.527,45	620.104,00	656.604,61	36.500,61
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.807,50	10.350,00	6.331,60	-4.018,40
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	930,85	1.772,00	1.725,63	-46,37
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	10.351,00	1.876,56	-8.474,44
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**444.265,80**	**642.578,00**	**667.085,96**	**24.507,96**
- Personalauszahlungen	1.233.991,31	1.231.465,00	1.236.506,06	5.041,06
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	365.126,62	361.390,00	393.455,45	32.065,45
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	88.247,78	78.000,00	100.803,63	22.803,63
- Sonstige Auszahlungen	2.092,25	400,00	1.889,03	1.489,03
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**1.689.457,96**	**1.671.255,00**	**1.732.654,17**	**61.399,17**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-1.245.192,16**	**-1.028.677,00**	**-1.065.568,21**	**-36.891,21**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	500.000,00	228.500,00	-271.500,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	18.865,19	15.000,00	4.123,36	-10.876,64
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**18.865,19**	**515.000,00**	**232.623,36**	**-282.376,64**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	158.037,63	579.242,51	252.073,25	-327.169,26
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	24.239,51	25.000,00	4.112,00	-20.888,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	28.245,72	37.500,85	9.712,48	-27.788,37
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**210.522,86**	**641.743,36**	**265.897,73**	**-375.845,63**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-191.657,67**	**-126.743,36**	**-33.274,37**	**93.468,99**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-1.436.849,83**	**-1.155.420,36**	**-1.098.842,58**	**56.577,78**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-1.436.849,83**	**-1.155.420,36**	**-1.098.842,58**	**56.577,78**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-1.436.849,83**	**-1.155.420,36**	**-1.098.842,58**	**56.577,78**

Produktbereich 140 - Umweltschutz

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	63,72	63,72
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**63,72**	**63,72**
- Personalauszahlungen	49.643,15	52.759,00	32.037,34	-20.721,66
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Auszahlungen	1.015,11	1.020,00	300,00	-720,00
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**50.658,26**	**53.779,00**	**32.337,34**	**-21.441,66**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-50.658,26**	**-53.779,00**	**-32.273,62**	**21.505,38**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-50.658,26**	**-53.779,00**	**-32.273,62**	**21.505,38**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-50.658,26**	**-53.779,00**	**-32.273,62**	**21.505,38**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-50.658,26**	**-53.779,00**	**-32.273,62**	**21.505,38**

Produktbereich 150 - Wirtschaft und Tourismus

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.301,16	19.500,00	7.600,11	-11.899,89
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	105,20	0,00	5.292,70	5.292,70
+ Sonstige Einzahlungen	457,20	0,00	334,69	334,69
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	5.526,46	5.527,00	121.711,06	116.184,06
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**13.390,02**	**25.027,00**	**134.938,56**	**109.911,56**
- Personalauszahlungen	69.938,01	55.583,00	75.842,30	20.259,30
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	24.764,55	116.372,00	69.091,79	-47.280,21
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Transferauszahlungen	19.040,46	15.000,00	17.133,63	2.133,63
- Sonstige Auszahlungen	48.990,61	82.211,00	67.436,33	-14.774,67
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**162.733,63**	**269.166,00**	**229.504,05**	**-39.661,95**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-149.343,61**	**-244.139,00**	**-94.565,49**	**149.573,51**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	32.214,00	0,00	-32.214,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**0,00**	**32.214,00**	**0,00**	**-32.214,00**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.516.830,50	0,00	24.042,96	24.042,96
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	32.214,00	0,00	-32.214,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**1.516.830,50**	**32.214,00**	**24.042,96**	**-8.171,04**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**-1.516.830,50**	**0,00**	**-24.042,96**	**-24.042,96**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**-1.666.174,11**	**-244.139,00**	**-118.608,45**	**125.530,55**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**-1.666.174,11**	**-244.139,00**	**-118.608,45**	**125.530,55**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**-1.666.174,11**	**-244.139,00**	**-118.608,45**	**125.530,55**

Produktbereich 160 - Allgemeine Finanzwirtschaft

	Jahresergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Rechn.-Jahres 2010	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2010	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 - Sp.2) 2010
Steuern und ähnliche Abgaben	41.803.968,29	41.725.627,00	49.499.376,81	7.773.749,81
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	640.604,04	1.699.584,00	1.126.514,00	-573.070,00
+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Einzahlungen	-111.269,67	140.000,00	1.435.380,64	1.295.380,64
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	74.023,03	0,00	131,00	131,00
= EINZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**42.407.325,69**	**43.565.211,00**	**52.061.402,45**	**8.496.191,45**
- Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	274.261,55	425.302,00	269.892,28	-155.409,72
- Transferauszahlungen	21.083.968,88	19.965.775,00	20.065.270,99	99.495,99
- Sonstige Auszahlungen	1.197,91	10.203,00	150.123,74	139.920,74
= AUSZAHLUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**21.359.428,34**	**20.401.280,00**	**20.485.287,01**	**84.007,01**
= SALDO AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**21.047.897,35**	**23.163.931,00**	**31.576.115,44**	**8.412.184,44**
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.361.043,87	897.827,00	1.976.637,46	1.078.810,46
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	60.200,00	60.200,00
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= EINZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**1.361.043,87**	**897.827,00**	**2.036.837,46**	**1.139.010,46**
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
= AUSZAHLUNGEN AUS INVESTITIONSTÄIGKEIT	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
= SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	**1.361.043,87**	**897.827,00**	**2.036.837,46**	**1.139.010,46**
= FINANZMITTELÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG	**22.408.941,22**	**24.061.758,00**	**33.612.952,90**	**9.551.194,90**
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	1.800.000,00	0,00	-1.800.000,00
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	579.922,20	434.711,00	412.083,30	-22.627,70
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
= SALDO AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	**-579.922,20**	**1.365.289,00**	**-412.083,30**	**-1.777.372,30**
= ÄNDERUNG DES BESTANDES AN EIGENEN FINANZMITTELN	**21.829.019,02**	**25.427.047,00**	**33.200.869,60**	**7.773.822,60**
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
= LIQUIDE MITTEL	**21.829.019,02**	**25.427.047,00**	**33.200.869,60**	**7.773.822,60**

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Die Stadt Kaarst ist eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stadt Kaarst ist nach § 2 GO NRW ausschließliche und eigenverantwortliche Trägerin der öffentlichen Verwaltung.

Die Stadt Kaarst regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung (§ 7 GO NRW).

Die nach § 7 Abs. 3 GO NRW erforderliche **Hauptsatzung** gilt in der Fassung vom 25. März 2009.

Die Stadt Kaarst hat 42.001 Einwohner (Stand 31. Dezember 2010) und ist eine mittlere kreisangehörige Gemeinde. Zuständig für die Stadt Kaarst ist der Rhein-Kreis Neuss.

Die **Organe** der Stadt sind der Rat der Stadt Kaarst und der Bürgermeister.

Bürgermeister der Stadt Kaarst ist seit 1999 Franz-Josef Moormann. Er hat den Vorsitz im Rat und ist Leiter der Stadtverwaltung. Als Bürgermeister ist er in der Leitung der Verwaltung in vollem Umfang eigenverantwortlich tätig. Er hat volle Entscheidungsfreiheit über die Geschäftsverteilung und die innere Organisation der Gemeindeverwaltung.

Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters ist der Erste Beigeordnete und Stadtkämmerer Heinz-Dieter Vogt.

Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung ist dem Lagebericht (S. 24 f.) zu entnehmen.

Für die Erledigung der kommunalen Aufgaben hat die Stadt Kaarst folgende **Ausschüsse** gebildet:

- Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss
- Bau- und Umweltausschuss
- Grundstücksausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulausschuss
- Kulturausschuss
- Sport-, Senioren-, Demografie-und Sozialausschuss
- Stadtentwicklungs-, Planungs- und Verkehrsausschuss

Gemäß § 1 Abs. 1 NKFEG NRW sind Gemeinden ab spätestens 1. Januar 2009 verpflichtet, von der kameralen Buchführung auf die doppelte Buchführung umzustellen. Gemäß § 1 Abs. 2 NKFEG NRW können Gemeinden ihre Buchführung auch vorzeitig umstellen. Die Stadt Kaarst hat eine vorzeitige Umstellung zum 1. Januar 2007 beschlossen und durchgeführt.

Gemäß § 31 GemHVO sind für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung unter besonderer Berücksichtigung des Umgangs mit Zahlungsmitteln sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen, Dienstvorschriften zu erlassen. Diese sind dem Rat der Stadt Kaarst zur Kenntnis zu geben. Die entsprechende Dienstanweisung „Finanzbuchhaltung“ ist vom 22. Dezember 2005.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010 den Jahresabschluss der Stadt zum 31. Dezember 2002 festgestellt, dem Bürgermeister Entlastung erteilt und beschlossen den Jahresfehlbetrag von EUR 5.592.135,57 mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Stadt Kaarst hat die von ihr erlassenen Satzungen (Ortsrecht) auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Satzungen wurden auf folgenden Fachgebieten erlassen:

- Allgemeine Verwaltung
- Finanzen
- Sicherheit und Ordnung
- Schule und Kultur
- Soziales, Jugend und Gesundheit
- Bauwesen
- Öffentliche Einrichtungen
- Sparkassen

Zudem hat die Stadt Kaarst zahlreiche Verträge abgeschlossen. Hierüber liegt jedoch keine zentrale Übersicht vor.

Die Stadt Kaarst ist Mitglied in folgenden **Zweckverbänden:**

- Volkshochschulzweckverband Kaarst-Korschenbroich, Kaarst
- IT Kooperation Rheinland, Neuss
- Schulverband in Kaarst für die Schule für Lernbehinderte, Kaarst
- Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Kaarst
- ERFTVERBAND, Bergheim
- Sparkassenzweckverbandes des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst, Neuss

Die Stadt Kaarst hält Anteile an folgenden **Unternehmen**:

- Stadtwerke Kaarst GmbH; Kaarst
- Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH, Mettmann
- Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH, Grevenbroich
- Lokalradio Kreis Neuss GmbH & CO KG, Neuss

Steuerliche Verhältnisse

Die Stadt ist als Träger hoheitlicher Aufgaben grundsätzlich nicht steuerpflichtig.

Nur soweit ein Betrieb gewerblicher Art im Sinne des § 4 KStG vorliegt, unterliegt dieser der Steuerpflicht.

Die Stadt Kaarst führt folgende Betriebe gewerblicher Art:

- Bäderbetrieb Hallenbad Büttgen
- Blockheizkraftwerk Alte Heerstraße
- Kulturelle Veranstaltungen
- Leistungen Duales System Deutschland

Die Betriebe gewerblicher Art werden beim Finanzamt Neuss unter der Steuer-Nummer 122/5785/0014 geführt.

Die Veranlagungen zur Körperschaft- und Umsatzsteuer sind bis einschließlich 2009 bzw. 2010 erfolgt. Die Festsetzungen erfolgten für die Körperschaftsteuer bis 2009.

Das Finanzamt Neuss hat mit Prüfungsbeginn zum 9. November 2009 eine Umsatzsteuersonderprüfung für die Veranlagungszeiträume 2003 bis 2008 und die Voranmeldungen I-III 2009 durchgeführt. Der Prüfungsbericht datiert vom 22. Januar 2010.

Eine weitere Umsatzsteuersonderprüfung hat mit Prüfungsbeginn zum 31. Januar 2011 für den Veranlagungszeitraum 2009 und die Voranmeldungen I-IV 2010 stattgefunden. Der Prüfungsbericht datiert vom 12. April 2011.

Analysierende Darstellungen

Kennzahlen mit Jahresübersichten

Es lassen sich ausgewählte Eckdaten und Kennzahlen wie folgt darstellen:

Geschäftsjahr		2010	2009	2008
Ordentliche Erträge	TEUR	83.591	75.475	80.829
Steuern und ähnliche Abgaben	TEUR	51.631	43.250	49.746
Steuerertragsquote[1]	%	61,8	57,3	61,5
Ordentliche Aufwendungen	TEUR	81.775	81.183	80.295
Transferaufwendungen	TEUR	30.989	30.737	28.771
Transferaufwandsquote 1[2]	%	37,1	40,7	35,6
Transferaufwandsquote 2[3]	%	37,9	37,9	35,8
Personalaufwendungen	TEUR	19.388	18.233	18.005
Personalaufwandsquote	%	23,7	22,4	22,4
Bilanzielle Abschreibungen	TEUR	7.897	8.090	7.942
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	TEUR	1.816	-5.708	534
Finanzergebnis	TEUR	468	263	504
Jahresergebnis	TEUR	2.284	-5.445	1.038
Bilanzstichtag		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Bilanzsumme	TEUR	369.769	367.381	373.865
Anlagevermögen	TEUR	353.695	356.107	356.487
Anlagenintensität	%	95,7	96,9	95,4
Umlaufvermögen	TEUR	14.459	9.371	15.458
Eigenkapital	TEUR	147.459	145.218	150.809
Eigenkapitalquote	%	39,9	39,5	40,3
Sonderposten (ohne Gebührenausgleich und sonstige Sonderposten)	TEUR	148.818	151.960	155.776
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung der Sonderposten	%	80,1	80,9	82,0
Rückstellungen	TEUR	46.534	44.838	46.641
Verbindlichkeiten	TEUR	21.068	19.883	15.168
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	5.417	5.338	5.227
Verschuldungsgrad	%	22,8	21,8	20,2
Anlagendeckungsgrad I	%	83,8	83,5	86,0

1 Die Steuerertragsquote gibt den Anteil der direkten Gemeindesteuern (im Wesentlichen Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) an den ordentlichen Erträgen an.

2 Die Transferaufwandsquote 1 gibt den Anteil der von der Gemeinde im Wesentlichen nicht beeinflussbaren Transferaufwendungen in Bezug zu den ordentlichen Erträgen an.

3 Die Transferaufwandsquote 2 gibt den Anteil der Transferaufwendungen in Bezug zu den ordentlichen Aufwendungen an.

Geschäftsjahr		2010	2009	2008
Mittelzufluss/-abfluss aus				
laufender Verwaltungstätigkeit	TEUR	7.126	-4.959	7.746
Investitionstätigkeit	TEUR	-577	-5.520	-2.216
Finanzierungstätigkeit	TEUR	-412	-580	-469
Bestandsänderung fremde Finanzmittel	TEUR	51	7	-12
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	TEUR	3.485	-2.703	8.349

Ertragslage - Vergleich mit dem Vorjahr

Aus den Zahlen der Ergebnisrechnung (Anlage I, Seite 3) haben wir folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2010		Vorjahr		Veränderung in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	51.631	61,8	43.250	57,3	8.381	+19,4
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.005	8,4	6.541	8,7	464	+7,1
Sonstige Tranfererträge	7	0,0	9	0,0	-2	-22,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.657	17,5	12.874	17,1	1.783	+13,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.367	1,6	1.412	1,9	-45	-3,2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.877	4,6	4.157	5,5	-280	-6,7
sonstige ordentliche Erträge	5.046	6,0	7.232	9,5	-2.186	-30,2
Ordentliche Erträge	83.590	100,0	75.475	100,0	8.115	+10,8
Personalaufwendungen	19.388	23,7	18.233	22,4	1.155	+6,3
Versorgungsaufwendungen	1.368	1,7	1.247	1,5	121	+9,7
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.345	12,6	10.843	13,4	-498	-4,6
Bilanzielle Abschreibungen	7.897	9,7	8.090	10,0	-193	-2,4
Transferaufwendungen	30.989	37,9	30.737	37,9	252	+0,8
Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.788	14,4	12.033	14,8	-245	-2,0
Ordentliche Aufwendungen	81.775	100,0	81.183	100,0	592	+0,7
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.815	81,0	-5.708	102,1	7.523	31,8
Finanzergebnis	468	20,9	263	-4,7	205	177,9
Ordentliches Ergebnis	2.283	101,9	-5.445	97,4	7.728	41,9
Außerordentliches Ergebnis	-42	-1,9	-147	2,6	105	28,6
Jahresergebnis	2.241	100,0	-5.592	100,0	7.833	40,1

Die Steuern und ähnliche Abgaben resultieren aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von TEUR 18.009 (Vorjahr: TEUR 19.059), der Grundsteuer B mit TEUR 5.701 (Vorjahr: TEUR 5.678), der Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 23.891 (Vorjahr: TEUR 14.788) und übrige Erträge in Höhe von TEUR 4.030 (Vorjahr: TEUR 3.725). Der starke Anstieg bei der Gewerbesteuer beruht im Wesentlichen auf Nachveranlagungen eines Gewerbesteuerpflichtigen.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen betreffen die Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von TEUR 1.127 (Vorjahr: TEUR 695), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von TEUR 2.830 (Vorjahr: TEUR 3.035) sowie Zuwendungen und Zuschüsse im Wesentlichen vom Land in Höhe von TEUR 3.048 (Vorjahr: TEUR 2.811).

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte betreffen Benutzungsgebühren aus den Gebührenhaushalten für Abwasser- und Abfallbeseitigung in Höhe von TEUR 12.508 (Vorjahr: TEUR 10.627),

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge in Höhe von TEUR 1.470 (Vorjahr: TEUR 1.466) sowie Erträge aus Verwaltungsgebühren von TEUR 679 (Vorjahr: TEUR 643). Die Erhöhung der Benutzungsgebühren beruht im Wesentlichen auf der Veranlagung für die Jahre 2008 bis 2010 auf Grund der Einführung der getrennten Niederschlags- und Schmutzwassergebühren und der damit verbundenen Gebührenanpassungen.

Die sonstigen ordentlichen Erträge enthalten unter anderem die Konzessionsabgaben RWE in Höhe von TEUR 1.577 (Vorjahr: TEUR 2.397), Kreiswerke mit TEUR 482 (Vorjahr: TEUR 475) und Stadtwerke in Höhe von TEUR 132 (Vorjahr: TEUR 132). Die Verringerung der Konzessionsabgabe von RWE beruht auf einem im Vorjahr berücksichtigten Abgabenbetrag für 2008. Der Anstieg der Erträge aus Säumniszuschlägen und Zinsen um TEUR 880 auf TEUR 971 ist vor allem auf die gewerbesteuerlichen Nachveranlagungen zurückzuführen. Weitere wesentliche ordentliche Erträge ergeben sich aus Grundstücksverkäufen in Höhe von TEUR 603 (Vorjahr TEUR 175) und der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 484 (Vorjahr TEUR 2.932).

Der Anstieg des Personalaufwands um TEUR 1.155 ist im Wesentlichen auf die um TEUR 858 höheren Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen und auf die um TEUR 132 gestiegenen Beiträge zu der Versorgungskasse zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind 2010 um TEUR 498 auf TEUR 10.345 gesunken. Die Entwicklung ergibt sich im Wesentlichen aus einer Minderung der Kosten für die Abfallentsorgung und Reinigung um TEUR 1.125 und einer Erhöhung der Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude um TEUR 820.

Die bilanziellen Abschreibungen beinhalten vor allem die Abschreibung für Gebäude mit TEUR 3.366 (Vorjahr TEUR 3.834), Straßen, Wege, Plätze mit TEUR 2.277 (Vorjahr: TEUR 2.272) und für Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit TEUR 1.325 (Vorjahr: TEUR 1.321).

Die Transferaufwendungen beinhalten u. a. die Kreisumlage mit TEUR 15.744 (Vorjahr TEUR 17.573), Umlagen an Zweckverbänden von TEUR 4.584 (Vorjahr TEUR 4.335) sowie die Gewerbesteuerumlage und die Umlage Fond deutsche Einheit mit TEUR 3.499 (Vorjahr TEUR 1.942).

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 205 verbessert. Die Verbesserung ergibt sich durch um TEUR 270 gestiegene Beteiligungserträge aus Ausschüttungen bzw. Gewinnanteilen für das Wirtschaftsjahr 2009 der Stadtwerke Kaarst, der Sparkasse, der ITK-Rheinland und dem Lokalradio, während sich die Zinserträge um TEUR 72 verringert haben.

Das Jahresergebnis 2010 schließt mit einem Überschuss in Höhe von TEUR 2.241 (Plan 2010 Fehlbetrag TEUR 8.645) ab. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (Fehlbetrag TEUR 5.592) eine Ergebnisverbesserung um TEUR 7.833, die in erster Linie auf die höheren Gewerbesteuererträge auf Grund der Nachveranlagungen zurückzuführen ist. Dies stellt insoweit einen Einmaleffekt dar.

PLAN - IST Vergleich Gesamtergebnisrechnung

Aus dem beschlossenen Haushaltsplan 2010 wurde der Haushaltsansatz mit den Zahlen der Ergebnisrechnung (Anlage I, Seite 2) gegenübergestellt. Unterjährige Mittelverschiebungen werden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

	PLAN 2010		IST 2010		Veränderung in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	41.726	60,2	51.631	61,8	9.905	+23,7
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.471	10,8	7.005	8,4	-466	-6,2
Sonstige Tranfererträge	9	0,0	7	0,0	-2	-22,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.764	18,4	14.657	17,5	1.893	+14,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.367	2,0	1.367	1,6	0	+0,0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.292	4,7	3.877	4,6	585	+17,8
sonstige ordentliche Erträge	2.677	3,9	5.046	6,0	2.369	+88,5
Ordentliche Erträge	69.306	100,0	83.590	100,0	14.284	+20,6
Personalaufwendungen	18.666	23,9	19.388	23,7	722	+3,9
Versorgungsaufwendungen	1.591	2,0	1.368	1,7	-223	-14,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.210	11,8	10.345	12,6	1.135	+12,3
Bilanzielle Abschreibungen	8.169	10,5	7.897	9,7	-272	-3,3
Transferaufwendungen	29.516	37,9	30.989	37,9	1.473	+5,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.850	13,9	11.788	14,4	938	+8,6
Ordentliche Aufwendungen	78.002	100,0	81.775	100,0	3.773	+4,8
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-8.696	100,6	1.815	81,0	10.511	-120,9
Finanzergebnis	51	-0,6	468	20,9	417	817,6
Ordentliches Ergebnis	-8.645	100,0	2.283	101,9	10.928	-126,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0,0	-42	-1,9	-42	100,0
Jahresergebnis	-8.645	100,0	2.241	100,0	10.886	-125,9

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben liegt das IST-Ergebnis um TEUR 9.905 über dem Planansatz. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die um TEUR 9.021 höheren Gewerbesteuereinnahmen von TEUR 23.891.

Die Überschreitung der Planansätze bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten um TEUR 1.893 ist auf die gegenüber dem Plan um TEUR 1.836 höheren Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelten zurückzuführen, die vor allem die Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung betreffen.

Die sonstigen ordentlichen Erträge liegen um TEUR 2.369 oberhalb des Planansatzes. Grund hierfür sind im Wesentlichen die Zinserträge gemäß der Abgabenordnung (TEUR 750), Erträge aus Grundstücksverkäufen (TEUR 603) und die Auflösung von Rückstellungen (TEUR 484).

Die Überschreitung des Ansatzes für den Personalaufwand beruht auf einer höheren Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen (TEUR 1.161).

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen TEUR 1.135 oberhalb des Planansatzes. Dies beruht vor allem auf den höheren Unterhaltungsaufwendungen für Grundstücke und Gebäude.

Der Anstieg der Transferaufwendungen ist hauptsächlich auf die um TEUR 553 höhere Gewerbesteuerumlage und den um TEUR 569 höheren Aufwand für den Fond deutsche Einheit zurückzuführen.

Die Sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegen TEUR 938 oberhalb des Planansatzes. Wesentlich für die Überschreitung sind der um TEUR 809 höhere Aufwand für Wertberichtigungen auf Forderungen sowie die Zuführung zu den Sonderposten für die Gebührenhaushalten in Höhe von TEUR 369.

Die Verbesserung des Zinsergebnisses um TEUR 417 beruht auf höheren Beteiligungserträgen und geringeren Zinsaufwendungen.

PLAN - IST Vergleich Teilergebnisrechnungen

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen (Jahresergebnisse nach Leistungsverrechnungen)	Planansatz 2010 EUR	Ist-Ergebnis 2010 EUR	Veränderung EUR
010 Innere Verwaltung	-10.656.184,00	-9.001.807,63	1.654.376,37
020 Sicherheit und Ordnung	-1.659.147,00	-1.606.142,22	53.004,78
030 Schulträgeraufgaben	-7.419.272,00	-8.380.472,00	-961.200,00
040 Kultur	-1.064.123,00	-1.116.786,04	-52.663,04
050 Soziale Hilfen	-584.398,00	-509.803,39	74.594,61
060 Kinder- Jugend- und Familienhilfe	-7.430.437,00	-6.888.947,49	541.489,51
080 Sportförderung	-1.775.068,00	-2.235.843,23	-460.775,23
090 Räumliche Planung und Entwicklung	-571.565,00	-542.268,59	29.296,41
100 Bauen und Wohnen	-486.197,00	-464.576,61	21.620,39
110 Ver- und Entsorgung	3.993.945,00	5.607.664,51	1.613.719,51
120 Verkehrsflächen und -anlagen	-2.648.328,00	-2.841.781,44	-193.453,44
130 Natur- und Landschaftspflege	-1.200.717,00	-1.323.441,72	-122.724,72
140 Umweltschutz	-58.455,00	-51.674,24	6.780,76
150 Wirtschaft und Tourismus	-249.013,00	-180.139,94	68.873,06
160 Allgemeine Finanzwirtschaft	23.163.931,00	31.777.381,01	8.613.450,01
	-8.645.028,00	2.241.360,98	10.886.388,98

010 Innere Verwaltung

Neben einer ertragsbedingten Verbesserung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit um TEUR 302 ist die Steigerung gegenüber dem Plan von TEUR 1.654 auf die um TEUR 1.472 gestiegenen internen Leistungsverrechnungen zurückzuführen.

020 Schulträgeraufgaben

Die Verschlechterung des Ergebnisses um TEUR 961 beruht im Wesentlichen auf den um TEUR 788 auf TEUR 5.849 gestiegenen Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen.

060 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Planansatz um TEUR 541 liegt vor allem an den um TEUR 430 höheren Kostenerstattungen von TEUR 2.562.

080 Sportförderung

Das Ergebnis fiel wegen um TEUR 483 auf TEUR 1.461 gestiegener Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen um TEUR 461 schlechter aus als geplant.

110 Ver- und Entsorgung

Die Steigerung des Ergebnisses um TEUR 1.614 auf TEUR 5.607 beruht hauptsächlich auf den um TEUR 1.977 auf TEUR 11.759 verbesserten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, die vor allem die Gebühren der Bereiche Abfall-und Abwasserentsorgung betreffen.

160 Allgemeine Finanzwirtschaft

Das Ergebnis dieses Bereichs hat sich deutlich um TEUR 8.613 auf TEUR 31.777 gegenüber dem Planansatz verbessert. Wesentlich hierfür sind um TEUR 9.906 höhere Steuern und ähnliche Abgaben, die vor allem auf Gewerbesteuerveranlagungen für Vorjahre sowie die höheren entsprechenden Zinserträge nach der Abgabenordnung zurückzuführen sind. Die ordentlichen Aufwendungen überschritten den Planansatz um TEUR 2.268. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich die um TEUR 1.119 höheren Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage und die Umlage Fond deutsche Einheit und höhere Wertberichtigungen auf Forderungen.

Ergebnisentwicklung laut Haushaltsplanung 2011

Die im Haushaltsplan 2011 geplanten Ergebnisse für die doppischen Haushaltsjahre 2010 bis 2014 zeigt folgende Tabelle:

Planung Ergebnisse lt. HH-Plan 2011	2010 TEUR	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
ordentliche Erträge	69.306	75.670	76.798	78.985	81.441
ordentliche Aufwendungen	78.002	83.473	82.170	82.793	83.101
laufendes Verwaltungsergebnis	**-8.696**	**-7.803**	**-5.372**	**-3.808**	**-1.660**
Finanzergebnis	51	-133	-225	-243	-223
ordentliches Ergebnis	**-8.645**	**-7.936**	**-5.597**	**-4.051**	**-1.883**
außerordentliches Ergebnis	0	-50	0	0	0
Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**-8.645**	**-7.986**	**-5.597**	**-4.051**	**-1.883**

Das im Haushaltsplan 2010 veranschlagte Ergebnis 2010 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 8.645 verbesserte sich um TEUR 10.886 auf TEUR 2.241. Für die Jahre 2011 bis 2014 wurde insgesamt ein Fehlbetrag von TEUR 19.517 geplant.

Bei der derzeitigen Planung (Haushaltsplan 2011) ist die in der Eröffnungsbilanz festgelegte Ausgleichsrücklage in Höhe TEUR 13.897 im Jahr 2013 verbraucht.

Der Verbrauch der Ausgleichsrücklage führt dazu, dass die Fehlbeträge der Jahre 2013 bis 2014 lt. Haushaltsplan 2011 weiter die Allgemeine Rücklage reduzieren. Nach der Haushaltplanung 2011 musste die Stadt Kaarst für die Jahre bis 2013 kein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 Abs.1 Nr. 1 oder Nr. 2 GO aufstellen, wie folgende Tabelle zeigt:

Bezeichnung	IST 2009	IST 2010	Plan lt. Haushaltsplan 2011		
	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
Stand der Allgemeinen Rücklage	136.913	136.913	136.913	136.913	133.876
Ausgleichsrücklage	13.897	8.305	10.546	2.560	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	-5.592	2.241	-7.986	-5.597	-4.051
Eigenkapital	**145.218**	**147.459**	**139.473**	**133.876**	**129.825**
Rückgang Allgemeine Rücklage zum Vorjahr [%]	-	-	-	-	-2,2
HSK aufstellen nach § 76 (1) Nr. 1 GO (Abnahme 20% in einem Jahr)	nein	nein	nein	nein	nein
HSK aufstellen nach § 76 (1) Nr. 2 GO (Abnahme 5% in zwei aufeinanderfolgenden Jahren)	nein	nein	nein	nein	nein

Nach der derzeitigen Planung sind auch im Haushaltsplan 2011 die Grenzen nach § 76 Abs. 1 GO nicht überschritten, so dass kein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen ist. Der Haushaltsplan 2011 lag bei der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vor und wurde am 14. Mai 2011 öffentlich bekannt gemacht.

Vermögenslage

Nachfolgend erläutern wir den Vermögens- und Kapitalaufbau der Stadt Kaarst am 31. Dezember 2010 anhand der nach Liquiditätsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen. Innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei als kurzfristig behandelt, alle anderen — soweit nicht besonders vermerkt — als mittel- und langfristig.

VERMÖGEN	31.12.2010 TEUR	%	31.12.2009 TEUR	%	Veränderung in TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	29	0,0	37	0,0	-8	-21,6
Sachanlagen	344.842	93,3	347.245	94,5	-2.403	-0,7
Finanzanlagen	8.824	2,4	8.825	2,4	-1	0,0
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	329	0,1	112	0,1	217	193,8
Privatrechtliche Forderungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	354.024	95,8	356.219	97,0	-2.195	-0,6
Vorräte	30	0,0	61	0,0	-31	-50,8
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	6.686	1,8	5.026	1,4	1.660	33,0
Privatrechtliche Forderungen	321	0,1	905	0,2	-584	-64,5
Sonstige Vermögensgegenstände	3.607	1,0	3.212	0,9	395	12,3
Liquide Mittel	3.485	0,9	54	0,0	3.431	6.353,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	14.129	3,8	9.258	2,5	4.871	52,6
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.616	0,4	1.904	0,5	-288	-15,1
Vermögen insgesamt	369.769	100,0	367.381	100,0	2.388	0,7

Das Gesamtvermögen ist mit 95,7 % durch das Anlagevermögen geprägt (Vorjahr: 96,9 %). Dieses beinhaltet im Wesentlichen unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte in Höhe von TEUR 53.178 (Vorjahr: TEUR 54.513), bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte in Höhe von TEUR 136.858 (Vorjahr: TEUR 139.203) sowie Infrastrukturvermögen in Höhe von TEUR 133.472 (Vorjahr: 136.288).

Die Verringerung der Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.403 resultiert im Wesentlichen aus den Abschreibungen des laufenden Haushaltsjahres in Höhe von TEUR 7.872 während Investitionen in Höhe von TEUR 6.889 getätigt wurden und der Umbuchung von zum Verkauf bestimmten Grundstücken von TEUR 1.339 in das Umlaufvermögen.

Die Finanzanlagen beinhalten im Wesentlichen Anteile an der Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe TEUR 7.556.

Das kurzfristig gebundene Vermögen beinhaltet hauptsächlich neben den öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen die sonstigen Vermögensgegenständen und die Liquiden Mittel. Die Forderungen setzen sich im Wesentlichen aus, Steuerforderungen in Höhe von TEUR 5.196 (Vorjahr: TEUR 4.218), Forderungen aus Transferleistungen von TEUR 623 (Vorjahr TEUR 160) und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von TEUR 557 (Vorjahr: TEUR 354) zusammen. Der Ansatz der Forderungen berücksichtigt Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 4.757 (Vorjahr: TEUR 4.008). Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden zum Verkauf bestimmte Grundstücke von TEUR 2.546 (Vorjahr: TEUR 2.263) ausgewiesen.

Die liquiden Mittel erhöhten sich im Berichtsjahr um TEUR 3.431 auf TEUR 3.485 (Vorjahr: TEUR 54).

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung in	
KAPITAL	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Allgemeine Rücklage	136.913	37,0	136.913	37,2	0	0,0
Ausgleichsrücklage	8.305	2,3	13.897	3,8	-5.592	-40,2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.241	0,6	-5.592	-1,5	7.833	-140,1
Bilanzielles Eigenkapital	147.459	39,9	145.218	39,5	2.241	1,5
Sonderposten	148.815	40,2	151.960	41,4	-3.145	-2,1
Wirtschaftliches Eigenkapital	296.274	80,1	297.178	80,9	-904	-0,3
Sonderposten (Gebührenausgleich, sonstige)	476	0,1	144	0,0	332	230,6
Langfristige Rückstellungen	44.452	12,0	42.587	11,6	1.865	4,4
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten aus Krediten	5.738	1,6	6.093	1,6	-355	-5,8
Übrige mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	729	0,2	729	0,2	0	0,0
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	51.395	13,9	49.553	13,4	1.842	3,7
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	2.082	0,6	2.251	0,6	-169	-7,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Krediten	351	0,1	3.169	0,9	-2.818	-88,9
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	14.250	3,8	9.892	2,7	4.358	44,1
Kurzfristiges Fremdkapital	16.683	4,5	15.312	4,2	1.371	9,0
Passive Rechnungsabgrenzung	5.417	1,5	5.338	1,5	79	1,5
Kapital insgesamt	369.769	100,0	367.381	100,0	2.388	0,7

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt insgesamt TEUR 296.274 (Vorjahr: TEUR 297.178), das entspricht 80,1 % (Vorjahr: 80,9 %) der Bilanzsumme. Die Verringerung beruht auf dem Rückgang der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge um TEUR 3.145 auf TEUR 148.815. Wesentlich für diese Verringerung der Sonderposten ist die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten von TEUR 4.300 bei Einstellungen in den Sonderposten von TEUR 1.166.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital in Höhe von TEUR 51.395 (Vorjahr: TEUR 49.553) beinhaltet im Wesentlichen langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von TEUR 38.913 (Vorjahr: TEUR 37.596), Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von TEUR 2.933 (Vorjahr: TEUR 2.693), Rückstellungen für Altersteilzeit von TEUR 1.645 (Vorjahr: TEUR 1.562) und Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen. Die Erhöhung des mittel- und langfristigen

Fremdkapitals um TEUR 1.842 ist vor allem auf den Anstieg der Pensions- und Beihilferückstellungen um TEUR 1.317, der Instandhaltungsrückstellungen um TEUR 240 und der Rückstellungen nach § 107 b BeamtVG um TEUR 225 zurückzuführen.

Das kurzfristige Fremdkapital erhöhte sich um TEUR 1.371 auf TEUR 16.683. Die Entwicklung ist hauptsächlich auf die Erhöhung noch nicht verwendeter Investitionszuschüsse um TEUR 1.136 (u. a. für die Schulturnhalle), Schulpauschalen um TEUR 1.005 und allgemeiner Investitionspauschalen um TEUR 1.025 zurückzuführen, während sich die kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten um TEUR 2.818 auf TEUR 351 verringerten. Eine Kreditverbindlichkeit zur Liquiditätssicherung bestand nicht mehr (Vorjahr: TEUR 2.757).

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet hautsächlich Friedhofsgebühren, die jährlich ertragswirksam aufgelöst werden.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen, Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) und Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, haben sich im Jahr 2010 wie folgt entwickelt:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR	Veränderung TEUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen			
vom privaten Bereich	6.053	6.449	-396
vom öffentlichen Bereich	35	55	-20
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0	2.757	-2.757
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	1	0	1
	6.089	9.261	-3.172

Die Stadt Kaarst hat 2010 die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten, Liquiditätssicherung (Kassenkredite) und Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen um TEUR 3.172 verringern können. Neue Kredite wurden nicht aufgenommen. Kassenkredite konnten nach § 5 der Haushaltssatzung 2010 in Höhe von TEUR 20.000 aufgenommen werden. Dieser Höchstbetrag wurde im Jahr 2010 nicht überschritten.

Finanzlage

Deckungsverhältnisse

	31.12.2010 TEUR	%	31.12.2009 TEUR	%
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	354.024		356.219	
Deckung durch:				
Eigenkapital	147.459	41,7	145.218	40,8
Sonderposten	148.815	42,0	151.960	42,6
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	51.395	14,5	49.553	13,9
Kurzfristiges Fremdkapital	6.355	1,8	9.488	2,7
	354.024	100,0	356.219	100,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	15.745		11.162	
Deckung durch:				
Kurzfristiges Fremdkapital einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	15.745	100,0	11.162	100,0

Die vorstehende Tabelle gibt die Deckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital und das mittel- und langfristige und kurzfristige Fremdkapital sowie der Umlaufwerte durch das kurzfristige Fremdkapital wieder.

Die Deckung des Anlagevermögens ist ein grober Maßstab für die Stabilität der Stadt Kaarst. Durch die Abbildung des Verhältnisses von langfristig gebundenem Vermögen zu mittel- oder langfristig zur Verfügung stehendem Kapital wird die Fristenkongruenz der Finanzierung des Anlagevermögens beurteilt. Bei der Stadt Kaarst beträgt die Deckung des Anlagevermögens durch das mittel- und langfristig gebundene Kapital 98,2 %.

Liquiditätsstatus (Zahlungsbereitschaft)

(U = Unterdeckung / Üb = Überdeckung)

	31.12.2010 TEUR		31.12.2009 TEUR	
Kurzfristiges Fremdkapital		-16.683		-15.312
Flüssige Mittel		3.485		54
Unmittelbare Liquidität	U	-13.198	U	-15.258
Kurzfristige Forderungen		10.614		9.143
Einzugsbedingte Liquidität	U	-2.584	U	-6.115
Vorräte		30		61
Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das gesamte Umlaufvermögen	U	-2.554	U	-6.054

Die Unterdeckung hat sich im Berichtsjahr auf TEUR 2.554 vermindert.

Die Liquiditätsergebnisse aus der Finanzplanung aus dem Haushaltsplan 2011 für die Jahre 2011 bis 2014 zeigen, dass die Stadt Kaarst demnach aus der Verwaltungstätigkeit keine freie Liquidität zur Verfügung hätte.

	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR	Summe TEUR
Liquiditätsergebnis der Verwaltungstätigkeit	-5.011	-1.925	97	2.202	-4.637
Planmäßige Tilgung (ohne Umschuldung)	-579	-488	-476	-484	-2.027
Freie Liquidität	-5.590	-2.413	-379	1.718	-6.664

Auf Grundlage der geplanten Grundstücksveräußerungen und der für die geplanten Investitionen vorgesehenen Darlehensaufnahmen ergibt sich für das Haushaltsjahr 2014 ein Bestand an liquiden Mitteln von TEUR 2.977.

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
1	**Gebäude und bauliche Anlagen**	
1.01	Abwasserhebeanlagen (baulicher Teil)	35
1.02	Abwasserkanäle	70
1.03	Abwasserreinigungsanlagen (biologische Stufe, baulicher Teil)	35
1.04	Abwasserreinigungsanlagen (mechanische Stufe, baulicher Teil)	35
1.05	Auslaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (Bauwerke)	33
1.06	Badeanstalten, künstlich angelegte Badebecken	35
1.07	Badehallen, -häuser, -kabinen (massiv)	50
1.08	Badehallen, -häuser, -kabinen (teilmassiv)	40
1.09	Badekabinen (Holzkonstruktion)	17
1.10	Baracken	16
1.11	Baubuden	8
1.12	Behelfsbauten	5
1.13	Betonschleusen	50
1.14	Deiche	100
1.15	Einkaufsmärkte	40
1.16	Einlaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (Bauwerke)	35
1.17	Eislaufhallen	25
1.18	Feuerwehrgerätehäuser (massiv)	55
1.19	Feuerwehrgerätehäuser (teilmassiv)	40
1.20	Friedhofskapellen	80
1.21	Garagen massiv	70
1.22	Garagen teilmassiv	30
1.23	Gebäude, Verwaltungs-	65
1.24	Gebäude, Ausstellungs-	45
1.25	Gebäude, Bank-	65
1.26	Gebäude, Funktions- für Sportanlagen (Sozialgebäude, Umkleidekabinen,...)	50
1.27	Gebäude, Gerichts-	70
1.28	Gebäude, Industrie-, Werkstätten (mit und ohne Sozialtrakt)	50
1.29	Gebäude, Lager	50
1.30	Gemeindezentren, Bürgerhäuser	60
1.31	Grundstücksanschlusskanäle	70
1.32	Hallen (in Leichtbauweise)	14
1.33	Hallen (massiv)	25
1.34	Hallen, landwirtschaftliche Mehrzweck-, Scheunen	40
1.35	Hallen, Tennis-, Turn- und Sport-	40
1.36	Hallen, Reit- und Pferdeställe	30
1.37	Hallenbäder	55
1.38	Häuser, Einfamilien-, Wohn- (freistehend)	80
1.39	Häuser, Reihen-	80
1.40	Häuser, Kranken-	50
1.41	Häuser, Mehrfamilien-, Wohn-	70
1.42	Häuser, Wohn- und Geschäfts-, gemischt genutzt (1/3 Gewerbe, 2/3 Wohn)	70
1.43	Heime, Personal- und Schwestern-, Alten-	60
1.44	Hochschulen, Universitäten	70
1.45	Holzschleusen	25
1.46	Hotels	60
1.47	Kauf- und Warenhäuser	50
1.48	Kindergärten, Kindertagesstätten	65
1.49	Kirchen, Stadt- und Dorf-, Kapelle	70
1.50	Kläranlagen mit Zu- und Ableitung	20
1.51	Krematorien (ohne Einäscherungsöfen)	55
1.52	Kühlhallen	20
1.53	Kur- und Heilbäder	70
1.54	Laderampen	25
1.55	Lagergebäude massiv	50

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
1.56	Lagergebäude teilmassiv	30
1.57	Leichenhallen	70
1.58	Markthallen (Holzkonstruktion)	17
1.59	Markthallen (massiv)	50
1.60	Markthallen (teilmassiv)	40
1.61	Parkhäuser, Tiefgaragen	50
1.62	Pumpenhäuser	20
1.63	Rettungswachen	50
1.64	Rollschuhbahnen	25
1.65	Saalbauten, Veranstaltungszentren	70
1.66	Schalthäuser	20
1.67	Schornsteine (aus Metall)	10
1.68	Schornsteine (Mauerwerk oder Beton)	33
1.69	Schulen und Berufsschulen	*
1.70	Schuppen	16
1.71	Schwimmbecken mit Sprungturm (massiv)	37
1.72	Silobauten (Beton)	33
1.73	Silobauten (Kunststoff)	17
1.74	Silobauten (Stahl)	25
1.75	Sporthafen	45
1.76	Sporthallen (Holzkonstruktion)	22
1.77	Squash-, Tennishallen	22
1.78	Stadiontribüne	17
1.79	Stahlschleusen	40
1.80	Straßenabläufe einschl. Anschlusskanäle	45
1.81	Tiefgaragen (siehe Parkhäuser)	50
1.82	Trafostationshäuser	20
1.83	Traglufthallen	10
1.84	Transformatoren- und Schalthäuser	20
1.85	Trauerhallen	80
1.86	Tunnelanlagen	45
1.87	Vereins-, Jugendheime, Tagesstätten	60
1.88	Wassertürme	40
1.89	Wohnbaracken	8
2	**Straßen, Wege, Plätze (Grundstückseinrichtungen)**	
2.01	Barrieren (Sportplätze)	22
2.02	Betonmauer	20
2.03	Bolzplätze (rote Erde)	10
2.04	Brücken (Holzkonstruktion)	17
2.05	Brücken (Mauerwerk oder Beton)	65
2.06	Brücken (Stahlkonstruktion)	65
2.07	Brunnen	20
2.08	Drahtzaun	17
2.09	Drainagen (aus Beton oder Mauerwerk)	33
2.10	Drainagen (aus Ton oder Kunststoff)	13
2.11	Fahrradständer (mobil)	10
2.12	Fahrradständer (offen)	11
2.13	Fahrradständer (überdacht)	17
2.14	Gewässer naturnah ausgebaut (Renaturierung)	50
2.15	Golfplätze	20
2.16	Grünanlagen	15
2.17	Hofbefestigungen (in Kies, Schotter, Schlacken)	9
2.18	Hofbefestigungen (mit Packlage)	19
2.19	Holzzaun	5
2.20	Kleinspielplätze	11
2.21	Kompostplätze Deponie	9

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
2.22	Kompostplätze Grünflächen	22
2.23	Landungsbrücken und -stege	22
2.24	Löschwasserteiche	20
2.25	Offene Gräben (soweit Bestandteil der kommunalen Entwässerung)	22
2.26	Orientierungssysteme	10
2.27	Parkplätze (in Kies, Schotter, Schlacken)	9
2.28	Parkplätze (mit Packlage)	19
2.29	Pflastersteinwege	13
2.30	Plattenwege	13
2.31	Poller (Straßenverkehr)	9
2.32	Schilderbrücken	10
2.33	Spielplätze	13
2.34	Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	22
2.35	Straßen (Anliegerstraßen und Plätze ohne Straßenverkehr)	50
2.36	Straßen (Hauptverkehrsstraßen)	50
2.37	Straßen (Parkflächen - Straßenverkehr)	50
2.38	Straßen (Sammelstraßen mit Straßenverkehr)	50
2.39	Tank- und Waschplatz	17
2.40	Wasserspeicher	20
2.41	Wege und Plätze (unbefestigt)	5
2.42	Wege und Plätze (aus Asphalt)	20
2.43	Wege und Plätze (aus Beton)	45
2.44	Wege und Plätze (aus Verbundsteinpflaster)	13
2.45	Wege und Plätze (wassergebunden)	17
2.46	Wehre (maschinelle Einrichtungen)	20
2.47	Ziegelmauer	18
3	**Technische Anlagen (Betriebsanlagen)**	
3.01	Abfüllanlagen (sonstige)	10
3.02	Abfüllanlagen (vollautomatisch)	7
3.03	Abgasmessgeräte (für Kfz)	8
3.04	Abgasmessgeräte (sonstige)	8
3.05	Abwasserhebeanlagen (maschineller Teil, Schneckenpumpen)	17
3.06	Abwasserhebeanlagen (maschineller Teil, sonstige Pumpen)	9
3.07	Abwasserreinigungsanlagen (biologische Stufe, maschineller Teil der Belebungsanlage mit Druckbelüftung)	14
3.08	Abwasserreinigungsanlagen (biologische Stufe, maschineller Teil der Belebungsanlage mit Oberflächenbelüfter)	12
3.09	Abwasserreinigungsanlagen (biologische Stufe, maschineller Teil des Nachklärbeckens)	13
3.10	Abwasserreinigungsanlagen (biologische Stufe, maschineller Teil der Tropfkörperanlage)	22
3.11	Abwasserreinigungsanlagen (mechanische Stufe, maschineller Teil des Absetzbeckens)	13
3.12	Abwasserreinigungsanlagen (mechanische Stufe, maschineller Teil des Sandfanges)	9
3.13	Abwasserreinigungsanlagen (Schaltwerte, elektrischer Teil)	12
3.14	Abwasserreinigungsanlagen, mechanische Stufe, maschineller Teil der Rechenanlage)	11
3.15	Abzugsvorrichtungen	14
3.16	Akkumulatoren	10
3.17	Alarmanlagen	11
3.18	Alarmgeber (Rettungsdienst)	5
3.19	Antennenmasten (mobil)	5
3.20	Antennenmasten (stationär)	10
3.21	Arbeitsbühnen (mobil)	11
3.22	Arbeitsbühnen (stationär)	15
3.23	Aufzüge (mobil)	11
3.24	Aufzüge (stationär)	15
3.25	Auslaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (maschinelle Einrichtungen)	20
3.26	Autowaschstraßen	10
3.27	Bahnkörper (nach gesetzlichen Vorschriften)	33

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
3.28	Bahnkörper (sonstige)	15
3.29	Baucontainer	10
3.30	Beleuchtungsanlagen	25
3.31	Beschallungsanlagen	12
3.32	Betriebsfunkanlagen	11
3.33	Blockheizkraftwerke	10
3.34	Brandmeldeanlage	10
3.35	Brennstofftanks	25
3.36	Brückenwaagen	20
3.37	Buchförderanlage	15
3.38	Bürocontainer	10
3.39	Dampferzeugung	15
3.40	Dampfkessel	15
3.41	Dampfmaschinen	15
3.42	Dampfturbinen	19
3.43	Dampfversorgungsleitungen	17
3.44	Drehscheiben (nach gesetzlichen Vorschriften)	33
3.45	Drehscheiben (sonstige)	15
3.46	Druckkessel	15
3.47	Druckluftanlagen (mobil)	5
3.48	Druckluftanlagen (stationär)	12
3.49	Druckrohrleitungen für Abwässer	35
3.50	Druckrohrleitungen für Sickerwasser	17
3.51	Druckwasserkessel	15
3.52	Einlaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (maschinelle Einrichtungen)	20
3.53	Elevatoren	14
3.54	Emissionsmessgeräte (für Kfz)	8
3.55	Emissionsmessgeräte (sonstige)	8
3.56	Entstaubungsvorrichtungen	14
3.57	Fernmeldekabeltrassen (Rohre, Schächte)	20
3.58	Förderbänder	14
3.59	Förderschnecken	14
3.60	Freileitungen für Strom	22
3.61	Funkanlagen	11
3.62	Funknetzanbindung	11
3.63	Gasleitungen	42
3.64	Gaststätteneinbauten	8
3.65	Gerüste (mobil)	11
3.66	Gerüste (stationär)	15
3.67	Gleichrichter	19
3.68	Gleisanlagen (nach gesetzlichen Vorschriften)	33
3.69	Gleisanlagen (sonstige)	15
3.70	Gleiseinrichtungen	27
3.71	Hängebahnen	14
3.72	Hebebühnen (mobil)	11
3.73	Hebebühnen (stationär)	15
3.74	Heißluftanlagen	14
3.75	Heizkanäle	45
3.76	Hochregallager (automatisiert)	15
3.77	Hochregallager (herkömmliche Bauweise)	15
3.78	Hublifte (mobil)	11
3.79	Hublifte (stationär)	15
3.80	Kabelleitungen	37
3.81	Kabelleitungen (erdverlegt)	37
3.82	Kabelnetz für Telekommunikationsanlagen	22
3.83	Kälteanlagen	14
3.84	Kläranlage Kompostwerk	22
3.85	Klimaanlagen	9

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
3.86	Kompressoren	14
3.87	Kraft-Wärmekopplungsanlagen (Blockheizkraftwerke)	10
3.88	Krananlagen (ortsfest oder auf Schienen)	21
3.89	Krananlagen (sonstige)	14
3.90	Ladeaggregate	19
3.91	Ladeneinbauten	8
3.92	Lichtreklame	9
3.93	Lichtsignalanlagen	17
3.94	Marmorkiesreaktor (Chloranlage)	11
3.95	Martinshornanlage	9
3.96	Maschinelle Einrichtungen der kommunalen Entwässerung, Dauer- und Schneckenpumpen	17
3.97	Maschinelle Einrichtungen der kommunalen Entwässerung, sonstige Pumpen	10
3.98	Maschinentechnik Kompostwerk	11
3.99	Materialprüfgeräte	10
3.100	Mediensicherungsanlage	11
3.101	Mess- und Regeleinrichtungen (allgemein)	18
3.102	Messeinrichtungen (allgemein)	18
3.103	Notrufanlage Leitstelle	9
3.104	Notstromaggregate	19
3.105	Ozonmessstation	11
3.106	Parkleitsystem	12
3.107	Pausensignalanlagen	11
3.108	Photovoltaikanlagen	20
3.109	Plattenbänder	14
3.110	Portalwaschanlagen	10
3.111	Pumpwerk für Sickerwasserbehandlungsanlage (Deponie)	17
3.112	Rollenbahnen	14
3.113	Rückgewinnungsanlagen	10
3.114	Schaufensteranlagen	8
3.115	Schaukästen	9
3.116	Schlammbehandlung (Eindicker, maschineller Teil)	13
3.117	Schlammbehandlung (Faulräume, maschineller Teil)	12
3.118	Schlammbehandlung (Gasspeicherung und -verwertung, Gasmaschinenanlagen)	22
3.119	Schlammbehandlung (maschinelle Schlammentwässerung)	12
3.120	Schlammbehandlung (natürliche Schlammentwässerung)	35
3.121	Schlauchwaschstraße	9
3.122	Schmierstofftankanlagen	14
3.123	Schmierstoffzapfanlagen	14
3.124	Schrankenanlage (elektrisch betrieben)	17
3.125	Schrankenanlage (handbetrieben)	22
3.126	Signalanlagen (nach gesetzlichen Vorschriften)	33
3.127	Signalanlagen (sonstige)	15
3.128	Solaranlagen	10
3.129	Sonstige maschinelle Einrichtungen der kommunalen Entwässerung, z.B. Schieber, Regel	25
3.130	Speisewasseraufbereitungsanlagen	12
3.131	Stromgeneratoren	19
3.132	Stromumformer	19
3.133	Stromversorgungsleitungen	22
3.134	Stromverteileranlagen (Märkte)	11
3.135	Telekommunikationseinrichtungen	15
3.136	Transportbänder	14
3.137	Transportcontainer	10
3.138	Treibstofftankanlagen	14
3.139	Treibstoffzapfanlagen	14
3.140	Überwachungsanlagen	11
3.141	Ultraschallgeräte (nicht medizinisch)	10
3.142	Umweltmeßstation	11

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
3.143	Ventilatoren	14
3.144	Verkehrsrechner (Verkehrsleitsystem)	12
3.145	Vermessungsgeräte (elektronisch)	8
3.146	Vermessungsgeräte (mechanisch)	12
3.147	Versorgungsleitungen, Sickerwasserbehandlungsanlage	17
3.148	Videoanlagen	7
3.149	Wärmetauscher	15
3.150	Wasseraufbereitungsanlagen	12
3.151	Wasserenthärtungsanlagen	12
3.152	Wasserkessel	15
3.153	Wasserreinigungsanlagen	11
3.154	Weichen (nach gesetzlichen Vorschriften)	33
3.155	Weichen (sonstige)	15
3.156	Winden (mobil)	11
3.157	Winden (stationär)	15
3.158	Windkraftanlagen	16
3.159	Wohncontainer	10
4	**Maschinen und Geräte, Betriebsausstattung**	
4.01	Abfallbehälter und -körbe	11
4.02	Abkantmaschinen	13
4.03	Abrichtmaschinen	13
4.04	Anleimmaschinen	13
4.05	Anspitzmaschinen	13
4.06	Arbeitszelte	6
4.07	Atemschutzgerät	9
4.08	Atmungsgeräte	6
4.09	Ätzmaschinen	13
4.10	Bädereinrichtungen	11
4.11	Bahrwagen	11
4.12	Banderoliermaschinen	8
4.13	Bänke aus Holz	9
4.14	Bänke aus Metall oder Kunststoff	22
4.15	Bänke aus Stein, Mauerwerk	35
4.16	Bauentfeuchtungsgeräte	5
4.17	Bautrocknungsgeräte	5
4.18	Beckeneinstiegsleitern	22
4.19	Beckenreiniger	11
4.20	Belüftungsgeräte (mobil)	10
4.21	Beschichtungsmaschinen	13
4.22	Bestuhlung von Trauerhallen	22
4.23	Betonkleinmischer	6
4.24	Biegemaschinen	13
4.25	Bohnermaschinen	8
4.26	Bohrhämmer	7
4.27	Bohrmaschinen (mit CNC/NC)	7
4.28	Bohrmaschinen (mobil)	8
4.29	Bohrmaschinen (ohne CNC/NC)	8
4.30	Bohrmaschinen (stationär)	16
4.31	Bühnenausstattung	17
4.32	Bühnenbeleuchtungs-Stellwerk	22
4.33	Bühnenpodium (versenkbar)	17
4.34	Bühnenzubehör	22
4.35	Bürgersteigkehrmaschinen	9
4.36	Bürstmaschinen	10
4.37	Dachkanthefter/Heftmaschinen (Druckerei)	8
4.38	Dampfhochdruckreiniger	9

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
4.39	Datensicherungssysteme	4
4.40	Desinfektionsgeräte	10
4.41	Direktbelichtungssysteme (für Offsetdruckplatten)	5
4.42	Drehbänke	16
4.43	Druckmaschinen	14
4.44	Eloxiermaschinen	13
4.45	Entfettungsmaschinen	13
4.46	Entgratmaschinen	13
4.47	Entlüftungsgeräte (mobil)	10
4.48	Entwicklungströge	6
4.49	Erodiermaschinen	13
4.50	Erste-Hilfe-Puppen	6
4.51	Etikettiermaschinen	13
4.52	Fahrkartenverkaufsautomat	10
4.53	Fahrkartenentwerter	10
4.54	Falzmaschinen	13
4.55	Färbmaschinen	13
4.56	Feilmaschinen	13
4.57	Fettabscheider	5
4.58	Feuerlöschgeräte	8
4.59	Feuerwehrleitern (mechanisch)	17
4.60	Feuerwehrschutzanzug (Gas-Säure-Kontaminations-Schutzanzug)	3
4.61	Filmentwicklungsgerät/-maschine (Druckerei)	10
4.62	Filmschneidegerät (Druckerei)	8
4.63	Folienschweißgeräte	13
4.64	Fräsmaschinen (mobil)	8
4.65	Fräsmaschinen (stationär)	15
4.66	Friedhofsbagger	9
4.67	Friedhofskreuze	22
4.68	Funkenerosionsmaschinen	7
4.69	Galvanisiermaschinen	13
4.70	Gießmaschinen	13
4.71	Graviermaschinen	13
4.72	Handkehrmaschinen	6
4.73	Härtemaschinen	13
4.74	Hartplatzpflegegerät	6
4.75	Heftmaschinen	13
4.76	Hobelmaschinen (mobil)	9
4.77	Hobelmaschinen (stationär)	16
4.78	Hubkorb, -steiger	11
4.79	Kanalleuchte mit Anschluss	9
4.80	Kanalrohrfräse	6
4.81	Kapellenausstattung	45
4.82	Kehrmaschinen (selbstaufnehmend)	9
4.83	Kehrrichtkarren	11
4.84	Kommunikationssysteme	10
4.85	Kraftfahrdrehleiter	17
4.86	Krankentragen mit Fahrgestell	8
4.87	Kranztransportwagen	9
4.88	Kücheneinrichtung	12
4.89	Küchengeräte	10
4.90	Lackiermaschinen	13
4.91	Lagerbehälter für Treibstoffe, Altöl etc. (oberirdisch)	25
4.92	Leitpfostenwaschgerät	9
4.93	Leuchttisch (Druckerei)	6
4.94	Lochmaschine (Druckerei)	8
4.95	Lötgeräte	13
4.96	Magnetabscheider	6

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
4.97	Mähgeräte ((Aufsitz-) Rasen-, Sichel-, Spindel-, Balken-, Kreisel-, Frontauslagemäher usw.)	9
4.98	Markierungsmaschine	22
4.99	Maskendichtprüfgerät	11
4.100	Medizinisch-technische Geräte (Analyse-, Destillier-, Inhalations-, Mikroskope, Röntgen-, Ultraschallgeräte, Zentrifuge)	9
4.101	Messgeräte (Abwasser)	11
4.102	Mülltonnen	11
4.103	Mülltonneninstandhaltungsgerät	17
4.104	Mülltonnentransportkarren	11
4.105	Münzgeräte (z.B. zu Kopierer)	7
4.106	Nassabscheider	5
4.107	Netzwerkserver	4
4.108	Nietmaschinen	13
4.109	Paginiermaschinen	8
4.110	Parkscheinautomat	11
4.111	Parkuhren	17
4.112	Perforiergerät	4
4.113	Poliermaschinen (mobil)	5
4.114	Poliermaschinen (stationär)	13
4.115	Praxis- / Krankenhauseinrichtungen (Röntgenbildbetrachter, Gymnastikgeräte, Gehstützen, Krankentragen, -fahrstühle, Untersuchungstisch)	12
4.116	Pressen	14
4.117	Presslufthämmer	7
4.118	Registerstanze (Druckerei)	8
4.119	Reproduktionskameras (Druckerei)	6
4.120	Rüttelmaschine/Schüttelmaschine (Druckerei)	8
4.121	Rüttelplatten	11
4.122	Sägen aller Art (mobil); Kettensäge	8
4.123	Sägen aller Art (stationär)	14
4.124	Salzstreuer für den Winterdienst	9
4.125	Sandstrahlgebläse	9
4.126	Sandstreuer für den Winterdienst	9
4.127	Sargversenk- und Hebeanlagen (stationär)	22
4.128	Sargversenk- und Hebeanlagen (transportabel)	11
4.129	Sauerstoff-Schutzgerät	11
4.130	Saugschläuche	9
4.131	Schallpegelmesser	8
4.132	Scheren (mobil)	8
4.133	Scheren (stationär)	13
4.134	Schiebeleiter	11
4.135	Schlammbehandlung, Gasspeicherung und -verwertung, Gasbehälter	18
4.136	Schleifmaschinen (mobil)	8
4.137	Schleifmaschinen (stationär)	15
4.138	Schneeräumschild	11
4.139	Schneidemaschinen (mobil)	8
4.140	Schneidemaschinen (stationär)	13
4.141	Schneidgerät (Druckerei)	8
4.142	Schweißgeräte	13
4.143	Schredder	6
4.144	Skelett, Torso, Demonstrationspuppe	12
4.145	Software (Betriebssysteme und Netzwerk) siehe auch unter 5. !	4
4.146	Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.)	9
4.147	Sportgeräte (Fitness- und Turngeräte)	12
4.148	Spritzgussmaschinen	13
4.149	Sprungbrett (Schwimmbad)	11
4.150	Sprungeinrichtungen in Frei- und Hallenbädern	17
4.151	Stampfer	11
4.152	Stanzen	14

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
4.153	Stauchmaschinen	10
4.154	Stempelmaschinen	8
4.155	Straßenfräse	6
4.156	Straßenkehrmaschine	9
4.157	Straßenschilder	22
4.158	Streuautomaten für den Winterdienst	9
4.159	Streugutbehälter, -kästen	17
4.160	Teerkocher, -spritze	12
4.161	Thermobinder/Klebebindemaschinen (Druckerei)	8
4.162	Trennmaschinen (mobil)	7
4.163	Trennmaschinen (stationär)	10
4.164	Trockengeräte (z.B. Folientrockner)	7
4.165	Verkehrsüberwachungsgeräte (mobil)	5
4.166	Verpackungsmaschinen	13
4.167	Vorbaukehrmaschinen	6
4.168	Werkzeuge	9
4.169	Winterdienstgeräte (allgemein)	9
4.170	Zusammentragmaschinen	12
5	**Büro- und Geschäftsausstattung (einschl. Software)**	
5.01	Adressiermaschinen	8
5.02	Aktenvernichter	9
5.03	Audiogeräte	8
5.04	Autotelefone	5
5.05	Banksysteme	13
5.06	Beamer; Videobeamer	7
5.07	Bepflanzungen in Gebäuden	10
5.08	Bibliotheksmöbel	13
5.09	Bildschirme	4
5.10	Brief- und Paketwaagen	12
5.11	Büchereiregalsystem für Präsenzbestand	15
5.12	Büromaschinen (z.B. Rechenmaschinen, Brieföffner usw.)	9
5.13	Büromöbel	16
5.14	Cassettenrecorder	7
5.15	CD-Player	7
5.16	Data-Display	5
5.17	Datensichtgeräte	9
5.18	Dia-Projektor	8
5.19	Drucker	4
5.20	DVD Player	7
5.21	Faxgeräte	6
5.22	Fernseher	8
5.23	Fernsprechnebenstellenanlagen (ISDN-Anlage)	10
5.24	Filmgeräte	7
5.25	Flipcharts	8
5.26	Fotogeräte	7
5.27	Frankiermaschinen	8
5.28	Funksprechgerät/Handfunksprechgerät	8
5.29	Garderobenausstattung	15
5.30	Glasvitrinen	10
5.31	Großrechner	7
5.32	Handy	5
5.33	Kameras (Wärmebild- / Spezial- / Digital / Polaroid-)	7
5.34	Klimageräte (mobil)	11
5.35	Kommunikationsendgeräte (allgemein)	8
5.36	Kopiergeräte	7
5.37	Kuvertiermaschinen	8

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
5.38	Laboreinrichtungen	14
5.39	Ladeneinrichtungen	8
5.40	Lagereinrichtungen	14
5.41	Laptops	4
5.42	Laubbläser / Laubsauger	5
5.43	Lautsprecher	7
5.44	Lehr- und Lernmaterial	4
5.45	Leinwände	9
5.46	Lesegeräte	8
5.47	Magnetwand	8
5.48	Metaplantafel	8
5.49	Mobilfunkendgeräte	5
5.50	Notebooks	4
5.51	Overheadprojektoren	8
5.52	Panzerschränke	26
5.53	Peripheriegeräte (Drucker, Scanner, u.ä.)	4
5.54	Personalcomputer	4
5.55	Pinnwand	8
5.56	Plotter	3
5.57	Präsentationsgeräte	8
5.58	Projektionsgeräte	10
5.59	Projektionswände (mobil)	8
5.60	Projektoren	8
5.61	Radios	7
5.62	Räumgeräte	9
5.63	Raumheizgeräte (mobil)	9
5.64	Recorder	7
5.65	Regalsystem einer Handbibliothek	15
5.66	Registrierkassen	7
5.67	Reißwölfe	8
5.68	Rohrpostanlagen	10
5.69	Scanner (u. ä. Peripheriegeräte)	4
5.70	Schreibmaschinen	9
5.71	Software (Anwendungen Spezial)	7
5.72	Software (Anwendungen Standard)	5
5.73	Software (Betriebssysteme und Netzwerk)	5
5.74	Stahlregal	10
5.75	Stahlschränke	17
5.76	Stellwände	20
5.77	Tafeln	21
5.78	Teppiche (hochwertige ab 1.000 DM/qm = 500 EUR/qm)	15
5.79	Teppiche (normale)	8
5.80	Textendeinrichtungen	6
5.81	Tresoranlagen	25
5.82	Tresore	26
5.83	Verkehrszählungsgeräte (Zählgeräte, Zählplatten)	8
5.84	Verstärker	7
5.85	Vervielfältigungsgeräte	7
5.86	Videogeräte	8
5.87	Vitrinen	9
5.88	Wandtafeln, Leinwände in Schulen	25
5.89	Werkstatteinrichtungen	14
5.90	Workstations	4
5.91	Zeichengeräte (elektronisch)	8
5.92	Zeichengeräte (mechanisch)	14
5.93	Zeiterfassungsgeräte	9

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
6	**Fahrzeuge**	
6.01	Anhänger	11
6.02	Auflieger	11
6.03	Barkassen	20
6.04	Bauwagen	12
6.05	Bulldog	12
6.06	Drehflügler	19
6.07	Einsatzleitwagen	13
6.08	Elektrokarren	8
6.09	Fahrräder	7
6.10	Fäkalienwagen	9
6.11	Feuerwehrfahrzeuge, Feuerlöschfahrzeug	9
6.12	Flugzeuge (unter 20 t höchstzulässigem Fluggewicht)	21
6.13	Heißluftballone	5
6.14	Hochdruckspülwagen	9
6.15	Hochgeschwindigkeitszüge	25
6.16	Hubschrauber	19
6.17	Hubwagen	9
6.18	Kesselwagen	25
6.19	Kipper	9
6.20	Kleintraktoren	9
6.21	Kleintransporter	10
6.22	Kombiwagen	7
6.23	Kraftfahrdrehleiter	11
6.24	Krankentransportwagen, -fahrzeuge	6
6.25	Lastkraftwagen	9
6.26	Lokomotiven	25
6.27	Loren	25
6.28	Luftschiffe	8
6.29	Mannschaftstransportfahrzeuge	9
6.30	Motorräder	7
6.31	Motorroller	7
6.32	Müllentsorgungsfahrzeug	7
6.33	Müllverdichter/Radlader	9
6.34	Notarzteinsatzwagen	6
6.35	Omnibusse	9
6.36	Personenkraftwagen	7
6.37	Pontons	30
6.38	Reiseomnibusse	6
6.39	Rettungsboot	11
6.40	Rettungsfahrzeuge	6
6.41	Rettungstransportwagen	6
6.42	Sattelschlepper	9
6.43	Schadstoffmobil (LKW)	7
6.44	Schlammsaugewagen	9
6.45	Schlepper	12
6.46	Segelyachten	20
6.47	Sinkkastenreinigungswagen	8
6.48	Spezialwagen	25
6.49	Stapler	8
6.50	Straßenablaufreinigungswagen	8
6.51	Streufahrzeuge	9
6.52	Traktoren	12
6.53	Waggons, Gelenkwagen-Waggons	25
6.54	Wechselaufbauten	11
6.55	Wohnmobile, -wagen	8

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
7	**Sonstige Anlagegüter**	
7.01	Betten	15
7.02	Bierzelte	8
7.03	Brennofen (Töpferwerkstatt)	25
7.04	Buchpresse	14
7.05	Datenhallen (mobil)	15
7.06	Defibrillator	7
7.07	EC-Kartenleser	8
7.08	Einbauküchen	18
7.09	Erste-Hilfe-Kasten (Notfallkoffer)	4
7.10	Fahnenmasten	10
7.11	Fleischwaagen	7
7.12	Geldprüfgeräte	7
7.13	Geldsortiergeräte	7
7.14	Geldwechselgeräte	7
7.15	Geldzählgeräte	7
7.16	Gemüsewaagen	11
7.17	Geschirrspülmaschinen	8
7.18	Getränkeautomaten	7
7.19	Gläserspülmaschinen	8
7.20	Heißluftgebläse (mobil)	11
7.21	Hochdruckreiniger	8
7.22	Industriestaubsauger	7
7.23	Kaltluftgebläse (mobil)	11
7.24	Kartenleser	8
7.25	Kehrmaschinen	9
7.26	Kombinationsschutzräume	16
7.27	Krankenbetten	6
7.28	Kreditkartenleser	8
7.29	Kühleinrichtungen	9
7.30	Kühlschränke	10
7.31	Laborgeräte	13
7.32	Leergutautomaten	7
7.33	Leitern	18
7.34	Litfaßsäule, Werbetafel	10
7.35	Mikroskope	13
7.36	Mikrowellengeräte	8
7.37	Obstwaagen	11
7.38	Passbildautomaten	5
7.39	Pflegebetten	6
7.40	Präzisionswaagen	13
7.41	Regaleinrichtungen (allgemein)	18
7.42	Reinigungsgeräte (fahrbar)	9
7.43	Schneepflüge	10
7.44	Spielautomaten	6
7.45	Staubsauger	7
7.46	Sterilisatoren	10
7.47	Teppichreinigungsgeräte (transportabel)	7
7.48	Toilettenkabinen, -wagen	9
7.49	Unterhaltungsmusikautomaten	8
7.50	Unterhaltungsvideoautomaten	6
7.51	Verkaufsbuden, -stände	8
7.52	Verkaufstheken	10
7.53	Visitenkartenautomaten	5
7.54	Warenautomaten	5
7.55	Wäschetrockner	8

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
7.56	Waschmaschinen	10
7.57	Wasserhochdruckreiniger	8
7.58	Zentrifugen	10
7.59	Zigarettenautomaten	8
8	**Musikinstrumente, -zubehör**	
8.01	Blas- und Schlaginstrumente	12
8.02	Tasteninstrumente	17
8.03	Streichinstrumente	10
8.04	elektronisches Stimmgerät	10
8.05	Gitarrenverstärker	5
8.06	Klavierbank	20
8.07	Mikrofonanlage	5
8.08	Mixer / Verstärker	5
8.09	Orchesterpult	30

Nutzungsdauertabelle Stadt Kaarst (Ergänzungen)

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
1.02	Abwasserkanäle	70
	Blockhaus	20
1.18	Feuerwehrgerätehäuser (massiv)	55
1.35	Hallen, Tennis-, Turn- und Sport-	40
1.48	Kindergärten, Kindertagesstätten	65
	Pavillion (Leichtbauweise)	20
	Regenrückhaltebecken	40
1.69	Schulen und Berufsschulen	70
2.03	Bolzplätze (rote Erde)	10
2.11	Fahrradständer (mobil)	10
2.12	Fahrradständer (offen)	15
2.20	Kleinspielplätze	10
	Lärmschutzwall	40
2.27	Parkplätze (in Kies, Schotter, Schlacken)	9
2.28	Parkplätze (mit Packlage)	19
2.33	Spielplätze	10
	Skateanlagen (Halfpipe)	10
2.34	Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	20
2.35	Straßen (Anliegerstraßen und Plätze ohne Straßenverkehr)	50
2.36	Straßen (Hauptverkehrsstraßen)	50
2.37	Straßen (Parkflächen - Straßenverkehr)	50
2.38	Straßen (Sammelstraßen mit Straßenverkehr)	50
3.06	Abwasserhebeanlagen (maschineller Teil, sonstige Pumpen)	10
3.17	Alarmanlagen	15
3.18	Alarmgeber (Rettungsdienst)	5
	Beleuchtungsanlagen (fest)	25
3.30	Beleuchtungsanlagen (mobil)	(20)
3.33	Blockheizkraftwerke	10
	Cafeteria (Schulen)	20
	Internetverkablung incl EDV-Anlagen (Realschulen)	8
3.85	Klimaanlagen	10
3.131	Stromgeneratoren	15
3.135	Telekommunikationseinrichtungen	10
3.137	Transportcontainer (Container Hakenlifter, Kleincontainer)	10
3.145	Vermessungsgeräte (elektronisch)	8
	Atemschutzmaske	6
	Ballonleuchte	8
4.13	Bänke aus Holz	9
	Chemikalienschutzanzug	3
	Einachser (Ferrari)	10
	Einsatzbekleidung Feuerwehr	5
4.57	Fettabscheider	5
	Freischneider	10
	Grabeinfassungen	20
	Häcksler	10
	Hydraulisches Rettungssystem Feuerwehr	8
4.88	Kücheneinrichtung	12
4.89	Küchengeräte	10
4.97	Frontauslagemäher usw.)	10
	Mähgeräte	10

4.100	Medizinisch-technische Geräte (Analyse-, Destillier-, Inhalations-, Mikroskope, Röntgen-, Ultraschallgeräte, Zentrifuge) Defillibrator	10
	Motorheckenschere	10
	Pumpen / Tauchpumpen	6
	Pulversaugmaschine	8
4.122	Sägen aller Art (mobil); Kettensäge	10
	Schaumschnellangriffsgerät	10
4.145	Software (Betriebssysteme und Netzwerk) siehe auch unter 5. !	6
4.146	Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.) / mobil	10 / 5
4.147	Sportgeräte (Fitness- und Turngeräte)	12
	Strahlrohre	10
4.161	Thermobinder/Klebebindemaschinen (Druckerei)	8
	Universal-Prüfgerät für Spreizer	10
	Wärmebildkamera mit Zubehör	10
5.06	Beamer; Videobeamer	5
5.13	Büromöbel (Verwaltungsgebäude)	20
5.13	Büromöbel (Schulgebäude)	15
5.13	Büromöbel (Kindertageseinrichtungen)	15
	Kindermöbel (Kindertageseinrichtungen	10
	Möbel Hallenbad	10
	Camcorder	5
5.15	CD-Player	5
5.19	Drucker	4
	Fahnen, Flaggen, Banner	8
5.21	Faxgeräte	6
5.22	Fernseher	6
5.26	Fotogeräte	10
5.28	Funksprechgerät/Handfunksprechgerät	8
5.33	Kameras (Wärmebild- / Spezial- / Digital / Polaroid-)	10
5.34	Klimageräte (mobil)	8
5.41	Laptops	5
5.42	Laubbläser / Laubsauger	10
	Monitore TFT	4
	Navigationsgeräte	5
5.50	Notebooks	4
5.51	Overheadprojektoren	5
5.53	Peripheriegeräte (Drucker, Scanner, u.ä.)	5
5.54	Personalcomputer	5
5.71	Software (Anwendungen Spezial)	6
5.72	Software (Anwendungen Standard)	6
5.73	Software (Betriebssysteme und Netzwerk)	6
	Spielsachen (innen)	5
	sonstige BGA (pauschaliert) für Ogata	10
5.77	Tafeln	15
5.88	Wandtafeln, Leinwände in Schulen	15
5.93	Zeiterfassungsgeräte	10
6.07	Einsatzleitwagen	15
6.11	Feuerwehrfahrzeuge, Feuerlöschfahrzeug	20
	Geräteträger	10
6.23	Kraftfahrdrehleiter	20
6.29	Mannschaftstransportfahrzeuge	15
6.48	Spezialwagen / Hakenlifter	/ 12
	KFZ Kanalunterhaltung (Caddy)	8
7.06	Defibrillator	10

7.10	Fahnenmasten	10
	Gefahrstofflagerschrank / Sicherheitsschränke	15
7.17	Geschirrspülmaschinen	10
7.21	Hochdruckreiniger	10
7.29	Kühleinrichtungen	10
7.30	Kühlschränke	10
7.33	Leitern	10
7.35	Mikroskope	10
7.40	Präzisionswaagen	10
7.42	Reinigungsgeräte (fahrbar)	10
7.45	Staubsauger	5
	Trppenkarren	10
	Vorhönge / Lamellen	8
8.07	Mikrofonanlage	5
	Beleuchtungskörper	25
	Kabel	50
	Masten	50
	Schaltschränke	30
	Sachgesamtheit Sportplätze	25
	Kanal TV Untersuchungsgerät	10
	Ogata Küchen	20
	Ogata Sonstige BGA	10
	Ogata EDV	4
	Geräte naturwissenschaftliche Räume	8
	Gesamtausstattung NaWi-Räume	15

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

52001 KND
1/2002

Lizenziert für BDO, Vertrag-Nr. 1602/0110/a/ff

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für BDO, Vertrag-Nr. 1602/0110/a/ff

SONDERBEDINGUNGEN FÜR DIE ERHÖHUNG DER HAFTUNG IM RAHMEN DER ALLGEMEINEN AUFTRAGSBEDINGUNGEN VOM 1. JANUAR 2002

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen genannten Beträge von EUR 4 Mio. bzw. EUR 5 Mio. tritt einheitlich der Betrag von EUR 5 Mio.

Falls nach Auffassung des Auftraggebers das voraussehbare Vertragsrisiko EUR 5 Mio. nicht unerheblich übersteigt, ist die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen des Auftraggebers bereit, bei Möglichkeit einer Höherversicherung bei einem deutschen Berufshaftpflichtversicherer dem Auftraggeber eine entsprechend höhere Haftungssumme anzubieten, wobei über einen dadurch entstehenden Prämienmehraufwand noch eine gesonderte Vereinbarung zwischen dem Auftraggeber und der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu treffen wäre.

Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlichen Prüfung, eine höhere oder niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

Bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der erhöhten Haftungssumme nur in dem Maße, in dem ein Verschulden ihrerseits oder ihrer Mitarbeiter im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat; dies gilt insbesondere in jedem Falle der gemeinschaftlichen Auftragsdurchführung mit anderen Berufsangehörigen. Wird im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zur Auftragsdurchführung ein Dritter eingeschaltet, so haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur für ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft